DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

252 22. JAHRGANG September 2005 4,50 €

AUS DEM INHALT:

ERSTES SOZIALFORUM IN ERFURT

Das war nun das erste Sozialforum in Deutschland. Unser kleiner Überblick beginnt mit einer Einschätzung eines Mitglieds der Vorbereitungsgruppe, die das ganze Sozialforum als offenen Raum und Ausdruck des Zustands der Linken in unserem Land beschreibt.
In der Vorbereitungsphase gab es eine Reihe von Auseinandersetzungen, in denen aus einer Kritik an der Gesamtveranstaltung ein Unterprojekt »Offener Raum« entwickelt wurde. »Anspruch und Wirklichkeit« dieses Experimentes beschreibt Hanne Adams in ihrem Beitrag.
»Anders besser Leben« – unter diesem Titel veranstalteten mehr als zwanzig KommunardInnen aus verschiedenen Gruppen mehrere Beiträge zum Kommuneleben. Heinz Weinhausen berichtet. Seite 3/4

POLITISCHE KOMMUNEN

Vor ein paar Jahren wollte Bettina eigentlich nur ihren Bauwagen auf dem Gelände der Kommune Hof Rossee in der Nähe von Kiel zwischenparken. Mittlerweile ist sie auch »offiziell« Teil der Rosseer Rasselbande geworden.
Faulheit und Müßiggang in der Kommune? Ein schwieriges Thema, das Hans von der Kommune Karmitz zur Diskussion stellt, denn welches Projekt definiert sich nicht über seine Arbeit? Seite 5

BETHANIEN

»Das Bethanien wird besetzt...«, so Ton-Steine-Scherben 1971. Im Jahr 2005 wurde ein Seitenflügel des Künstlerhauses am Berliner Mariannenplatz erneut besetzt, diesmal durch die »Yorck59« und mit Duldung bis Mitte 2006. Zuvor war das Kulturzentrum »Yorck59« mit seiner 60-köpfigen alternativen Wohngemeinschaft durch die Polizei gestürmt und geräumt worden. Seite 6

UTRECHTER NETZWERK

In der sympathischen niederländischen Stadt Utrecht gibt es ein alternativ-ökonomisches Netzwerk, das in Europa wohl beispiellos ist. Diese Stadt der malerischen alten Häuser und Grachten würde man kaum für den Ausgangsort eines Modells der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit von selbstverwalteten Projekten halten. Trotzdem, was sich hier unter dem Namen »Solidair« entwickelt, könnte ein Modell für viele Regionen sein.
Seite 6

60 JAHRE DANACH...

Mit einem gewaltigen atomaren Urknall wurde am 16. Juli 1945 das Atomwaffen-Zeitalter in die Menschheitsgeschichte sprichwörtlich gebombt. Eine 6. August 1945 fiel eine dieser Bomben auf Hiroshima, drei Tage später auf Nagasaki. Deutschland und die Atombombe auf Seite 12/13.

www.contraste.org

SELBSTHILFEGENOSSENSCHAFTEN – DIE WIR-EG

Arbeitsplätze durch Selbsthilfe

Selbsthilfe des Einzelnen führt schnell zu Überforderungen. Im Vergleich dazu bietet Selbsthilfe mit mehreren Betroffenen, die sich vernetzen und wechselseitig unterstützen, besondere Chancen. Gruppenselbsthilfe bedeutet symbolisch gesprochen, dass viele Hände gemeinsam ihre Arbeit miteinander verbinden und damit ihre Kräfte bündeln. Selbstverständlich ist die Gruppenselbsthilfe kein Allheilmittel. Unser Schwerpunkt geht der Frage nach, wie sie funktionieren kann. Nicht nur sehr unterschiedliche Unternehmenstypen werden anhand konkreter Beispiele veranschaulicht, sondern es wird auch deutlich, dass in vielen Fällen Selbsthilfe der Unterstützung bedarf. Oft lässt erst die Hilfe zur Gruppenselbsthilfe aus diesem Mythos konkrete Organisationen werden mit Menschen, die von Erfolgen und Misserfolgen ihrer gemeinsamen Anstrengungen geprägt sind.

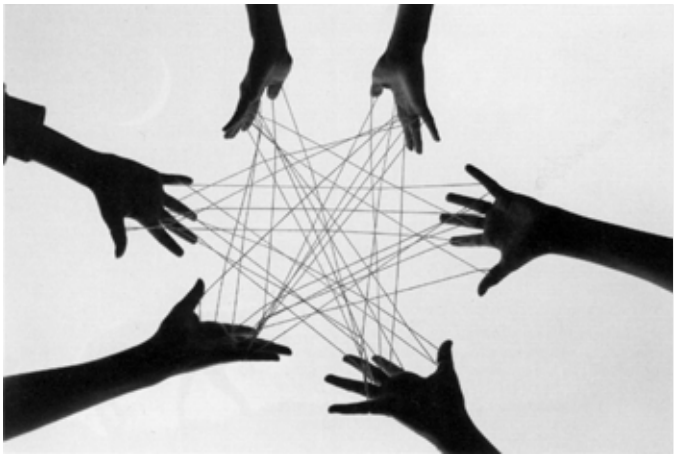


Foto: Zefa/R. Llewellyn

Burghard Flieger und Peter Streiff, Red. Genossenschaften ● Vorweg: Was aber sind überhaupt Selbsthilfegenossenschaften? Wesentliches Merkmal von Selbsthilfe ist, die eigenen Ressourcen in Form von Arbeitskraft, Kapital, Land und Fähigkeiten zu nutzen. Sie ist eine Reaktion auf objektive Notlagen oder auf subjektiv als unbefriedigend empfundene Situationen. Als Selbsthilfegenossenschaft gilt der Zusammenschluss einer Gruppe von Menschen, die Ausgrenzung und Benachteiligung erfahren oder unterhalb der Armutsgrenze leben, und die sich über wirtschaftliche Aktivitäten in einer Organisation selbst helfen. Sie ist nach den genossenschaftlichen Prinzipien, dem Förder-, Identitäts-, Demokratie- und Solidaritätsprinzip, strukturiert.

Hilfen für die Gründung

Bis die Mitglieder einer Selbsthilfegenossenschaft auf eigenen Beinen stehen, benötigen sie meistens Hilfe von außen über Beratung, Qualifizierung, Zuschüsse bei der Finanzierung etc. Diese sollte aber immer so angelegt sein, dass sie die Eigeninitiative und Selbstverantwortung der Beteiligten stärkt. Dabei steht die Hilfe in Form von Finanzierung nicht unbedingt an erster Stelle. Dies veranschaulicht Jost W. Kramer, Professor an der Hochschule Wismar, in seinem einleitenden Beitrag. Er spricht von beschäftigungsorientierten Genossenschaften und macht deutlich, dass die Berliner Förderkredite für Genossenschaftsgründungen zu kurz greifen. Er plädiert dafür, InteressentInnen im Rahmen eines »Cooperation Assessment Center« näher mit dem Genossenschaftskonzept vertraut zu machen.

Welche Schritte sinnvoll sind, um über Selbsthilfegenossenschaften neue Wege zur Sicherung und Erweiterung der Beschäftigung zu erschließen, veranschaulicht der zweite Beitrag. Im Mittelpunkt steht ein Überblick über geeignete Instrumente, die die Gründung und Stabilisierung von Selbsthilfeunternehmen in genossenschaftlicher Rechtsform erleichtern. Sie wurden in einer zweieinhalbjährigen Projektphase im Rahmen eines EQUAL-Projekts von der innova eG entwickelt. innova begleitet Erwerbslose bei der Neueinrichtung dauerhafter Arbeitsplätze in Genossenschaften. Zentraler Baustein der Arbeit sind Qualifizierungen. In diesen werden das Wissen und die Fähigkeiten erworben, die erforderlich sind, um gemeinsam mit anderen ein Unternehmen zu führen.

Wichtige Lobbyarbeit

Im Mittelteil des Schwerpunkts stehen drei ausführlich geschilderte Beispiele neu gegründeter Selbsthilfegenossenschaften. Bei ihnen geht es immer um die Schaffung oder Absicherung von Erwerbsarbeit, verwirklicht in sehr unterschiedlichen Formen. Bei der SAGES eG aus Freiburg sollen mittelfristig im eigenen Unternehmen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstehen. Dagegen agieren die Mitglieder der Genossenschaft euregio-it eG aus Aachen als Selbständige, die untereinander auftragsabhängig Kooperationen eingehen. Wie andere Vorbilder zeigen, haben sie in der IT-Branche besonders gute Chancen, da hier die Mischung von Selbständigkeit und Kooperation zukunftsweisend ist. Das dritte Beispiel ist eine Stadtteilgenossenschaft. Sie zeichnet sich mehr als andere Genossenschaftsformen durch die Heterogenität ihrer Mitglieder aus. Größere Synergien, aber auch mehr Konflikte sind die voraussichtlichen Folgen. Trotz der unterschiedlichen Mitglieder verfolgt die Stadtteilgenossenschaft Sonnenberg in Chemnitz als zentralen Förderauftrag, Arbeitsplätze mit Anstellungsverhältnissen zur Verfügung zu stellen.

In den beiden abschließenden Artikeln des Schwerpunkts stehen konzeptionelle Aspekte im Vordergrund. Burchard Bösche vom Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften setzt sich engagiert für die Chancengleichheit der Genossenschaft in der deutschen Rechtsformenlandschaft ein. Zu diesem Zweck plädiert er dafür, die Genossenschaftsprüfung für Kleingenossenschaften hinsichtlich der formalen Anforderungen und auch bei den Kosten erheblich zu entlasten. Als Ausblick und als Konsequenz aus der bisherigen Arbeit der innova eG wird eine Multiplikatorenfortbildung für genossenschaftliche Projektentwicklung dargestellt. Sie startet Anfang nächsten Jahres und soll Promotoren ansprechen, die sich verstärkt bei Neugründungen vor Ort engagieren wollen.●

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10

ANGRIFF AUF DIE PRESSEFREIHEIT: ANTI ATOM AKTUELL (AAA)

D 8008

Beschl(aaa)gnahmt

Am 11. August 2005 wurden die Redaktionsräume der anti atom aktuell (aaa) sowie zwei Wohnungen im wendländischen Tollendorf von 35 Uniformierten der Bereitschaftspolizei und einem knappen Dutzend Angehöriger der Staatsschutzabteilungen durchsucht. Beschlagnahmt wurden drei Computer, alle Datenträger und sonstiges Material – insgesamt 264 Gegenstände, die als »beweiserheblich« eingestuft werden.

Dieter Poschen, Redaktion Heidelberg ● Die »aaa – Zeitung für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen« ist seit ihrer Gründung 1989 ein wichtiges Sprachrohr der Anti-Atombewegung, in der Aufrufe und Erklärungen unterschiedlicher Anti-Atom-Initiativen dokumentiert und unzensiert zur Diskussion gestellt werden.

Ermittelt wird laut Durchsuchungsbefehl wegen einer Internet-Seite namens prekaer-camp.org. Dort war im Programm einer Veranstaltungswoche für den 10.8.2005 eine YOMANGO-Modenschau (Praxisworkshop auf deutsch) angekündigt. Im Durchsuchungsbefehl vom 8.8.2005 heißt es:

»Der Beschuldigte steht im Verdacht, öffentlich und durch Verbreiten von Schriften zu einer rechtswidrigen Tat aufgefordert zu haben, indem er auf der Internetseite zum Prekär Camp eine 'Yomango-Aktion' am 10. August 2005 ankündigte. 'Yomango' steht in der spanischen Umgangssprache für: 'Ich stehle'. Unter der Kategorie 'Plakat und Aufruf' wird für die Teilnahme am Prekär Camp vom 5.-15. August geworben. Unter der Überschrift 'Es gibt was zu tun' wird das vorläufige Veranstaltungsprogramm mitgeteilt, in dem für den 10. August 2005 eine 'Yomango-Aktion' angekündigt wird. Domain-Inhaber der Webseite ist der Beschuldigte. Insoweit besteht der Tatverdacht, dass dieser die Aufforderung auf der Homepage öffentlich verbreitet.«

Die Beschuldigten werten diese Polizeimaßnahme als politische Kriminalisierung: »Mit einer Begründung, deren Fadenscheinigkeit mehr als offenkundig ist, soll missliebige Recherche und Meinungsbildung behindert werden. Der Staatsschutz zielt darauf, Menschen mundtot zu machen, die sich ebenso gegen Sozialraub wie gegen Castortransporte engagieren; die Justiz stützt sich dabei auf Vorwürfe, die an den Haaren herbeigezogen sind.« Elisabeth K. und Martin N. hatten sich an der Vorbereitung des »prekär-camps« beteiligt, auf dem sich etwa 120 Personen von verschiedenen Initiativen gegen Sozialraub aus der BRD für eine Woche im Wendland versammelt hatten.

Ein Hinweis, wer wen wodurch zu welcher strafbaren Handlung aufgefordert hat, ist in der Begründung des richterlichen Beschlusses durch den Amtsrichter Thomas Stärk nicht zu finden. (Wegen des nasskalten Wetters fiel dieser Programmpunkt im Übrigen aus.) Völlig unverständlich bleibt, was auf diese Weise polizeilich ermittelt werden kann. In Fällen, wo tatsächlich strafbare Inhalte auf einer website auftauchen, ist es bislang üblich, die domain-InhaberInnen per Strafandrohung zur Unterlassung aufzufordern.

»Die Polizei war weder zur Vereitelung noch zur Aufklärung von Straftaten unterwegs; dieses Rollkommando hat die Gelegenheit genutzt und sich als strafende Exekutive aufgeführt, in der Hoffnung, nebenbei noch dies oder das Gerichtsverwertbare zu finden.« beklagt Elisabeth K. diesen massiven Einbruch in die Privatsphäre. »Die Vertraulichkeit der Information, das Redaktionsgeheimnis, die Arbeit der Presse allgemein steht unter dem Schutz der Verfassung. Was Staatsanwaltschaft, Polizei und Gericht davon halten – vor allem, wenn es um Medien sozialer Bewegung geht – haben sie mit ihrer Aktion überaus deutlich gemacht.«●

Weitere Informationen:
www.anti-atom-aktuell.de
www.prekaer-camp.org

REDAKTIONSPLENUM 2005

Wir stehen auf CONTRASTE

Trotz Abwärtstrend der Abozahlen waren wir guter Dinge. Wie in den letzten Jahren ging es beim diesjährigen CONTRASTE-Redaktionsplenum in der Kommune Niederkaufungen konstruktiv und gesellig zu. Im Gegensatz zu unserer Mailinglist der Gesamtredaktion, wo es Wochen zuvor heftig rumste.

Redaktion Köln, Heinz Weinhausen ● Anlass waren die in März und Juni gestalteten Schwerpunkte von Jörg Bergstedt. Dies wurde im Nachhinein von TeilnehmerInnen des Plenums neben anderen Einwänden als Überrepräsentation einer Redaktion empfunden. Beim Plenum wurde deshalb die Möglichkeit ausgelotet, ähnlich gelagerte Beiträge zeitlich »auseinanderzuziehen«, auch wenn dies bedeuten kann, auch schon mal eine CONTRASTE ohne den gewohnten Schwerpunkt herauszugeben. Ansonsten fanden wir einhellig die letzten zwölf Ausgaben als sehr gelungen. Etliche neue Themen, auch international, kamen hinzu und haben unsere Zeitung interessanter gemacht. Was zeigt, wie vielfältig Praxis von Selbstorganisation ist und welche Energie und Konstanz jenseits staatlichen Dirigismus und Verbetriebswirtschaftung zu finden ist. Und dies trotz oftmaligem Aufbrechen von inhaltlichen und zwischenmenschlichen Konflikten in den Projekten, die ja nicht wie bei hierarchischen Strukturen unter dem Deckel gehalten werden. Da eskaliert mancher Konflikt, aber ebenso macht sich eine Kultur des Zuhörens, des Wohlwollens anderer und konstruktiver wie einvernehmlicher Lösungen breit. Dass unserer Gruppe dies an dem Wochenende wieder gelang, ließ uns alle mit Gewinn nach Hause fahren.●

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2005

Das Zeitungsprojekt benötigt 2005 3.568,89 EUR an Spendengeldern.

Das Ziel der Abokampagne: 145+ Neuabos

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Bergstraße
BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

Bei einer ausgiebigen und interessanten Führung gewährte uns Uli Barth viele Einblicke in das langjährige Kommuneprojekt Niederkaufungen. So konnten wir vom CONTRASTE-Plenum sehen, hören und fühlen, was eine freie Gemeinschaft aufzubauen vermag. Eine Schreinerei, die eine geradezu behagliche Atmosphäre hat. Ein richtig gemütlicher Speisesaal. Im Hof ein Abenteuergelände für Kinder. Und, und, und... (hw)

DECKUNGSLÜCKE 2005

CONTRASTE in Bedrängnis

Redaktion Köln, Heinz Weinhausen ● Die finanzielle Lage unserer Zeitung für Selbstorganisation sieht zur Zeit sehr ernst aus, trotzdem die Qualität gehalten bzw. gesteigert wurde. Wobei die CONTRASTE wichtig und einzigartig darin ist, nicht nur aufzuzeigen, dass eine andere Welt möglich ist, sondern vor allem in einem großen Spannungsbogen darüber zu berichten und auszuloten, in welch vielfältiger Weise diese schon begonnen hat. Viele freiheitsliebende Projekte, Initiativen, Genossenschaften, Umsonstläden, Kommunen usw. stehen dafür. Dabei ist nicht ein einziges davon ein Leuchtfeuer der Zukunft, alle sind von Widersprüchen, Hürden und Hindernissen des Neuen im Alten gezeichnet. Aber in allen blitzt mehr oder weniger auf, was »anders leben« jetzt schon bedeutet und was »anders leben« zukünftig bedeuten könnte, wenn ein buntes und breites Netzwerk daraus geworden ist: der Beginn einer Gesellschaft, worin die Entfremdung des Menschen von sich selbst und der Natur zunehmend überwunden wird. Wo Selbstentfaltung zugleich zur Entfaltung von Gesellschaft beiträgt.

Hier und heute das Aufblitzen einer menschlicheren Zukunft in der CONTRASTE zu spiegeln, ist eine unserer gestellten Aufgaben. Wie gut uns RedakteurInnen und AutorInnen das jeweils gelingen mag oder gelungen ist, darüber lässt sich je nach Messlatte ausgiebig jubeln oder lamentieren. Einigkeit besteht aber darin, dass ein Verlust der CONTRASTE ein herber Verlust für die alternative Bewegung überhaupt bedeuten würde.

Was ist uns – den Redaktionen, den vielen AutorInnen, den LeserInnen – nun die CONTRASTE wert? Gerade in Zeiten von Hartz IV, die geradezu nach Alternative schreien. Die Deckungslücke unseres Zeitungsprojektes beträgt beim Schreiben dieser Zeilen für dieses Jahr noch **5.301,49 Euro**. Inzwischen sind wieder etliche Spenden eingegangen. Es fehlen noch **3.568,89 Euro**. Für viele Organisationen ist dies ein Klacks. Für das Weiterbestehen unseres Zeitungsprojektes muss sie aber unbedingt

Plenum in Niederkaufungen 2005: (von links oben) Hilmar, Red. Hamburg – Kai, Red. Göttingen – Heinz, Red. Köln – Leh, Red. Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften – Uta & Holger, Red. Dresden

geschlossen werden. Daher der Appell: Greifen wir uns alle, ob Leserin/Leser, Autorin/Autor, Redakteurin/Redakteur, in die Tasche. 10 Euro, 20 Euro, vielleicht sogar 50 Euro oder 100 Euro. Und es ist geschafft.●

AKTUELLES

Redaktion Heidelberg ● Eine unerwartete Überraschung gab es doch noch zum Jubiläum, eine wahre Spendenflut setzte ein. **1.732,60 Euro** kamen bis zum 1. September 2005 zusammen. Nachfolgend die Spendenbilanz:

- Maria Pigarelli, München, 50 EUR
- Gertrud Dorsch, Münster, 38 EUR
- Peter Streiff, Stuttgart, 100 EUR
- Rolf Werner, München, 100 EUR
- Werner Lützen, Bergisch-Gladbach, 300 EUR
- Wolfgang Weisshuhn, ?, 100 EUR
- Ariane Dettloff, Köln, 50 EUR
- Uta Knischewski, Dresden, 50 EUR
- Filip Michels, Köln, 5 EUR
- Wilfried Stegemann, Köln, 10 EUR
- Heinz Weinhausen, Köln, 20 EUR
- Hannelore Müller, Köln, 20 EUR
- Uwe Walter, Köln, 20 EUR
- Axel Wäldele, Frankfurt/Main, 50 EUR
- Ranne Michels, Köln, 30 EUR
- Erasmus Schöfer, Köln, 5 EUR
- Malte Willms u. Barr Gan, Hamburg, 105 EUR
- Armin Meyer, Niederfinow, 38 EUR
- Initiative gegen Rechts, Mönchsberg, 9,60 EUR
- Werner Ruhoff, Köln, 20 EUR
- Daniela Winter, Karlsruhe, 50 EUR
- N.N., Berlin, 80 EUR
- Uwe Fischer, Köln, 5 EUR
- Gabriele Sonns, Stuttgart, 50 EUR
- Michael Roser, ?, 50 EUR
- Kai Böhne, Göttingen, 50,50 EUR
- Klaus Merkle, Waiblingen, 50 EUR
- Lothar Galow-Bergemann, Stuttgart, 10 EUR
- Peter Grohmann, Stuttgart, 200 EUR
- WOGE Köln eG, Köln, 60 EUR
- Barbara Uebel, Schweinrich, 5,50 EUR

Vielen herzlichen Dank! Das macht Mut!
Zusätzlich wurden von Erasmus Schöfer (Köln) 19 und einer weiteren ungenannt bleibenden Person 4 Schnupper-Abos gespendet.

Abo-Kampagne 145+

Vier Abos wurden gekündigt, zwei weitere mussten wegen Nichtzahlens der Abogebühr eingestellt werden. Es gab einen Todesfall und zwei gekündigte Fördermitgliedschaften. Fünf Neuabos kamen hinzu. Das Ziel der Abokampagne liegt unter Einbeziehung der gekündigten Fördermitgliedschaften jetzt bei 145+.

Wir werden in der nächsten Ausgabe weiter über die hoffentlich erfolgreiche »Aktion 2005« berichten.●

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr.
(mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

KURT'S SURF CENTER: JUBEL, TRUBEL, GOOGLE

Webbombing

Wer bei Google als Suchbegriffe »miserable failure« (auf deutsch: Versager) eingibt, landet an erster Stelle bei der Biographie von George Bush. Wie funktioniert sowas? Was sind die Mittel, Web-Ranking zu manipulieren? Die Antwort ist ganz einfach. Bush ist ein prominentes Opfer von sogenanntem »Webbombing«.

Ende Oktober 2003 hatte George Johnston in seinem Blog »Old Fashioned Patriot« dazu aufgerufen, dass möglichst viele doch auf ihren Seiten »Miserable Failure« zur Biographie von Präsident Bush auf der Website des Weißen Hauses verlinken sollten. Das sei ganz einfach und Bush würde, wenn jemand bei Google nach miserable failure sucht, an erste Stelle zu George W. Bush geführt. Und dieses Google-Bombing hatte auch nach einem Monat geklappt. Jetzt hat er sein Fett weg.

Und solch ein Webbombing macht Schule. Tony Blair ist beim Suchbegriff »Liar« (auf deutsch: Lügner) immerhin auf dem fünften Platz. Das Netz ist erbarmungslos. Eine Zeitlang gelang es sogar, für die Suche nach »weapons of mass destruction« (auf deutsch: Massenvernichtungswaffen) eine 404-Fehlermeldung (nicht gefunden) auf die erste Stelle zu hieven. Eine andere Blogger-Initiative schaffte es, für den Suchbegriff »Jew« (Jude) eine antisemitische Website vom ersten Platz zu verdrängen.

Mittlerweile gibt Google auch unter failure an erster Stelle die Biografie von Bush auf der Website des Weißen Hauses aus. Das gilt auch für Yahoo, während MSN noch einen Abstand zu Google wahrt und sich nicht von dort verführen lässt.

Die Macht des Internets bleibt auch den Parteien nicht verborgen. Eine entscheidende Frage ist jedoch, wen die Parteien erreichen wollen. Die online erreichbaren Wähler sind immer noch meist männlich, jung und überdurchschnittlich gebildet. Während bei den Parteimitgliedschaften die Altersgruppe der Über-60-Jährigen fast die Hälfte ausmacht, ist sie online kaum nennenswert vertreten. Zielgruppe für einen Onlinewahlkampf ist daher ein kleiner Teil der Bevölkerung, der online zu finden ist: junge Akademiker, Studierende und Schüler. Ob sich diese von Flashspielchen oder doch eher Blogs begeistern lassen? Die alten offline erreichen – die Jungen im Netz? Ob das Engagement lohnt – oder ob es eher ein »Preaching to the converted« (Predigen an bereits Überzeugte) darstellt? Viel Zeit für derlei Überlegungen blieb den Parteien nach Schröders Blitzkampagne jedoch nicht.

Also griffen sie auf Bewährtes zurück. So hat die CDU wahlfakten.de wiederbelebt. Wahlfakten ist ein Rapid-Response-System, bei dem Äußerungen der Gegenseite möglichst direkt durch scheinbar objektive Prüfung widerlegt werden sollen. Es soll vor allem Journalisten und andere politische Multiplikatoren ansprechen. Die SPD blogt eifrig (blog.websozis.de http://blog.websozis.de) und die Grünen haben sogar Teile ihres Programms zum Thema »Digitale Gesellschaft« auf einem »Wiki" bis Samstag, den 4. Mai, zur Diskussion gestellt. Wikipedia ist ein enzyklopädisches Redaktionssystem, bei dem AutorInnen in ständigen Textverbesserungen kooperieren.

Allein die Linkspartei bietet weder unter linkspartei.de noch unter w-asg.de mehr an als Diskussionsforen. Denn sie ist so schon genug in aller Munde. Hoffen wir, dass sie uns nicht im Hals stecken bleibt...●

21. bis 24. JULI 2005 IN ERFURT:

Erstes Sozialforum in Deutschland

Das war nun also das erste Sozialforum in Deutschland. Ob Reinfall, Erfolg oder irgendetwas dazwischen, das wird jedeR TeilnehmerIn anders beurteilen. Wir können auf diesen beiden Seiten nur einen kleinen Einblick geben, in das was war – v.a. zum Thema Selbstorganisation – und wie es Einzelne wahrgenommen haben.

Elisabeth Voß, Redaktion Berlin ● Am frühen Donnerstag Abend stehen auf dem Domplatz zwei große Zelte, eins für Orga und Infos, das andere für Veranstaltungen. Es sind nur wenige Menschen auf dem Platz. In einer Imbissbude dreht sich ein Schwein am Spieß, daneben gibt es Getränke zu Marktpreisen. Nach dem Einchecken ist es möglich, die Einlasskontrolle (wurde ab Freitag abgeschafft) am höchstens halb gefüllten Veranstaltungszelt zu passieren.

Das Sozialforum fand verteilt auf verschiedene Veranstaltungsorte statt, was außer Zeit nichts kostete, da ein Straßenbahnticket in der Teilnahmegebühr enthalten war. Da es leider keine zentrale Verpflegung gab, war mensch vielfach darauf angewiesen, die konventionellen Gastronomieangebote der Stadt zu nutzen. Hier erwies sich die VoKü im Offenen Raum (siehe Hanne's Beitrag auf Seite 4) als ausgesprochen hilfreich, ebenso wie das kleine Essensangebot im Orga-Zelt. Nicht zu vergessen die Kaffee-Wartebrigaden am taz-Tisch. Und der mir angenehmste Ort war das Kommune-Cafe (im Rahmen von »Anders besser leben«, siehe Beitrag von Heinz auf Seite 4), wo mensch stundenlang einfach sitzen und immer wieder FreundInnen und Bekannte treffen konnte. Mir ist mittlerweile das WIE eines solchen Events mindestens ebenso wichtig wie das WAS. Eine angenehme Infrastruktur und die Formen des Umgangs miteinander entscheiden aus meiner Sicht wesentlich darüber, ob und in welchem Ausmaß Menschen motiviert werden, sich in widerständige Zusammenhänge hinein zu begeben.

Es war nicht leicht, aus der Fülle der hochkarätigen Angebote das herauszufinden, was mensch mitmachen möchte, und dann noch Ort und Zeit zuverlässig in Erfahrung zu bringen. Aber das was ich gefunden habe, fand ich ausnahmslos sehr interessant.

Bei aller Kritik möchte ich mich daher bei den Menschen, die monatelang daran gearbeitet haben, dieses Sozialforum möglich zu machen, ganz herzlich bedanken! Mit Judith (siehe untenstehenden Beitrag) teile ich die Auffassung, dass es wichtig ist, aus diesem ersten für das zweite Sozialforum zu lernen. Und ich wünsche mir konstruktive Debatten um Fragen von Selbstverwaltung und Basisdemokratie, die nicht außer acht lassen, dass es ein Unterschied ist, ob wir langfristig in kollektiven Strukturen arbeiten oder vorübergehende Großveranstaltungen durchführen. Jede Art der Kooperation braucht eigene Formen. Und ich bevorzuge das gemeinsame Reflektieren über und Lernen aus Erfahrungen, ohne von vornherein diese oder jene Ausprägung als richtig (und alles andere damit als falsch) zu deklarieren.●

Konferenz Sozialforum 2005 Foto: Michael Brie

SOZIALFORUM:

Nächstes Mal breiter einladen

Dieser Text beschreibt aus Sicht eines Mitglieds der Vorbereitungsgruppe das ganze Sozialforum als offenen Raum und Ausdruck des Zustands der Linken in unserem Land.

Judith Dellheim ● Das 1. Sozialforum in Deutschland ist Geschichte, wird uns aber noch lange beschäftigen, nicht nur wegen des Finanzloches. Dies ist primär Ergebnis der Differenz zwischen der erwarteten Zahl von Teilnehmerinnen und Teilnehmern und der realisierten. Vor allem aber ist eine Debatte über die Ergebnisse des Forums von nöten und über Schlussfolgerungen für die Veranstaltung des zweiten.

Die TeilnehmerInnenzahl von 2.500-3.000 an Stelle der konzipierten 5.000 wird nun nicht selten zum Anlass genommen, um von einem Erfurter Reinfall zu sprechen. Wenn gleich das Problem zumindest von falschen Vorstellungen der Vorbereitenden und von Mobilisierungsdefiziten zeugt, wage ich die These: **Wer einen Misserfolg von Erfurt ausmacht, neigt entschieden dazu, den Zustand der Linken in Deutschland zu rosig zu sehen.**

Schließlich ist dieser so, dass erst im Juli 2005 in Deutschland das erste Sozialforum stattfinden konnte und dass es bereits als Erfolg gewertet werden muss, dass Menschen aus so unterschiedlichen Spektren nach Erfurt kamen und miteinander redeten.

Was den Zustand der Linken angeht, ist eben bezeichnend, dass von manchen die aktive Mitwirkung von Christinnen und Christen am Forum als »befremdlich« empfunden und beklagt wurde, dass keine Veranstaltung der Antideutschen stattfand.

Wenn ein Freund, der sehr engagiert an der Vorbereitung des Sozialforums beteiligt war, konstatiert, dass auch von den Erwartungen an inhaltlicher Debatte her das Erfurter Event nicht befriedigen konnte, so möchte ich eher von einem Fortschritt in Sachen linker politischer Kultur sprechen. (Als Mitveranstalterin des Workshops »Links als kultureller Wert« war ich überrascht vom Interesse und Diskussionsniveau.)

Erwähnter Freund schätzt keineswegs unbegründet ein, dass es im Vorfeld des Sozialforums eine »eklatante Schwäche der politischen Debatte, was denn eigentlich der Sinn und Zweck der Veranstaltung sein soll« gegeben habe. Doch werte ich das anders und meine, dass es kein 1. Sozialforum gegeben hätte, hätte in den offenen Vorbereitungsplenen und im ebenfalls offenen Vorbereitungskreis mehr politische Debatte stattgefunden. Schließlich wurde mehrfach erbittert gestritten, ob die Charta von Porto Alegre überhaupt die Grundlage für ein Sozialforum in Deutschland sein solle. Diese sagt recht klar, was Sinn und Zweck der Veranstaltung sein soll: Menschen, die für die Universalität der Menschenrechte eintreten, einen offenen Raum bieten, in dem sie sich über die Analyse der Gesellschaft und Alternativen zum Neoliberalismus austauschen sowie zu gemeinsamen Vorhaben verständigen können.

In Erfurt gab es diesen offenen Raum. Wer ihn nutzen und gestalten wollte, konnte dies. Rund 350 Veranstaltungen fanden statt, verbunden mit vielen Kulturangeboten, nicht zur Garnierung, sondern dazugehörig. Wer zu einer Veranstaltung einladen wollte, wurde ermutigt, es zu tun. In diesem Sinne war das Event sehr wohl ein Sozialforum von unten. Das wurde auch und insbesondere von den ausländischen Gästen herausgestellt, deren aktive Präsenz unterstrich: **Das Sozialforum in Deutschland ordnet sich ein in den internationalen Sozialforumsprozess.**

Lektüre im »Offenen Raum«. Erstes Deutsches Sozialforum 2005

Es kam zustande auf Grund von Impulsen der Welt- und Europäischen Sozialforen. Die Impulse hatten allerdings einen langen Weg nach und durch Deutschland. Es dauerte Jahre bis hier das Interesse an einem Sozialforum überhaupt tragfähig wurde und es zeigten sich zumindest drei Probleme:

1. So selbstverständlich für manche die Teilnahme an internationalen Sozialforen ist, so wenig garantiert sie Engagement für ein Forum in Deutschland.
2. Wer einer geregelten Arbeit nachgeht, konnte bei mancher Vorbereitungskreis-Runde nicht dabei sein.
3. Wer in der Gesellschaft zu den sozial Ausgegrenzten gehört, war weitgehend daran gehindert, sich auf Bundesebene an der Vorbereitung des Forums zu beteiligen. National wie international gibt es eine Arbeitsteilung nach disponibler Zeit und disponiblen Geldmitteln.

Was mich in Erfurt am meisten optimistisch stimmte, waren neben der erlebbaren politischen Kultur vor allem zwei Dinge: Zum einen der Erfahrungsaustausch der lokalen Sozialforen (LSF), zu dem die Initiative für ein Berliner Sozialforum eingeladen hatte, und zum anderen das deutlich artikulierte Interesse an gemeinsamen Aktionen und einem 2. Sozialforum.

Einzelne Berliner Aktive hatten sich genau so lange um einen LSF-Erfahrungsaustausch bemüht wie die Diskussion um ein Sozialforum in Deutschland anhielt – länger als zwei Jahre. Dabei hängt auch und insbesondere von den lokalen Sozialforen das eigentlich Entscheidende ab: Die Entwicklung einer tatsächlich breiten Sozialforumsbewegung, der Schaffung und Gestaltung von offenen Räumen, in denen gesellschaftskritische Demokratinnen und Demokraten vor Ort über gesellschaftliche Verhältnisse und politische Alternativen streiten.

Soll das 2. Sozialforum in Deutschland **mehr** Menschen erreichen, die sich an **mehr** »substanziellen und kontroversen Debatten« beteiligen und mehr Erfahrungen austauschen, dann müssen **mehr Impulse von den lokalen Sozialforen** kommen. Schließlich können diese dafür sorgen, dass nicht über die Köpfe der Menschen hinweg geredet wird, dass sozial Ausgegrenzte sich am Sozialforumsprozess und an der Vorbereitung des 2. Sozialforums beteiligen können, dass Bedürfnisse an konkreten thematischen Debatten wirklich von unten aus der Gesellschaft hörbar und wirksam werden können. Die lokalen Sozialforen könnten also dafür sorgen, dass die Akteure, die die Planung und den Verlauf bundesweiter Foren bestimmen, mehr und vielfältiger und vor allem »bodenständig« werden. (Das lebhafte Gespräch der »Forums-Menschen« aus 15 Städten offenbarte eine bemerkenswerte Buntheit an Akteuren, Selbstverständnis, Organisationsform und Arbeitsweise. Ein größerer Austausch wird Anfang 2006 veranstaltet.)

Die zweite große Chance für einen Akteurswandel bzw. eine Entwicklung von Akteuren, die das 2. Sozialforum in Deutschland vorbereiten, sehe ich in den Kontakten, Erfahrungen und Gemeinsamkeiten, die im Kontext mit den **individuellen Absprachen und den auf der Versammlung sozialer Bewegungen** vereinbarten Aktionen entstehen können.

So wage ich eine zweite These: **Der Erfolg eines 2. Sozialforums in Deutschland hängt zwar auch – aber nicht in erster Linie – von der Fähigkeit zur Selbstkritik der bisher Beteiligten ab, sondern wesentlich von der Kultur und dem Engagement der neu Hinzukommenden.**

In diesem Sinne stimme ich mit meinem kritischen Freund darin überein, dass ein »weiter so« ein Fiasko des 2. Sozialforums vorprogrammieren würde.

Nun soll allerdings mein Werben für ein 2. Forum keineswegs verstanden werden als Illusion über die Möglichkeiten und Grenzen offener Räume oder als widergespiegelte Vorstellung von einem Sozialforum als Selbstzweck. Meine Orientierung auf ein 2. Sozialforum hat vor allem damit zu tun, dass auch ich die großen inhaltlichen und kulturellen Defizite in der Linken sehe und viel zu wenig Kommunikation über die eigenen Spektren hinweg. Nicht zuletzt wissen wir, wen wir beim 1. Sozialforum vermisst haben: Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten, in der Bildungspolitik Engagierte ...

Genau wie der Freund sehe ich ein »linkes« Hauptproblem im Verständnis gesellschaftlicher Entwicklung und möglicher demokratischer Intervention. Dies zeigte sich z. B., als eine Partei-Politikerin ohne vorherige Debatte die Versammlung sozialer Bewegungen unter Beifall aufforderte, den aktuellen Schwerpunkt einzig im Wahlkampf zu sehen und nicht einmal erklärte, wie dies zu verstehen sei.

Die von meinem Freund geforderte »permanente, offene und lebendige Debatte« im Vorbereitungsprozess künftiger Sozialforen wird es nur geben, wenn mit einfachen Worten »normale« Menschen eingeladen werden, die für »Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Natur« demokratisch eintreten wollen, und wenn sich die Einladenden den »Stinos« gegenüber nicht überlegen fühlen.●

Anzeige

ERSTES SOZIALFORUM IN DEUTSCHLAND: OFFENER RAUM

Anspruch und Wirklichkeit

In der Vorbereitungsphase gab es eine Reihe von Auseinandersetzungen, in denen aus einer Kritik an der Gesamtveranstaltung ein Unterprojekt »Offener Raum« (OR) entwickelt wurde, das in CONTRASTE von Jörg Bergstedt im Rahmen seines Freiräume-Ansatzes dargestellt wurde. Dieser OR fand – wenn auch ohne Jörg's Teilnahme – statt.

von Hanne Adams ● Ein ganz besonderes Experiment fand im Rahmen des 1. Sozialforums in Deutschland in Erfurt statt. Ausgehend von der Kritik des Vorbereitungsprozesses konstituierte sich eine Gruppe von Menschen, die einige Tage lang im Sinne von »Eine andere Welt ist möglich« Neues ausprobieren wollten. Mehrmals trafen sie sich während des letzten Jahres an verschiedenen Orten, wobei sie sich an der Charta des Weltsozialforums orientierten (**1**), und für diesen OR u.a. folgende Punkte verabredeten:

- Es gibt kein übergeordnetes Entscheidungsgremium. Jede Vereinbarung gilt für die, die sie abschließen, aber niemals für den OR als Ganzes. Interessenkonflikte werden von den Betroffenen selbst geregelt.
- Große Namen, Image, Quantitäten oder Logos haben im OR keine Bedeutung.
- Alle NutzerInnen des OR haben gleichberechtigt Zugriff zu allen Ressourcen wie z.B. Räumen, Technik, Wissen oder Essen.
- Mit Hilfe von Pinnwänden, Wikis (offen gestaltbaren Internetseiten) oder anderen Mitteln sollen Informationen z.B. zu Veranstaltungsankündigungen, Ergebnissen oder Organisatorischem für jedeN zugänglich veröffentlicht werden. Die »CheckerInnen«, d.h. Menschen, die durch ihren Wissensvorsprung eine besondere Rolle spielen, werden dadurch überflüssig.
- Es wird eine »Offene Presseplattform« eingerichtet, wo Veranstaltende und MedienvertreterInnen ohne Vermittler miteinander in Kontakt treten können.
- Widersprüche des Sozialforums zu seinen Ansprüchen (Charta) werden veröffentlicht.
- Es werden Voraussetzungen dafür geschaffen, in Projekten und Aktionen Widerstand und Utopie zu verbinden.

Die räumlichen Gegebenheiten

Unter sehr günstigen Bedingungen – 12 Räume in einer zentral gelegenen alten Schule, der Schulhof sowie ein schallisoliertes Kellergewölbe standen zur Verfügung – wurde das Experiment, das mehrmals in Frage stand, schließlich gewagt. Inklusive des zum Einrichten und zum Kennenlernen bestimmten »Vorcamps« und dem Aufräumen stand eine Woche zur Verfügung. Es wurden u.a. eingerichtet: eine Küche, ein Raum mit sechs Computern mit Internet-Zugang nutzbar auch als »Offene Presseplattform«, ein »Direct Action Raum« mit allerhand Material, um Protest und Widerstand nach draußen zu tragen, ein Raum, in dem beim OR mitwirkende SanitäterInnen hätten Erste Hilfe leisten können, ein zentraler Platz mit Spielzeug für Kinder, ein Raum mit einer Kunstausstellung, in dem Pastellkreiden und Papier bereit lagen, ein Umsonstladen, ein Filmraum mit Beamer, es gab Musikinstrumente (incl. Schlagzeug) und Gesellschaftsspiele, und viel Platz für Veranstaltungen, Gespräche und zum Übernachten.

Der Informationsfluss

»Es gab hauptsächlich Infowände über Veranstaltungsgesuche oder -angebote, aber kaum metastrukturelle Infos außer Essensbeschaffung und eine To-do-Wand. So lief das meiste an Informationen 'nur' über die Menschen, die bei der Organisierung von Anfang an dabei waren, und auch während der Zeit des Sozialforums gab es über bestimmte Dinge nur informelle Absprachen, z.B. Telefonnutzung (Privathandy), Autonutzung (ebenfalls privat) und die Verfügung über die Gebäudeschlüssel. Wer danach fragte, bekam diese Dinge, allerdings gab es nirgendwo eine Info darüber, dass es diese Dinge gab, bzw. wen mensch danach fragen könnte«, sagt Simone, eine der Vorbereitenden. Die geplante »Offene Presseplattform« kam leider nicht zu Stande.

Die Essensversorgung

»Als besonderer Anziehungspunkt erwies sich die Volxküche, wo täglich über 200 Essen selbstorganisiert zubereitet und ausgegeben wurden«, sagt Sascha, der auch wesentlich an Vorbereitung und Durchführung des OR beteiligt war. Bestimmte Umstände sieht er jedoch kritisch, wie auch Simone, die erklärt, die Weimarer Volxküche »hatte sich neben den Offenen Räumen auch noch der offiziellen Sozialforums-Orga (SF-Orga) verpflichtet, für die 80-120 HelferInnen zu kochen. Dafür bekam sie pro Kopf und Tag 4 Euro.« Das Essen wurde im OR zubereitet, die SF-Orga-Gruppe forderte jedoch, so Simone weiter, eine eigene Räumlichkeit in den Offenen Räumen für das HelferInnen-Buffet, damit immer ausreichendes Essen gewährleistet sei. Dieser Widerspruch zur Idee des OR »wurde dann dadurch gelöst, dass das Essen zwar im Ratsgymnasium gekocht, aber im (...) HelferInnen-Orga-Büro ausgegeben wurde.« Mögliche Ängste der SF-Orga-Gruppe, die OR-Menschen könnten sich auf Kosten des »offiziellen« SF »durchschnorren«, können zerstreut werden. Simone: Es »blieb von dem später doch noch organisierten Gemüse vom Naturkost(!)großhandel so viel übrig, dass mehrere Erfurter Gruppen und das Antifa-Camp davon profitierten...«

Die Veranstaltungen

Hierzu meint Sascha: »... die selbstorganisierten Workshops, Fishbowl-Diskussionen zu Themen wie 'Militanz', 'Feminismus', 'Offene Räume' oder 'Eine andere Produktionswelt ist möglich' bewiesen, dass der Tiefgang und die Quantität garantiert nicht von einem wochenlangen Planungsprozess profitieren«, und Simone freut sich über die gefüllte Veranstaltungswand, »vor allem, weil meines Wissens keiner der angekündigten Punkte wegen mangelnder TeilnehmerInnen ausfiel (mit zwei Ausnahmen, ...)«. Den Samstag Abend bewerten Simone und Sascha unterschiedlich. »Als ein Höhepunkt der Aktivität war sicherlich der Samstag anzusehen, an dem ungefähr 250 Menschen gleichzeitig Kino auf der Kirchenfassade schauten, auf einer hammerfetten Party im Predigerkeller tanzten und in diversen nicht zu überschauenden Ekken diskutierten, lebten und sich liebten«, so Sascha. Dagegen Simone: »Der Samstagabend bedeutete für mich eher Horror, weil ich das Gefühl hatte, dass 'wir', die Verantwortung-Tragenden und aber auch sonst niemand auf dem Gelände mit einer Eskalation der Situation, z.B. besoffenen Randalierern, hätte fertig werden können.« Zum Umgang mit unliebsamen Veranstaltungen sagt Simone: »Zwei Veranstaltungen bereiteten auch in den Offenen Räumen Sorge, weil sie nicht in den Rahmen zu passen schienen: Eine Gruppierung wollte Werbung für SchülerInnenfirmen machen, und auch wenn sie diese als Genossenschaften präsentierten, waren hierarchische Strukturen und kapitalistische Ausrichtung grundlegend. Die andere Veranstaltung sollte vom Heil gemeinsamer Meditation für eine bessere Welt unter Berufung auf einen neuen transzendentalen Meister künden. Beide VeranstalterInnen nahmen sich einen Raum, beide wurden von kritischen Offenen-Räumen-GestalterInnen besucht und vor Ort diskutiert, und beide hatten glücklicherweise außer diesen keine weiteren TeilnehmerInnen!«

Kritik am »offiziellen« Sozialforum

Eigentlich ist laut Charta das ganze Sozialforum ein »Offener Raum«. Sascha sieht jedoch eklatante Widersprüche zur Charta: »Erstens – ein Sozialforum hat keine Sprecher. Hugo Braun, bzw. Vertreter der Gewerkschaften wurden oftmals von den Medien so benannt, was auch nicht ganz unbeabsichtigt war. Zweitens – ein Sozialforum fasst keine Beschlüsse. Es ist üblich geworden, am Ende eines Sozialforums ein 'Treffen der sozialen Bewegungen', welches eigentlich nur ein 'Treffen einiger sozialer Bewegungen' ist, abzuhalten, welches von den Medien als DER Beschluss reflektiert wird, was auch von allen Akteuren bewusst in Kauf genommen wird. Drittens, das Sozialforum ist kein Podium für Parteien. Dito, auch dieser Punkt wird diskutiert, aber leider ohne die Gewerkschaftsapparate einzubeziehen, welche die gleiche Schlagkraft besitzen und ebenfalls die Sozialforenbewegung für ihre Ziele gerne vereinnahmen würde. Rückblikkend wäre dazu aber auch zu erwähnen, dass die sonst so emanzipierten sozialen Bewegungen auf die Hilfe genau dieser Gruppen angewiesen waren.«

Abschließende Betrachtung

»Die euphorische Beurteilung anderer TeilnehmerInnen der Offenen Räume kann ich nicht so recht teilen«, sagt Simone. »Auch wenn sich die Offenen Räume schneller mit Leben füllten als das bei der mageren Bekanntmachung wahrscheinlich war, waren die meisten BesucherInnen wohl eher NutzerInnen als dass sie sich tatsächlich mit der offenen Struktur beschäftigten. Tatsächlich selbstorganisierte Prozesse, die nicht von den Menschen ausgingen, die die Offenen Räume von Anfang an mitgestalteten, waren eher die Seltenheit. Das zeigte sich vor allen Dingen am Aufräumprozess, der sich über zwei Tage hinzog.« Und für Sascha bleiben Fragen offen: »Wie geht man mit Störungen um, z.B. mit den anwesend gewesenen Anthroposophen, denen zumindest manche keine Plattform bieten wollen? Wie löst man das Problem mit freiem Zugang auf wirklich alle Resourcen? (...) Wie stellt man transparent und umfassend dar, wer ein Auto hat, wer welche Person ist, die eventuell über wichtiges Detailwissen, also Informationshierarchien verfügt?« Und Thomas, ein weiterer Teilnehmer des OR, fragt: »War der OR also nur ein Urlaub, der uns wieder fit machte für diese Verhältnisse? Redeten wir über Selbstbestimmung im Dienste der Fremdbestimmung?« Und er stellt fest: »Der Kampf gegen die Verhältnisse ist von den Verhältnissen geprägt. Unser OR hat mir unmittelbar und drängend gezeigt, dass die Veränderungen zuerst im Lebensstil liegen müssen.«●

Infos unter
www.hierachiefrei-leben.de
wwww.sozialforum-von-unten.de.vu
http://listi.jpberlin.de/pipermail/offenerraum/

(**1**) www.sozialforum2005.de/prinzipien/index.html

ANDERS BESSER LEBEN:

Wir gründen eine Kommune

Politische Kommunen des Kommuja-Netzwerkes beteiligten sich beeindruckend am Sozialforum. Mehr als zwanzig KommunardInnen aus verschiedenen Gruppen luden in der Fachhochschule zum Kennenlernen und Diskutieren der Kommunewelt ein.

Infostand im Kommunecafé in Erfurt

Heinz Weinhausen, Red. Köln ● In den stets gut besuchten Workshops wurde dies ausgiebig getan. In einem Planspiel legten die TeilnehmerInnen direkt los und gründeten ihre »virtuelle« Kommune. So konnten sie das andere Leben direkt spüren: auf gleicher Augenhöhe und respektvoll miteinander umgehen, eine befriedigende Lösung für die ganze Gruppe suchen, die Lust, das eigene Umfeld zu gestalten und die oft erfahrene Ohnmacht zu überwinden. Aber auch, wie mühsam das im Konkreten sein kann.

So bunt wie die Kommuneprojekte und ihre Menschen, war auch das dreitägige Programm, das parallel in zwei Räumen stattfand. Wie tragen Kommunen zur gesellschaftlichen Veränderung bei? Sind sie erste Schritte einer Bewegung, die Gesellschaft von Markt, Geld und Staat abzukoppeln trachtet? Eine Studie der Uni Kassel legt dar, dass Kommunen heute schon mehr Lebensqualität bedeuten, da sie ökologisch in vielem konsequenter sind. Wie lässt sich untereinander befriedigend miteinander umgehen? Hier wurden die Methode der Gewaltfreien Kommunikation, die Tiefenökologie und die Erfahrungen von Radikaler Therapie vorgestellt.

Viele interessante Gespräche und das Knüpfen alter und neuer Bekanntschaften gab es im Kommunecafe und am Bücher- und Infotisch. Beeindruckt hat mich eine Äußerung eines Teilnehmers, der meinte, dass im Unterschied zu vielen politischen Gruppen, das Gesprächsklima bei Kommuneveranstaltungen sehr angenehm und konstruktiv sei. Leider war dies bei der allgemeinen Sozialforumskonferenz zu »Anders besser leben« nicht der Fall. Mehrere hundert TeilnehmerInnen erlebten ausufernde Vorträge des Podiums, für den Meinungsaustausch blieben dann selbst nach Verlängerung nur noch 15 Minuten. Wie angenehm war da doch die Fishbowl-Diskussion beim Los geht's.

Das Erfurter Sozialforum hat die Teilnahme-Erwartungen der VeranstalterInnen nicht erfüllt. Dennoch, wenn sich 2.500 Menschen für mehrere Tage zusammentun, dazulernen und Pläne schmieden für eine andere Welt, ist dies nicht wenig, vielmehr ein wichtiges Ereignis. Ohne langen Atem wird Gesellschaftsveränderung sowieso nicht zu haben sein. Gemeinschaftlich nachhaltig macht's noch Spaß dabei.●

Literatur
Das Kommunebuch, 15 EUR, über Kommune Niederkaufungen, uli.barth@gmx.de
Gemeinschaftlich nachhaltig, Thesen zur Lebensqualität in Gemeinschaften, 1 EUR, Villa Locomuna fuhr@iisa.de

EINGESTIEGEN

Juchuh, ich bin Kommunardin (endlich) !!

Tja – was ist nun mitteilenswert für andere an einer so privaten Entscheidung, in eine Kommune einzusteigen? Oder ist es gar keine private Angelegenheit, schließlich gehört meine Kommune ja zu den »politischen«... Ich möchte euch gerne von meinem Weg in die Kommune Hof Rossee erzählen.

Bettina Kruse, Kommune Hof Rossee ● Vor drei Jahren wollte ich eigentlich nur meinen Bauwagen hier zwischenparken, um ihn etwas zu renovieren und ihn dann zur Nutzung (Wohnraummangel) für sieben Monate hier zu lassen (während ich noch mal in die weite Welt wollte), um mir dann einen Wagenplatz zu suchen. Ich bin immer noch hier und jetzt auch »offiziell« Teil der Rosseer Rasselbande geworden.

Vielleicht lernt mensch nämlich einen so tollen Ort (hier natürlich auch geografisch) wie eine Kommune am ehesten aus der Ferne schätzen oder aus der Nähe kennen. Ich durfte beides. Dadurch, dass ich von Anfang an in den Alltag eingebunden war, also auch Plena mitgemacht habe und Dienste übernommen habe, ging das Kennenlernen (der Struktur) recht schnell. Und natürlich auch das Kennenlernen der Konflikte... Und überraschenderweise (für mich damals) war die gemeinsame Ökonomie (an der ich noch nicht beteiligt war) gar nicht der Konfliktherd schlechthin, sondern, wie auch heute noch, der Umgang miteinander und eben auch manchmal gegeneinander. Wie können wir uns wahrnehmen, uns wahrgenommen fühlen und uns dabei selbst nicht verbiegen und doch die Andere, den Anderen sein lassen? Das ist für mich die größte Herausforderung und auch der größte Reiz an dem Leben in Gemeinschaft und es scheint eine lebenslange Aufgabe zu sein, dass herauszufinden.

Aber bevor ich selbst zu verstrickt war, bin ich dann noch mal abgehauen. Neun Monate nach Dänemark, einmal über die Grenze und dann rechts ab. Also nicht wirklich weit weg, aber zum ersten mal in meinem Leben habe ich dort ganz alleine gelebt (naja nicht ganz – meine Katze macht sich gerade bemerkbar, vermutlich, damit ich nicht vergesse, wie wichtig sie mir als Begleiterin ist). Aus der neuerlichen Distanz und auch durch den Freiraum, den ein solches Alleine-Leben erzwingt, hatte ich viel Zeit darüber nachzudenken, was Kommune für mich so anziehend und wertvoll macht. Denn ich habe bei meinem »Exil« tatsächlich Heimweh bekommen: nach dem Chaos, nach dem Gewusel und nach der Wärme.

Meine Ergebnisse des Nachdenkens: Erstens: In der Kommune muss ich nicht jeden Tag kochen und abspülen. Zweitens: Ich habe, wenn's mir gut oder schlecht geht, immer mindestens eine Person, zu der ich gehen kann, um das Erlebte (mit) zu teilen. Drittens: Die Kommune ist für mich eine Art geschützte Bucht, ein guter Ankerplatz in der Gesellschaft, die mich auch vor den Anmaßungen der »normalen« Welt schützt. Hier ist vieles Neuland, hier haben wir die Möglichkeit zu experimentieren, neue Wege zu gehen. Mal schaffen wir das und mal nicht. Viertens habe ich hier im Moment die Möglichkeit sowohl kopflastige und körperliche Tätigkeiten auszuüben. Sowohl extern zu arbeiten (in dem Bereich, den ich gelernt habe) als auch intern: hier auf der Baustelle und im Planungsteam, wo ich unendlich viel neues dazu lerne.

Ganz wichtig: Wenn mensch mal eine Zeit lang fort gewesen ist, ist es auch viel leichter, den Blick auf das zu richten, was schon erreicht/geschafft worden ist ohne den eingeschränkten Kommune-Tunnel-Blick, der nur auf die lange Liste fixiert ist, auf der steht, was alles noch gebaut, erreicht, entwickelt, geschafft und verbessert werden soll! (Zeitweiliges Exil für Alle! – das tut nämlich sehr gut). Außerdem (ich glaube, ich hör jetzt mal auf zu zählen) die Kinder, die eine großartige Bereicherung meines Lebens sind, die die unglaublichsten Fragen stellen und deren Lärm und auch Gemaule ich in meiner Ein-Zimmer-Bude sehr vermisst habe.

Und natürlich meine MitkommunardInnen, denn die persönlichen Beziehungen sind in den letzten drei Jahren sehr gewachsen. Und das ist mir vielleicht auch der Punkt, der am wichtigsten erscheint: Zeit. Zeit, sich einer

Bettinas Bauwagen

Kommune und ihren BewohnerInnen anzunähern, Zeit, ohne die ich jetzt nicht hier wäre, ganz einfach, weil ich sonst zu viel Schiss gehabt hätte. Mein Hiersein war ja nicht so geplant, es war mir noch nicht einmal klar, ob ich überhaupt ernsthaft Interesse daran hatte einzusteigen. Wenn es auch nicht immer ganz einfach war, so haben die Rosseer mir doch die Möglichkeit gegeben am Leben hier, an Kommune teilzunehmen, ohne eine Frist im Nacken: wenn nicht bis dann und dann entschieden, musst du gehen!

Diese Erfahrung weiterzugeben, dazu aufzurufen, die eigenen (Einstiegs-)Regeln nicht immer kompromisslos einzuhalten, nur weil mensch sie mal gemacht hat, dass ich den Raum und die Zeit hatte anzukommen, das ist mir wichtig mitzuteilen. Und spätestens hier ist das Private mal wieder politisch...●

PS: Wer Lust hat, hier in Barkelsby nähe Kiel mal vorbeizuschauen, helfende Hände sind herzlich willkommen. Bitte aber vorher anrufen! Tel. 04351-880812

ARBEIT ABSCHAFFEN

Recht auf Faulheit, aber wo ?

Wenn in kapitalistischen Produktionsverhältnissen über das Recht auf Faulheit diskutiert wird, sind die Befürworter schnell beisammen. Natürlich gibt es ein Recht auf Faulheit in Lohnarbeitsverhältnissen, wo die Ausbeutung klar sichtbar ist. Dort der Chef, die Firma, der Konzern, die Gewinner und da die/der arme Lohnabhängige, immer auf der Verliererseite.

Hans, Kommune Karmitz ● Doch wie sieht es aus, wenn bei uns in den Kommunen das Recht auf Faulheit eingefordert wird?

Stille, denn die Arbeit ist uns »heilig«. Tief sitzt die anerzogene Arbeitsmoral in uns.

Welches Projekt definiert sich nicht über seine Arbeit?! In welcher Kommune werden nicht hier und da kleine Machtstrukturen sichtbar aufgrund des Arbeitens? Wie oft steht die Frage an Kommune-InteressentInnen an erster Stelle: »Was würdest du hier arbeiten wollen? Welchen Arbeitsbereich stellst du dir bei uns vor?« Natürlich gibt es auch die ökonomischen Zwänge, die das Arbeiten in Kommunen nötig machen. Und sicherlich hatte die Arbeit in den Anfängen der »alternativen« Szene einen noch höheren Stellenwert als heute. In dieser Hinsicht kann ich nicht leugnen, dass sich etwas getan hat.

Aber ich bin sicher, dass im Grunde die Arbeitsbelastungen in Kommunen viel weniger sind, als wir nach außen sichtbar machen. Welche Kommune wirbt neue Leute mit dem Motto: »Bei uns ist Arbeit Nebensache«?. Wir trauen uns nicht, unseren »Wohlstand« einzugestehen, und wir können nicht zugeben, dass es uns gut geht, trotz sozialer Misere und all dem Stress um uns herum.

Wir bleiben Gefangene der Arbeitsmoral und schaffen es nicht – bei allem guten Willen –, uns ein Leben ohne Arbeit vorzustellen. Ich male mir aus, wie es sein wird, wenn es eines Tages wirklich eine Grundsicherung gibt und wir auch in unseren Kommunen freigestellt sind, zu arbeiten nur wenn wir wollen, da wir durch unser kollektives Handeln mit einer Grundsicherung, die ja immerhin zwischen 500 und 1.000 Euro gehandelt wird, nicht mehr arbeiten müssten. Würden wir endlich faul in der Ecke liegen, den Tag genießen, oder würde uns der Himmel auf den Kopf fallen und wir würden andere Zwänge suchen zu arbeiten?

Ich wünsche mir, dass wir überall dort, wo es irgendwie möglich ist, die Arbeit abschaffen. Dass wir das als ein Ziel sehen, für eine andere Gesellschaft zu werben, in der die Arbeit unwichtig wird. Steht die Arbeit nicht auch immer mit Wachstum in Verbindung? Und sind wir nicht auch wie bei der Arbeit Gefangene des Wachstums? Auch wenn wir es gesellschaftlich gesehen ablehnen? Auch in Kommunen muss oft Neues und wieder Neues geschaffen werden, um das Gefühl des Weitergehens zu erhalten. Stillstand ist etwas Schreckliches. Dabei würde Stillstand doch bedeuten, dass Ressourcen weniger ausgebeutet werden, dass die Natur weniger beraubt wird usw. Aber wir müssen wachsen, mehr Wohnraum schaffen, Land dazu pachten, einen neuen Arbeitsbereich aufbauen, hier und da etwas verbessern oder Schulden abbezahlen. Ein schuldenfreies Haus für die nächste Kommunegeneration, ohne dass wir wissen, ob es die überhaupt geben wird. Wer fühlt sich nicht erinnert an das Elternhaus, welches eines der Kinder schon übernehmen wird?

Ich möchte einfach aufzeigen, in welchen Gewohnheitsfallen wir stecken und welche Chancen uns geboten wären, wenn wir sie verlassen könnten. Wenn unser Ziel der Müßiggang ist, wir den Stillstand nicht fürchten und langsam, ganz langsam Neues schaffen. Dass auch mal etwas Neues entsteht, vielleicht im eigenen Leben – vielleicht aber auch erst später.

Ich würde mich freuen, wenn an dieser Stelle in der CONTRASTE eine Diskussion über die Faulheit und den Müßiggang mit diesen Zeilen in Gang gesetzt wird. Und das nicht nur theoretisch. Ich würde mich über viele Beispiele des Müßiggangs im Kommuneleben freuen.●

KONFLIKTE IN GEMEINSCHAFTEN

Extrablatt oder Babylon ist überall

Ein Bewohner eines Wagenplatzes in Süddeutschland erhält Ende Mai 2005 ein Schreiben im Auftrag des Trägervereins des Wagenplatz-Projektes durch ein Rechtsanwaltsbüro mit der Aufforderung, das Grundstück bis Ende August 2005 zu verlassen. Dies ist der vorläufige Schlusspunkt eines seit Jahren andauernden Konfliktes zwischen der Mehrheit des Projekts und einem einzelnen Bewohner und ein Beispiel dafür, wie solche Konflikte auf gar keinen Fall gelöst werden sollten. Der nachfolgende Text erschien schon in der aktuellen Ausgabe der VOGELFRAI (der unregelmäßig erscheinenden Zeitung der bundesweiten Wagenprojekte-Selbstorganisation; Juli 2005, Redaktion Freiburg).

Die Rechtsanwälte in ihrem Schreiben: »Gegenstand unserer Beauftragung ist Ihr Ausschluss aus dem Verein (...) sowie das hieraus folgende Erlöschen Ihres Standrechts auf dem vom Verein von der Stadt (...) gepachteten Gelände.

Wie Ihnen bekannt sein dürfte, wurden Sie auf der Mitgliederversammlung des Vereins am 22.11.2004 durch einstimmigen Beschluss von diesem ausgeschlossen. Dieser Beschluss entsprach dem satzungsmäßigen Ausschlussverfahren des § 4 Absatz 4 der Vereinssatzung und hat für Sie u.a. zur Folge, dass Sie nicht mehr auf dem gepachteten Gelände des Vereins wohnen dürfen.

Die Ihnen bekannten wichtigen Gründe für ihren Vereinsausschluss sind das Nichtbezahlen der monatlich zu entrichtenden Gebühr seit August 2002, die Drohung mit Gewalt gegenüber anderen Vereinsmitgliedern sowie vor allem Verstöße gegen Plenumsbeschlüsse, die das gesamte Bauwagenprojekt gefährden.

Die genannte Folge des Vereinsausschlusses, dass Sie nunmehr Ihren Wagen vom Vereinsgelände zu entfernen haben, ergibt sich aus Ziffer 2 Unterpunkt 2.2 des Mietvertrages des Vereins mit der Stadt (...).

Rein vorsorglich kündigen wir jedoch namens und im Auftrag des Vereins (...) Ihr Stellplatzrecht auf dem Vereinsgelände fristlos aus wichtigem Grund. Die wichtigen Gründe entsprechen den oben für den Vereinsausschluss genannten.

Der Verein räumt Ihnen zum Verlassen des Grundstücks eine Frist bis 31.8.2005 ein.
(...)«

Der so angeschriebene Wagenplatzbewohner schrieb dazu:
»Dieses RA-Schreiben ist der jetzige Stand nach einer jahrelangen Entwicklung und dem von »der Mehrheit« abgebrochenen Versuch, letztes Jahr mit Hilfe einer professionellen Mediatorin zu einem KONSENS (wie ich ihn mir wünsche) zu kommen. Die erwähnten Verstöße sind mein Zahlungsboykott nach erfolgter Zerstörung eines Teils meiner Existenz (stattdessen wird an polit.-soziale Projekte gespendet). Die sogen. Gewaltandrohung ist eine emotionale Reaktion auf bereits erfolgte Gewalt gegen mich und meine Sachen.

Der Bauwagenprojektgefährdende Verstoß ist Interpretationssache – hier nimmt sich »die Mehrheit« das Recht der Definition, obwohl unsere geschichtlichen Erfahrungen dagegensprechen und z.B. tatsächlich vorhandene Probleme / Verstöße gegen Pachtvertragsinhalte nur halbherzig angegangen werden (mir wurde auch schon von MitbewohnerInnen bestätigt, dass wenn ich ein »netterer Mensch« wäre, sie mich in Ruhe lassen würden).

Ein Problem ist, ob es in diesem schwierigen Fall einen »Konsens« geben kann (ich habe schon Einschränkungen und Veränderungen bis zur Schmerzgrenze akzeptiert und umgesetzt) oder einen Mehrheitsentscheid gibt.

Hier und in der Vergangenheit zeigte sich, dass »die Mehrheit« keinen Konsens sucht und dies eher die Fortsetzung von Mobbing ist, was schon jahrelang in anderen Formen stattfindet und den Zweck haben sollte, mich zum »freiwilligen« Verlassen des Platzes zu bewegen (Zitate: »da wo du stehst könnten ein/zwei nette Leute wohnen« od. »ich an deiner Stelle wäre schon längst gegangen«,...).

Eine Erklärung meiner Ablehnung ist, dass ich (als mittlerweile längstes Mitglied aus unserer Entstehungszeit) nicht nur »gegen die da oben« für unser Projekt einsetzte, sondern auch platzintern kritisch, emotional und zugegeben schwierig war/bin und mir dadurch keine FreundInnen machte. Meist wurden keine offenen Diskussionen geführt, sondern die Ablehnung gegenüber mir angestaut und eher »hintenherum« ausgelebt (Vorurteile, Tratsch und Klatsch, abgerissene Plakate,...).

Wichtig in »unserem Fall« ist auch, dass die wenigen

Fortsetzung auf Seite 6

NEUES LEBEN IM UTRECHTER NETZWERK FÜR EINE ÖKONOMIE DES ZUSAMMENARBEITENS

VAKgroep wird Solidair

In der sympathischen niederländischen Stadt Utrecht gibt es ein alternativ-ökonomisches Netzwerk, das in Europa wohl beispiellos ist. Diese Stadt der malerischen alten Häuser und Grachten würde man kaum für den Ausgangsort eines Modells der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit von selbstverwalteten Projekten halten. Trotzdem, was sich hier unter dem Namen »Solidair« entwickelt, könnte ein Modell für viele Regionen sein.

von Sven Giegold ● Schon in den 70er arbeiteten eine Reihe von Wohnprojekten, selbstverwalteten Betrieben und Initiativen eng zusammen. Aus den Erfahrungen der 70er entstand mit der VAKgroep (Vereinigte Arbeitskollektive) eine Organisation, in der die Aktiven dieser Zusammenarbeit eine Form geben konnten. Dabei waren viele der Wohnprojekte aus Hausbesetzungen entstanden und zahlten niedrige Mieten. So konnten die Wohnprojekte wie auch die beteiligten Arbeitskollektive politische Arbeit und die Unterstützung neuer Projekte fördern.

Mitte der 90er Jahre kam es zu einem umfangreichen Diskussionsprozess innerhalb der VAKgroep. Daraus entstand vor einigen Jahren Solidair. Die wichtigste Neuerung ist wohl, dass Solidair im Gegensatz zur VAKgroep nicht mehr auf Utrecht beschränkt ist. Vielmehr steht sie Gruppen aus anderen Orten offen. Inzwischen gehören über 30 Betriebe und Initiativen sowie 10 Wohnprojekte mit insgesamt 150 Aktiven zu Solidair.

Die Grundidee von Solidair ist einfach: Projekte, die aus dem Gröbsten raus sind, unterstützen Projekte, die gerade erst in den Startlöchern stehen. Auch außenstehende SympathisantInnen können mithelfen. Im einzelnen gibt es:

● »SamSam«: Eine Beteiligungsgesellschaft, die Geld von UnterstützerInnen einsammelt und dieses an bedürftige Projekte verleiht. Für die Projekte ist das Geld viel billiger als von der Bank (wenn sie überhaupt einen Bankkredit bekommen würden).

● »Ana Maria Fonds«: Ein gemeinnütziger Fonds, der Spenden für die Öffentlichkeitsarbeit und gemeinnützige Aktivitäten sammelt.

● Garantiefonds: Wohnprojekte, die weitgehend schuldenfrei sind, stellen ihre grundbuchlichen Sicherheiten neuen Projekten zur Verfügung, die damit Zugang zu billigeren Krediten von der alternativen Triodos-Bank bekommen.

● »Commitment« und »Resonans«: Die Funktion beider Vereinigungen ist ähnlich. MitgliedsProjekte entscheiden sich, ob sie in Commitment oder in Resonans Mitglied werden wollen. In beiden Fällen entscheiden sie sich, einen Anteil ihrer Überschüsse/Einkünfte an Solidair abzugeben. Bei Commitment ist der Beitrag niedriger als bei Resonans, auch das Maß des Zeitaufwands ist kleiner.

Mit diesem Geld finanziert Solidair lauter schöne Sache. So gibt es ein schönes Magazin, einen E-mail-Rundbrief und Faltblätter, die in eigentümlichem Layout, für die Idee einer »Zusammenarbeitsökonomie« werben.

Solidair-Haus in Utrecht, Juli 2005

Neue Projekte erhalten Unterstützung beim Start und zwar nicht nur in Form von Beratung, sondern wenn nötig auch durch Geld. Auch bestehenden Projekten stehen die Unterstützungsangebote offen. Politische Projekte können Anträge an Solidair stellen. Alle Formen der Unterstützung werden für jedes Projekt individuell zusammengestellt.

Nebenbei hat Solidair auf diese Weise noch ein altes Problem der Projekteszene gelöst: Während die erste Generation mit viel Idealismus etwas aufbaut, lassen oft die Ansprüche der folgenden nach. Gerade viele Wohnprojekte haben sich so verändert. Auch in den Utrechter Projekten hat dieser Wandel stattgefunden. Allerdings schützt die Mitgliedschaft in Solidair die Aufbaugeneration davor, dass ihre meist ehrenamtliche Arbeit einfach privatisiert werden kann. Wohnprojekte, die Mitglied in Solidair sind, können ihre Mieten nicht einfach gegen Null senken, sondern zahlen jedes Jahr einen festgelegten Betrag in die Solidair-Kasse. Die Mieten in den Utrechter Projekten sind trotzdem günstig und den neuen Projektinitiativen ist auch geholfen. Wollen Projekte den Solidarverbund verlassen, geht die Hälfte der stillen Reserven (also der Differenz zwischen dem Marktwert der Immobilien und dem Buchwert in Bilanz) der Wohnprojekte an Solidair. Diese Lösung ermöglicht Projekten sich aus der Solidarität zu verabschieden, wenn es für sie nicht mehr passt. Allerdings können sie nicht einfach die von vorherigen BewohnerInnengenerationen »befreiten« Werte privatisieren.

Der Effekt von Solidair ist deutlich. Durch die Zusammenarbeit in einer Organisation, statt nur in einem losen Netzwerk, hat die alternative Ökonomie immer wieder neue Impulse bekommen. Impulse, die die Szene in Deutschland gut gebrauchen könnte (es scheint mir kein Zufall, dass der derzeit dynamischste Zusammenhang – das Mietshäusersyndikat – viele Ähnlichkeiten mit Solidair hat). In politischen Zusammenhängen sind alternativ-ökonomische Projekte in den Niederlanden ungleich sichtbarer als in Deutschland. Neue Initiativen kommen zu Solidair hinzu. Gemeinsame Ausflüge und Feste halten die Bewegung für eine »Ökonomie des Zusammenarbeitens« lebendig.●

Wer mehr wissen will: www.solidair.nl

BERLIN: DAS BETHANIEN

Alte und neue Hausbesetzungen

Am 6.6. diesen Jahres wurde das Yorck59, das linke Kulturzentrum am S-Bahnhof Yorckstraße – nach erpresserischen und durch die 60-köpfige alternative Wohngemeinschaft nicht erfüllbaren Forderungen seines neuen Besitzers – von der Polizei gestürmt, wovon wir berichteten, und die Bewohner in Fesseln abgeführt. Erst gegen den Willen der Nutzer und der Bezirksregierung, mittlerweile aber bis Mitte 2006 geduldet, zogen die Yorck59er daraufhin ins Künstlerhaus Bethanien am Mariannenplatz ein, das selbst einmal besetzt war und ohne diese Besetzung heute ganz sicher kein Zentrum der Kultur Kreuzbergs wäre.

von Fredi Büks ● Nachdem man sich vom wenig erfreulich anmutenden Kottbusser Tor, wo das alternative Leben noch nicht eingesetzt hat, entlang der mit jedem Schritt angenehmer werdenden Adalbertstraße nach rechts über die Waldemarstraße bis zum Mariannenplatz und dessen Mitte bewegt hat, steht man vor der mittelalterlich anmutenden alten Diakonissenanstalt Bethanien. In den 50ern des 19. Jahrhunderts von Preußenkönig Friedrich Wilhelm dem Vierten in Auftrag gegeben und unter seiner Regierung fertiggestellt, stand es seit 1969 leer und war vom Abriß bedroht.

Die Geschichte um das Georg-von-Rauch-Haus beginnt mit der Besetzung eines alten Fabrikgebäudes in der Mariannenstraße in Kreuzberg durch Jugendliche, die, nachdem sie eine Etage gemietet hatten, den Rest des leerstehenden und verwahrlosten Gebäudes in Besitz nahmen, um auf allen Etagen ein alternatives Jugend- und Lehrlingszentrum aufzubauen. Das Haus wurde gewaltsam geräumt und 76 Jugendliche festgenommen. Die Zeit des Konspirierens begann.

Die Yorck59 ist seit dem 11.6.2005 im Bethanien am Mariannenplatz (im ehemaligen Sozialamt im linken Seitenflügel)

Nach einem Ton-Steine-Scherben-Konzert und allerhand Politischem in der TU-Mensa wurde am 7. Dezember 1971 der Plan gefasst, die alternative Jugendeinrichtung im zum Abriss vorgesehenen, weil schon lange leerstehenden Martha-Maria-Haus, dem Schwesternheim des ehemaligen Krankenhauses, aufzubauen. Eine Besetzung bot sich an, da es in einer Gegend lag, wo Jugendarbeit am dringensten erschien, und außerdem der Platz, auf dem das alte Gebäude stand, nicht den Immobilienmenschen in die Finger geraten sollte.

Einen Tag später fand die Instandbesetzung statt. Im Gebäude quartierten sich 150 Jugendliche, Azubis und Studies ein. Vor dem Haus gerieten über 300 Menschen, die sich der Räumung durch die Polizei entgegenstellten, in eine Straßenschlacht.

Die Besetzer forderten, dass alle 96 Zimmer als Wohnkollektive für Lehrlinge, Heimausreißer und ehemalige und aktuelle Suchtabhängige eingerichtet werden sollen. Diese Ideen fanden zunehmend in der Bezirksverordnetenversammlung Zustimmung, und sogar die CDU, die zuvor wie auch heute zu Zeiten des Yorck59 gegen Anarchisten, Kommunisten und weltfremde Linke gewettert hatte, erkannte, dass eine alternative Jugendarbeit dem Bezirk fehlte.

Die Besetzer machten sich unterdessen beim Senat dafür stark, dass Planstellen für zwei Ärzte, zwei Psychologen und zehn Sozialarbeiter im Haus geschaffen würden. Eine Arztpraxis sollte eingerichtet und dort kostenlose Betreuung für Hilfsbedrüftige angeboten werden. Nach Solidarisierung des DGB und der Anwohner mit den Hausbesetzern, aber auch weil linke Politiker in der Bezirksverordnetenversammlung diese immer weiter auf Kompromisskurs gebracht hatten, wurde am 24.12.1971 der Geist der Weihnacht in Kreuzberg wach. Mit dem Jugendzentrum e.V. und der Jugendarbeitsgruppe Florian wurde ein Mietvertrag über zwei Etagen abgeschlossen. Der Bezirk stellte drei hauptamtliche Pädagogen als Sozialarbeiter ein. Wo ist die Linke also weltfremd?

Die B.Z. vom 18.12.1971, genau wie die BILD ein rechtes und niveauloses Propagandaorgan, veröffentlichte zu diesem Ereignis folgenden wenig weitblickenden Leserbrief:

»Statt das Martha-Maria-Haus von der Polizei räumen zu lassen, beschäftigte sich das Bezirksamt Kreuzberg in stundenlangen »Sondersitzungen« damit, wie man den jugendlichen Demonstranten entgegenkommen könnte. Nicht genug damit, gab sich ein Stadtrat her, mit unvorstellbarer Servilität den 150 Demonstranten, die das Gebäude besetzt halten, »Kompromissvorschläge« zu unterbreiten. Dass man den jungen Herren nicht noch Kaffee und Kuchen servieren ließ, ist verwunderlich. Falsch angewandte Humanität, deren Folgen für die Zukunft vorauszusehen sind.«

Einer Unterzeichnung des Mietvertrages zwischen dem Bezirksamt einerseits und dem Jugendzentrum e.V. beziehungsweise der Eltern-Kind-Gruppe Florian andererseits stand aber, wohl gegen den Wunsch des Verfassers, nichts mehr im Weg. Nachdem die Besetzer erfolgreich den Abriss des ehemaligen Schwesternhauses verhindert und ihre Duldung erkämpft hatten, begann sein langsamer Umbau zum heutigen Kulturzentrum mit der bezirklichen Erarbeitung erster Nutzungspläne. Das Arbeitsamt und zahlreiche andere Projekte fanden im Georg-von-Rauch-Haus platz, benannt nach jenem leider der militanten Linken verfallenen anarchistischen Philosophiestudenten, der von der Polizei bei einer Fahndung nach »Terroristen« erschossen wurde. Die Tatsache, dass er keine Waffen bei sich hatte, deutet auf eine Hinrichtung durch die Polizei hin.

Inzwischen wird der größte Raumanteil im Haus von der Künstlerhaus Bethanien GmbH gehalten, die im Gebäude 25 Ateliers, 3 Ausstellungsstudios und ein Medienlabor unterhält. Und natürlich, das darf man nicht vergessen, leben dort derzeit die Vertriebenen des Yorck59. Mit diesen verhandelt derzeit die mehrheitlich von PDS und Grünen dominierte Bezirksverordnetenversammlung Friedrichshein-Kreuzbergs. Deren regierende Linke ist den Besetzern wohlgesonnen. So sagt der Grüne Baustadtrat Frank Schulz, dass er nichts dagegen hätte, dass die Yorck59er bis Mai 2006 dort wohnen blieben, und die Bezirksbürgermeisterin Cornelia Reinauer von der PDS will das Gebäude nicht räumen lassen.

Aber einen Grund gibt es dennoch, dass die Yorck59er bald ausziehen und sich ein eigenes Haus suchen sollten. Sie haben mit der Arbeit in ihrem alten Heim bewiesen, dass sie hervorragende kulturelle und politische Arbeit leisten und unterstützen können. Die Halter des Bethaniens sind bereits aktiv, und Genialität sollte sich nicht allzu sehr häufen. In Zehlendorf, Tempelhof, Marzahn oder Neukölln bestände jedoch noch Bedarf nach linksalternativer politischer Arbeit.

Hausbesetzungen sind kein geistloses Werk der Finsternis. Sie finden statt, weil ein Anlass besteht, ein Abriss, wie im Falle des Georg-von-Rauch-Hauses, eine Instandbesetzung, die Verteidigung einer kulturellen Identität gegen die konservative Gleichschaltung mit dem status quo.

Systematisch werden derzeit von organisierten konservativen Gruppen und Politikern, die an ein gemeines Recht glauben, über das nicht mehr philosophiert und das nur noch am Finanziellen gemessen wird, linke Gruppen und Projekte ausgeschaltet. Ehemals aufgeklärte Politiker tragen diese Politik mit, um in der einseitigen Medienberichterstattung als korrekte und rechtsachtende Menschen dazustehen. Zur Rechtsachtung gehört aber auch die Rechtschaffenheit, die nicht umsonst so heißt. Recht muss auf der Grundlage von Gerechtigkeit geschaffen werden, und diese orientiert sich an mehr als nur dem rechtmäßigen Fluss von Geld zwischen Käufer und Verkäufer. Die Räumung des Yorck59 wird niemals gerecht werden, auch wenn sie nach geltendem Recht rechtens sein sollte. Die Räumung des Bethanien wäre es auch nicht gewesen.●

Quelle: www.bethanien.de
Quelle: www.mardou.de
Zeitungsartikel von 1971: www.squat.net

FORTSETZUNG VON SEITE 5

»Alten« der Anfangszeit sich verändert (»entpolitisiert«) haben, auch mir gegenüber, und mittlerweile Zugezogene mit »esoterischem Background« ihre vorgebliche »harmonische Gemeinschaft« durch mich gestört fühlen (»Sündenbock-Funktion«?).

Immerhin wurde von fast allen während der Mediationstreffen zu »meinem Fall« erkannt, dass es allgemeinere platzinterne Probleme gibt und dazu ein »Berater« (bei unseren Plenas) aus der »Esoterikszene« engagiert. Als »mein Fall« nach dem Abbruch der Mediation (1.11.04) mit ihm »bearbeitet« wurde (z.B. nach »Methode Hellinger«; siehe unter Google: »hellinger-kritik«), kam es am 8.11.04 zum Eklat und zum Abbruch meinerseits, wg. seiner extrem einseitigen Herangehensweise (mittlerweile traf ich 3 Leute, die ebenfalls Negativerfahrungen mit ihm machten).

Die anderen berieten weiter (es gab kaum Kritik an seiner Methode – der Zweck heiligt die Mittel ??) und verkündeten am 22.11.04 »ihren einstimmigen Beschluss« (in Abwesenheit derer die anders abgestimmt hätten und der Mitabstimmung Neuzugezogener trotz Absprache der Neutralität zu »meinem Fall«).

Die letzten Jahre hat sich auch eine Gruppendynamik zu »diesem Fall« entwickelt, die wiederum Gruppendruck erzeugt bei jenen, die nicht unbedingt oder zu jedem Argument die gleiche »Mehrheitsmeinung« haben. »Gruppenharmonie« lässt sich nicht durch Ausgrenzung oder »Zwangsumerziehung/Unterwerfung« erreichen (oder doch ??).

»Leben und leben lassen«, Toleranz, »Vielfältigkeit statt Monokultur« und Solidarität könnten unsere Stärken sein im Kampf gegen die polit.-sozialen Verhältnisse. Leider lösen sich viele Projekte eher durch interne Streitereien auf, als durch die Bedrohung von außen.

Vielleicht schreibt »die Mehrheit« auch etwas in der nächsten »Vogel-frai« oder CONTRASTE und/oder ich hoffe, dass wir wieder zu einer »alternativen Problemlösungs-Kultur« zurückkehren.
ein vogelfraier«●

(der Name ist der Redaktion bekannt)

WISSENSCHAFTLICHE EINSCHÄTZUNG

Selbsthilfegenossenschaften

Kompetenzen vermitteln

– Gründungsrohkonzept für beschäftigungsorientierte Genossenschaften

Um Erwerbslose wieder in das Wirtschaftsleben zu integrieren, gibt es grundsätzlich zwei verschiedene Ansätze, nämlich als Arbeitnehmer oder als Selbständige, Unternehmer bzw. Existenzgründer mit einem Unternehmen, das zumindest einen Arbeitsplatz für den Gründer selbst bereitstellt. Dabei haben Gruppeninitiativen zur gemeinsamen Unternehmensgründung den Vorteil, dass »auf einen Schlag« mehrere Erwerbslose wieder beschäftigt sind. In anderen Ländern wird dieser Ansatz bereits genutzt und auch in Deutschland werden genossenschaftliche Konzepte im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik erwogen.

Jost W. Kramer,* Red. Genossenschaften ● Das Land Berlin hat eine Vorreiterrolle für genossenschaftliche Konzepte bei der Arbeitsmarktpolitik übernommen und ein spezielles Programm zur »Förderung der Gründung von Produktivgenossenschaften« entwickelt. Vergeben wird die Förderung gemäß der »Richtlinien für die Vergabe von Existenzgründungsdarlehen nach dem Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitischen Rahmenprogramm (ARP)« des Landes Berlin. Darin heißt es ausdrücklich: »Zur Schaffung von Arbeitsplätzen können Existenzgründer/Existenzgründerinnen, die vor Antragstellung erwerbslos sind, von Erwerbslosigkeit Bedrohte sowie beschäftigungsorientierte Genossenschaften, durch die Vergabe von Darlehen nach Maßgabe dieser Richtlinie gefördert werden«.

Vorreiterrolle Berlin?

»Beschäftigungsorientiert« wird seitens der Investitionsbank dahingehend verstanden, dass die Genossenschaft selbst die Beschäftigung – also den Arbeitsplatz – bieten soll, und nicht etwa lediglich eine Vorbereitung darauf oder eine Qualifizierung dafür. Dieser Aspekt wird auch durch die Bestimmung verstärkt, dass mindestens 70% der Genossenschaftsmitglieder in Berlin als erwerbslos gemeldet oder von Erwerbslosigkeit bedroht (gekündigtes Arbeitsverhältnis etc.) sein müssen. Umgerechnet auf eine Genossenschaftsneugründung heißt dies, dass von den erforderlichen sieben Gründungsmitgliedern mindestens fünf dieses Kriterium erfüllen müssen.

Gefördert werden sollen Existenzgründungen im gewerblichen Bereich und im Bereich der freien Berufe, wobei Landwirtschaft, Fischerei, Verkehr und exportbezogene Tätigkeiten ausgeschlossen sind. Die Förderung findet statt in Form eines niedrig verzinslichen Darlehens mit einer Laufzeit von bis zu 10 Jahren, einem Effektivzinssatz von maximal 4% und für Genossenschaften bis höchstens 75.000 Euro. Voraussetzungen für die Darlehensgewährung sind eine selbstschuldnerische Bürgschaft der Genossenschaftsmitglieder und ein tragfähiges Unternehmenskonzept.

Hoher Wissensbedarf

Auffälligstes Merkmal ist, dass sich die Berliner Förderung ausschließlich auf eine finanzielle Förderung beschränkt. Dies unterstellt, dass der wesentliche Grund, warum es bisher nicht zur Gründung beschäftigungsorientierter Genossenschaften gekommen ist, ein Mangel an Finanzkapital ist. Vor dem Hintergrund der allgemeinen Wirtschaftssituation erscheint dies zu kurz gegriffen. Gerade für die Führung einer Produktivgenossenschaft ist der Finanzbedarf lediglich einer von mehreren Aspekten.

Andere, eher organisatorisch-strukturelle Probleme stellen die Produktivgenossenschaft vor erheblichen Entscheidungs-, Strukturierungs- und Regelungsbedarf. Produktivgenossenschaften sind somit eine Organisationsform mit erhöhtem Klärungsbedarf und dementsprechend einem erhöhten Bedarf an Managementfähigkeiten. Es lässt sich daher vermuten, dass es weniger der Mangel an Finanzkapital als vielmehr der Mangel an Managementfähigkeiten bei den potenziellen Genossenschaftsmitgliedern ist, der Neugründungen behindert. Vor diesem Hintergrund wird nachfolgend eine alternative Herangehensweise skizziert, die tendenziell bessere Erfolge verspricht als das Berliner Modell.

Bedeutung von Promotoren

Genossenschaften von Arbeitslosen entstehen nicht quasi »automatisch«. Erforderlich ist ein Genossenschaftspromotor, der den Anstoß gibt und die Startphase begleitet. Dies können die Genossenschaftsverbände, das »NETZ« oder die »innova eG«, aber auch sozial engagierte Personen, genossenschaftswissenschaftliche Institute sowie Existenzgründerzentren sein. Der nächste Schritt ist unter Einschaltung der Arbeitsagentur eine Kontaktaufnahme mit interessierten erwerbslosen Menschen. Auf Informationsveranstaltungen müssen die genossenschaftliche Idee und ihre Umsetzungsmöglichkeiten vorgestellt werden. So wird die Organisationsform besser bekannt gemacht und zugleich der Kontakt zu potenziellen Genossenschaftsmitgliedern hergestellt.

Die so »geworbenen« Interessenten sollten im Rahmen eines »Cooperation Assessment Center« näher mit dem Genossenschaftskonzept vertraut gemacht werden. Zugleich müssen sich die Interessierten genauer kennen lernen, um ihre Fähigkeiten und Qualifikationen zu erkennen. Dies beinhaltet nicht nur kaufmännische und fachliche Eigenschaften, sondern auch die Sozialkompetenz. Danach muss, gegebenenfalls unter Einschaltung eines Gründungsberaters, eine Idee für die gemeinschaftliche Unternehmung entwickelt werden. Dabei deuten die Erfahrungen der Stadtteilgenossenschaft Wedding darauf hin, dass eine Gründung allein mit Erwerbslosen sowohl die Personen als auch die Organisationsform überfordern kann. Eine Mischung von Erwerbslosen und anderen Mitgliedern erscheint vor diesem Hintergrund sinnvoll.

Kleine Alternative

Auch dieses Konzept wird nicht zu einem massenhaften Abbau der Erwerbslosigkeit führen. Beschäftigungsorientierte Genossenschaften stellen aber einen möglichen Ausweg für jene Erwerbslosen dar, die zwar an einer Selbständigkeit interessiert sind, aber nicht bereit oder nicht fähig sind, die damit verbundenen Erfordernisse und Risiken alleine zu schultern. Unter besseren Rahmenbedingungen und mit durchaus erheblichem Engagement von verschiedenen Seiten können sie ihren Beitrag zur Integration von Erwerbslosen leisten, frei nach dem Motto »Gemeinschaftliche Selbstständigkeit mit begrenztem Risiko«. ●

* Prof. Dr. Jost W. Kramer lehrt Allgemeine Betriebswirtschaftslehre an der Hochschule Wismar und ist Mitglied des Instituts für Genossenschaftswesen an der Humboldt-Universität zu Berlin. E-Mail: j.kramer@wi.hs-wismar.de.

ERGEBNISSE EQUAL 1

Mit Instrumenten und Produkten Teamgründungen erfolgreich gestalten

Die innova eG, eine Entwicklungspartnerschaft für Selbsthilfegenossenschaften, führte vom 01.08.2002 bis 30.06.2005 ein vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördertes EQUAL-Projekt durch. Zu den wesentlichen Zielen gehören die Beseitigung von Diskriminierung am Arbeitsmarkt sowie die Verminderung von Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung. Im Mittelpunkt der Tätigkeit der innova eG standen die Initiierung und Begleitung von Genossenschaften mit Hilfe von Qualifizierungsmaßnahmen. Diese Arbeit wird fortgesetzt. innova will auch in Zukunft Impulse für die Entwicklung der Sozialwirtschaft in Deutschland geben, indem die Rechtsform der Genossenschaft für die Verknüpfung von sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben aktiviert wird.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Mit den Qualifizierungen wurden und werden über die innova eG TeilnehmerInnen in den Stand versetzt, ihre Geschäftsidee in Form einer Genossenschaft markt- und kundenorientiert umzusetzen. Gleichzeitig wird aufgrund der Besonderheiten der Zielgruppe – Benachteiligte am Arbeitsmarkt – der Gruppenbetreuung ein besonderes Gewicht eingeräumt. Dabei zeigt sich, dass Genossenschaften mit der genannten Zielgruppe nur durch eine ausreichende Nachbetreuung nach der Gründung und durch wiederholte Feedbackrunden längerfristig zu stabilisieren sind. Nicht alle Projektansätze erweisen sich als ausreichend stabil. Interne Konflikte, mangelndes Stehvermögen der Initiatoren, fehlende tragfähige Geschäftsideen, unzureichende Unterstützung vor Ort sind nur einige der bisher nicht systematisch ausgewerteten Gründe des Scheiterns.

Kooperation braucht viele Hände

Zahlreiche Gründungen

Trotz der Schwierigkeiten mancher am Arbeitsmarkt Benachteiligter mit einer Genossenschaftsgründung kann innova auf eine beachtliche Zahl von 18 durchgeführten Qualifizierungen verweisen. Aus diesen Qualifizierungen heraus wurden bisher dreizehn Genossenschaften gegründet, beispielsweise

1. nach einem achtmonatigen Lehrgang für Arbeitslose finanziert durch das Arbeitsamt in 2003 die Gründung der Haus- und Bauservice eG (HBS) Leipzig.
2. nach Qualifizierung ehemalig Beschäftigter aus dem Umfeld der Diakonie, dem Sprungbrett Riesa e.V., durch Überführung der wirtschaftlich tragfähigen Teilbereiche von einem Verein in die gegründete Genossenschaft Cena et Flora eG.
3. nach der Beratung und Unterstützung einer Initiative Arbeitsloser in Witten die Gründung der Gründergenossenschaft Witten eG i.G.
4. nach einer Beratung die Gründung eines Dienstleistungsbetriebs auf genossenschaftlicher Basis mit Namen helpKontor eG i.G. als Serviceagentur für Senioren in Freudenstadt.

Unterschiedliche »Typen«

Unterscheiden lassen sich drei »Typen« von Selbsthilfegenossenschaften, die seitens der innova betreut wurden: Beschäftigtengenossenschaften, Selbständigengenossenschaften und Multistakeholdergenossenschaften. Bei den Beschäftigtengenossenschaften geht es darum, dass sich Arbeitslose selbst in der Genossenschaft wieder in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bringen. Sie werden in ihrer eigenen Genossenschaft angestellt. Dagegen bleiben die ehemals Arbeitslosen, beispielsweise bei der Gründergenossenschaft Witten UnternehmerInnen. Sie sind Selbständige, teilweise als Ich-AG gegründet, und wollen dies auch bleiben. Über die Genossenschaft organisieren sie nur einen Teil ihrer Arbeit wie Verwaltung, Rechnungswesen, gemeinsame Akquisition etc. Sie bauen so ein gemeinsames sich wechselseitig stützendes Umfeld auf, das der Vereinzelung der GründerInnen entgegenwirkt.

Fortsetzung auf Seite 8

BESCHÄFTIGTENGENOSSENSCHAFT

Selbsthilfegenossenschaften

Erwerbsmöglichkeiten selber schaffen

– Freiburger Arbeitslose ergreifen die Initiative

Am 09. März 2005 gründeten 28 Arbeitslose das Dienstleistungsunternehmen SAGES – Serviceagentur für Senioren – in Freiburg im Breisgau auf genossenschaftlicher Basis. SAGES ist eine Dienstleistungsagentur für ältere und Unterstützung suchende Menschen, die im Sektor Alltagsassistenz mit den Geschäftsfeldern Haushaltsbereich, Mobilitätshilfe und Kontaktpflege startet. Zwei gewichtige Faktoren gaben den Anlass zur Gründung: Die Zahl der Seniorinnen und Senioren nimmt in Freiburg – entsprechend dem bundesweiten demographischen Trend – im Laufe der nächsten 15 Jahre weiter zu. Und eine Veränderung der hohen Arbeitslosigkeit wird in absehbarer Zeit nicht eintreten.

Heide Marie Garthe, Red. Genossenschaften ● Seniorinnen und Senioren können ab September 2005 mit der Serviceagentur für Senioren SAGES als Partner dringend benötigte Hilfe im Alltag aus einer Hand bekommen. Die Angebote von SAGES erstrecken sich im Haushaltsbereich auf die Schwerpunkte Raumpflege, Wäschepflege, Küchenhilfe sowie Garten und Hof, bei der Mobilitätshilfe auf die Schwerpunkte Begleitung, Einkaufen, Botengänge und Bewegung. Beim dritten Standbein des Unternehmens, der Kontaktpflege, geht es um Dienstleistungen für ältere Bürger wie Schriftverkehr, Unterhaltung und Ausflüge. Die Dienstleistungsangebote richten sich sowohl an Privathaushalte als auch an Menschen, die in Seniorenanlagen leben.

SAGES bietet Leistungspakete in den Bereichen der Grundversorgung mit speziellen Serviceangeboten an. Sie können jederzeit zugunsten neuer Kundenwünsche erweitert werden. Wohnungsgröße und Anzahl der im Haushalt lebenden Personen liefern die Grundlage für eine Kalkulation. Hinzu kommt die Häufigkeit der Inanspruchnahme von Diensten. Die Palette der wöchentlichen, monatlichen, halbjährlichen, jährlichen und saisonbedingten Einsätze wird ergänzt durch Angebote, die nach Bedarf geordert werden. Beispielsweise begleitet SAGES eine Kundin oder einen Kunden bei plötzlich notwendig gewordenem Krankenhausaufenthalt bis ins Krankenzimmer.

Zur Vorgeschichte

Seit Frühjahr 2004 traf sich regelmäßig eine Gruppe arbeitsloser Frauen und Männer, um eine Lösung für die eigene Arbeitslosigkeit zu finden. Im Herbst wurde schließlich beschlossen, eine Firma zu gründen. Nach intensiver Beschäftigung mit verschiedenen, in Frage kommenden Tätigkeitsbereichen und unterschiedlichen Rechtsformen entschlossen sich die sieben Beteiligten zur Gründung einer Dienstleistungsagentur für Seniorenassistenz im Alltag auf genossenschaftlicher Basis. Die Vorteile der Genossenschaft, wirtschaftliche Gesichtspunkte mit sozialer Verantwortung zu verbinden und die Verteilung der Lasten auf mehrere Schultern, waren ausschlaggebende Gründe für diese Entscheidung.

Auf der Suche nach weiteren Informationen über das Genossenschaftswesen stießen die Initiatoren auf verschiedene Unterstützungsangebote. Mit dem innova-Vorstand Burghard Flieger wurde schließlich das Konzept gemeinsam entwickelt. Alle Beteiligten konnten so einen guten Überblick über die Notwendigkeiten und Strukturen ihrer zukünftigen Firma gewinnen. Entsprechend wurden Marktanalysen vorgenommen, Dienstleistungsangebote ausgearbeitet, Finanzpläne erstellt, Ausgaben berechnet, Einnahmen kalkuliert und der Personalbedarf ermittelt. Das Konzept selbst wurde durch den Verband der Verkehrsgenossenschaften als tragfähig bestätigt. Entsprechend erfolgte die Eintragung als Genossenschaft eG.

Frau Dr. Breckwoldt, Vorsitzende des Seniorenrats der Stadt Freiburg, richtet ein Grußwort an die Gründungsmitglieder der SAGES und wünscht ihnen Glück und ein gutes Händchen beim Aufbau der Genossenschaft

Kernaufgabe Kundengewinnung

Die abnehmende Leistungsfähigkeit mit fortschreitendem Alter verlangt nach geeigneter Unterstützung, auch in Form bezahlter Dienstleistungen. Erst sie ermöglichen vielen SeniorInnen ein angenehmes Leben. An diesem Punkt setzt die Geschäftsidee von SAGES an. Bislang wurde die Unterstützung älterer Menschen allzu oft gleichgesetzt mit der Sicherstellung einer bedarfsgerechten Versorgung alter, kranker, hilfs- und pflegebedürftiger Menschen. Damit wird aber bei weitem nicht das gesamte Angebot der notwendigen Dienstleistungen für ein altersgerechtes Leben abdeckt. Die Mehrzahl der Senioren ist weder versorgungs- noch pflegebedürftig und lebt meist un-

Fortsetzung nächste Seite

SELBSTÄNDIGEN-GENOSSENSCHAFT

Grenzenlose Kooperationen

– IT-Unternehmen als Impulsgeber für die Zukunft

Nach neunmonatiger intensiver Vorbereitungszeit wurde in Aachen die IT-Genossenschaft euregio-it eG mit dem Anspruch gegründet, auch im benachbarten EU-Ausland wirtschaftlich tätig zu werden. Kooperationen innerhalb einer Genossenschaft haben für die Mitglieder mehr Zukunft als eine Selbständigkeit mit teilweise hohem Risiko, das jeder alleine zu tragen hätte. Die Genossenschaft ist offen für weitere Mitglieder aus der Branche.

Eckhard Blum, Red. Genossenschaften ● Wer die ehemalige Kaiserstadt Aachen kennt, der weiß um die geografischen Vorteile der mittelgroßen Stadt im westlichen Zipfel Deutschlands. Schon vor Öffnung der EU-Grenzen gab es dort immer ein reges Treiben zwischen Belgien, den Niederlanden und Deutschland im Handel, Tourismus aber auch auf dem Arbeitsmarkt. Pendler in der so genannten Euregio hatten schon früh die Flexibilität umgesetzt, die heute immer wieder von Politik und Wirtschaft gefordert wird.

Als sich im Sommer 2004 einige Informatiker, allesamt Spezialisten aus der IT-Branche, entschlossen, eine Informations- und Technologiegenossenschaft in der Gegend um Aachen, Lüttich und Maastricht zu gründen, war bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht abzusehen, welche Aufgaben, Herausforderungen, aber auch Chancen den Initiatoren konkret auf ihrem Weg in ein Kooperationsmodell wie der Genossenschaft begegnen würden. Um genaue Informationen und Kenntnisse über die Geschäftsform der Genossenschaft zu erhalten, besuchten einige Initiatoren eine Veranstaltung von »netz NRW«, dem Verbund für Ökologie und soziales Wirtschaften, in Köln. Dabei handelte es sich um einen kompakten Vortrag mit Referenten der innova eG und anschließender Beratung des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

Genossenschaft als Chance

In der Gründungsphase trafen sich die Mitstreiter alle zwei Wochen zu einem Arbeitstreffen, deren Ergebnisse stets protokolliert wurden. Nach eingehenden und umfangreichen Recherchen sowie Sammlung von Erfahrungen und gründlicher Ausbeute von Hintergrundwissen wuchs bei den Gründungswilligen der IT-Genossenschaft die Zuversicht und Motivation, das Projekt voranzutreiben. Nicht zuletzt war auch die recht angespannte Situation auf dem Arbeitsmarkt für Beschäftigte aus dem Bereich der Informationstechnologie ausschlaggebend für das Ergreifen der Selbstinitiative, sprich zur Gründung einer Genossenschaft.

»In einer Genossenschaft«, so Vorstandsmitglied der euregio-it eG Eckhard Blum, »kann man vorhandene Erfahrungen und Know-how optimal in einem gemeinsamen Geschäftsbetrieb vermarkten.« Trotz der derzeit vielfältig vorhandenen Fördermöglichkeiten zur Existenzgründung scheuen viele Gründungswillige letztlich den Weg in die Selbständigkeit. Mangelndes Eigenkapital, fehlende kaufmännische Kenntnisse oder andere persönliche Gründe werden als Begründung genannt. Bis zur Gründung hat es ungefähr ein dreiviertel Jahr an Vorbereitung gekostet. »Das war nicht immer eine Vergnügungsfahrt«, so Frank Harren. »Wir haben uns alle selbst motiviert und es war klar, dass wir mit einer Genossenschaft und den Kooperationen Impulsgeber für die Zu-

Fortsetzung nächste Seite

FORTSETZUNG VON SEITE 7

Im Unterschied dazu sind bei den Multistakeholdergenossenschaften viele sehr unterschiedliche Rollen und Funktionen unter einem Dach zusammengeschlossen, beispielsweise bei einer Stadtteilgenossenschaft. Kunden, Förderer, Beschäftigte, Unternehmer, Kommunalvertreter etc. versuchen gemeinsam den Stadtteil, in dem sie leben, wirtschaftlich und sozial attraktiver zu gestalten. Dies erhöht aufgrund der verschiedenen Interessen die Wahrscheinlichkeit von Konflikten, bietet aber durch das Zusammenführen sehr unterschiedlicher Fähigkeiten und Kompetenzen auch die Chance, etwas zu bewegen, wo ansonsten oft schon seit Jahren Stillstand oder gar Niedergang das Bild prägte.

Symbolik der Genossenschaft

Das besondere der Arbeit der innova ist, eine Organisationsform für die Ökonomisierung anzubieten, bei der soziale Aspekte wie Partizipation, Empowerment und Selbstverantwortung nicht vernachlässigt werden, sondern deren zentraler Bestandteil sind. Auf diese Weise wird vermieden, dass Betroffene entmündigt und zu rein passiv Betreuten werden. Die Genossenschaft ermöglicht ihre Selbstverantwortung und Selbstachtung bzw. gibt sie ihnen in einigen Fällen sogar zurück. Letztlich ist die Genossenschaft dabei auch eine Art Metapher, da sie für gemeinsames Engagement, gemeinsame Rechte und Pflichten und vor allem für solidarisches Handeln in einer teilweise eher ausweglosen Situation steht.

Um die Chancen für Genossenschaftsgründungen zu verbessern, wurden von der Entwicklungspartnerschaft zahlreiche »Produkte« entwickelt. Sie sind ein Kernbereich der Leistungen von innova, da sie wichtige Unterstützungsmaterialien für zukünftige Gründungsvorhaben beinhalten. D.h. auf sie sollen Projektentwickler zurückgreifen können, die Selbsthilfegenossenschaften initiieren und die dafür erforderlichen Qualifizierungsmaßnahmen durchführen wollen. Das daraus resultierende Produktbündel setzt sich aus drei Schwerpunkten zusammen: A) Unterlagen, mit deren Hilfe Interesse geweckt und Überzeugungen zugunsten von Genossenschaftsgründungen gestärkt werden, B) Materialien in Form von Artikeln und vor allem von Powerpointpräsentationen, mit deren Hilfe Qualifizierungen zum Thema Selbsthilfegenossenschaften durchgeführt werden können und C) Instrumente, mit deren Hilfe sich die eigentliche Gründung von Selbsthilfegenossenschaften leichter umsetzen lässt.

Instrumente zur Selbsthilfe

Die Gesamtheit der Produkte an dieser Stelle im Detail aufzulisten, ist nicht möglich. Insofern sei nur auf einige beispielhaft verwiesen. So gibt es Powerpointpräsentationen zu Themen wie:

1. Genossenschaftsgründung – Probleme und Chancen;
2. Verfahren zur Vertiefung und Fundierung von Geschäftsideen;
3. Finanzierungsmöglichkeiten von Selbsthilfegenossenschaften mit den Teilthemen Grundsätzliches, Anteilszeichnung, Vermögensbildungsgesetz, Genussrechte.

Bei innova kann eine Reihe von Instrumenten abgefragt werden, mit deren Hilfe sich die eigentliche Gründung von Selbsthilfegenossenschaften leichter durchführen lässt, beispielsweise:

1. Phasenmodell der Genossenschaftsentwicklung als Arbeitsmaterialien;
2. Workshops zur Genossenschaftsgründung (Seminarangebote);
3. kurze Mustersatzung sowie Geschäftsordnung und Schiedsvertrag;
4. Hilfen für die Aufstellung des quantitativen Wirtschaftsplans (Excel-Vorlagen).

Mit dem Erarbeiten zahlreicher Unterstützungsinstrumente durch die innova ist die Hoffnung verbunden, dass Genossenschaftsgründungen zukünftig ein wenig schneller, professioneller und wirtschaftlich stabiler verwirklicht werden können. Dann hätte sich das von den Organisationsanforderungen doch sehr aufwendig EQUAL-Projekt im besten Sinne des Wortes »gelohnt«....●

Mitglieder der innova

- Bank für Sozialwirtschaft AG, Köln
- Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V., Berlin
- GdW Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen e.V., Berlin
- Netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation e.V., Dortmund
- Netz NRW Verbund für Ökologie und soziales Wirtschaften e.V., Oberhausen
- Sächsischer Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V., Leipzig
- Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V., Hamburg

Anfragen und Kontakt: innova eG, Konstantinstr.12, D-04315 Leipzig
Fon: (03 41) 681 09 85, Fax: 681 17 86,
Email: info@innova-eg.de,
Internet: www.innova-eg.de.

MULTISTAKEHOLDER-GENOSSENSCHAFT

Selbsthilfegenossenschaften

Stadtteilgenossenschaft startet
– neue Chancen für den Sonnenberg

Ende Juni gründeten in Chemnitz 25 Personen die Stadtteilgenossenschaft Sonnenberg, um die Lebensbedingungen in ihrem Stadtteil nachhaltig zu verbessern. Vorangegangen waren eine breit geführte Diskussion unterschiedlicher Akteure sowie die innova-Fortbildung »fit für die Genossenschaft«. Ein zentrales Bürger-Servicezentrum wird eingerichtet und schrittweise sollen fünf Arbeitsplätze geschaffen werden.

Winfried Haas, Red. Genossenschaften ● Der Chemnitzer Stadtteil Sonnenberg mit etwa 12.000 EinwohnerInnen ist ein traditionelles Arbeiterviertel der Gründerzeit und zeigt heute viele Facetten: ein breit gefächertes Wohnungsangebot, kleinteilige Strukturen des Einzelhandels sowie zahlreiche Klein- und Kleinstbetriebe von Gewerbetreibenden. Lebendigkeit gewinnt das Quartier durch seine BewohnerInnen. Mit seiner Vielzahl von Kindern und Jugendlichen präsentiert sich der Sonnenberg als einer der »jüngsten« Stadtteile. Ein Großteil der ausländischen MitbürgerInnen und deutschstämmigen MigrantInnen von Chemnitz hat im Stadtteil seinen Wohnsitz genommen und sorgt damit für internationales Flair.

Hoher Handlungsbedarf

Aber auch das kennzeichnet den Sonnenberg: hohe Abwanderungsverluste in dessen Folge 35% der Wohnungen leer stehen, einige Bereiche mit hohen Verkehrsbelastungen, die Bündelung sozialer Probleme (jeder 4. Haushalt erhält Wohngeld, jeder 10. Einwohner bezieht Sozialhilfe / ALG II). Angesichts der mit starken Imageverlusten einhergehenden Entwicklung des Sonnenbergs organisierte sich seit 2003 unter dem Dach der Chemnitzer Agenda 21 eine Stadtteilinitiative, in der die EinwohnerInnen ihre Interessen und Meinungen zu den Problemen und Möglichkeiten des Stadtteils artikulieren konnten und sich gemeinsam auf die Suche nach alternativen Lösungen begaben.

Handlungsbedarf für die weitere Entwicklung des Stadtteils ergibt sich neben den geschilderten Problemen vor allem aus folgender Sicht:

- der Stadtteil wird in den kommenden Jahren von umfangreichen Stadtumbauvorhaben geprägt sein, womit sich bemerkenswerte Chancen für die bauliche, wirtschaftliche und soziale Profilierung des Sonnenberges ergeben;
- bisher fehlte ein kompetenter Akteur im Stadtteil, der den Herausforderungen des Stadteilmanagements und -marketings mit einem wirtschaftlich tragfähigen Dienstleistungsangebot entgegenwirkt.

Moderierter Entwicklungsprozess

Aus der Frage, wer dieser kompetente Akteur sein könnte, entwickelten die Chemnitzer Agenda 21, Stadtverwaltung und innova eG im Herbst 2004 gemeinsam die Idee für eine Stadtteilgenossenschaft, die Arbeitsplätze schaffen und gleichzeitig wirtschaftlich und sozial engagiert auf dem Sonnenberg arbeiten soll. Die Rechtsform der Genossenschaft wurde bewusst gewählt. Sie ermöglicht eine zukunftsweisende Perspektive für die Förderung gemeinschaftlicher Interessen und für die Chancengleichheit von Personen, die nicht die allgemein bekannten Rechtsformen der Unternehmensgründung beschreiten wollen oder aus finanziellen Gründen nicht können. Zudem stärkt diese Rechtsform zugleich die Motivation der Beteiligten als Miteigentümer und deren Selbstverantwortung.

Die Idee konnte als ein Modellprojekt – gefördert durch die EU-Gemeinschaftsinitiative EQUAL – am 30. September 2004 in einer öffentlichen Veranstaltung der Lokalen Agenda den BürgerInnen im Stadtteil Sonnenberg vorgestellt werden. Im Rahmen einer moderierten Ideen-Werkstatt wurden im November 2004 unter breiter Beteiligung von Personen und Institutionen aus dem Stadtteil mögliche Geschäftsfelder für eine Stadtteilgenossenschaft identifiziert.

Eine Projektgruppe begleitete den weiteren Umsetzungsprozess. Das Besondere an der Projektgruppe war das sich herausbildende Netzwerk sehr verschiedener Akteure, die sich für das Vorhaben engagierten, u.a. verschiedene Ämter der Stadtverwaltung, Wohnungsunternehmen, Vertreter von Parteien, Vereinen, Kirchen sowie Gewerbetreibende im Stadtteil, MigrantInnen, BürgerInnen.

Begleitende Fortbildung

Die Qualifizierung insbesondere der in der Initiative mitwirkenden arbeitslosen Männer und Frauen stellte eine zentrale Maßnahme der Gründungsvorbereitung dar. 12 TeilnehmerInnen wurden gewonnen, die sich in der Fortbildungsmaßnahme »Fit für die Genossenschaft« für eine Beschäftigung auf verschiedenen Geschäftsfeldern in der künftigen Genossenschaft vorbereiteten. Insgesamt fanden 14 Bildungstage von Februar bis Juni 2005 statt. Zwischen den Bildungstagen arbeiteten die TeilnehmerInnen an der Entwicklung der Geschäftsfelder sowie der Vorbereitung der Genossenschaftsgründung – vielfältig unterstützt durch den Mitteldeutschen Genossenschaftsverband e.V.

Gründungsmitglieder der Stadtteilgenossenschaft Sonnenberg unterschreiben die Satzung — Foto: Winfried Haas

Die Gründung erfolgte schließlich am 29.6.2005. Insgesamt 25 Personen unterschrieben die Gründungsurkunde. Die Stadtteilgenossenschaft verfolgt neben der Förderung und Betreuung der Mitglieder und der damit verbundenen Schaffung von Arbeitsplätzen das Ziel, die Lebensbedingungen im Stadtteil Sonnenberg nachhaltig zu verbessern. Die wird insbesondere durch die Förderung der wirtschaftlichen, sozialen, städtebaulichen und kulturellen Entwicklung geschehen. Diese Ziele sollen durch das Betreiben eines Bürger-Service-Zentrums, durch wohnungsnahe Dienstleistungen, Dienstleistungen für Gewerbetreibende und Eigentümer sowie Stadtteilmarketing umgesetzt werden. Schrittweise sollen in den kommenden Monaten fünf Arbeitsplätze in diesen Kernbereichen entstehen. Darüber hinaus wird eine Reihe von gemeinwesenorientierten Projekten ehrenamtlich betreut.

Seit dem 1.8.2005 hat die Genossenschaft ein Ladenlokal in der Sonnenstraße – einem zentralen Boulevard im Stadtteil Sonnenberg – eröffnet.●

Kontakt:
Stadtteilgenossenschaft Sonnenberg eG i.G., Elke Koch, Vorstand, Sonnenstraße 37, D-09130 Chemnitz
Tel. (01 74) 45 68 155, E-mail: elkekoc@web.de

Mailing-Liste zu Genossenschaften

Die Alternativen Genossenschaftstage in Ilmenau vom Juni 2005 waren gut besucht und hatten folgende Themen als Schwerpunkt: Beschäftigten-Genossenschaften, Multistakeholder-Genossenschaften, Selbständigen-Genossenschaften und Erwerbslosen-Genossenschaften. Um die Diskussionen zu diesen Themen und auch allgemeinen Genossenschaftsfragen fortzuführen, hat innova eine Mailing-Liste eingerichtet. Interessierte melden sich formlos unter info@innova-eg.de.

FORTSETZUNG VON SEITE 8: SAGES EG

abhängig von ihren Kindern in Wohnungen oder Häusern. Besonders diese Gruppe will SAGES als Kunden gewinnen.

SAGES operiert aus einem gut erreichbaren und zentral gelegenen Büro in Freiburg. Eine durchdachte Marketingstrategie unterstützt die Akquisition von Kundinnen und Kunden. Neben Anzeigen und Flyer spielen vor allem Presseberichte und Kampagnen eine wichtige Rolle, bei denen das Genossenschaftskonzept den Zugang in die Medien erleichtert. Mit dem genossenschaftlichen Ansatz lässt sich besonders gut verdeutlichen, dass die Kundin bzw. der Kunde als Mensch im Mittelpunkt der Bemühungen von SAGES steht.

Mitarbeiter: das entscheidende Kapital

In allen Bereichen soll das persönliche Engagement wahrnehmbar sein, das jeder Mitarbeiter in die Arbeit einfließen lässt. Denn im Gegensatz zu den meisten, kommerziell arbeitenden Dienstleistern steht bei SAGES nicht das Gewinninteresse der Kapitalgeber im Vordergrund, sondern die Förderung der Mitglieder. Das Team von SAGES hat sich Seriosität, Zuverlässigkeit, Kontinuität, Pünktlichkeit, Professionalität, Flexibilität und Freundlichkeit auf die Fahnen geschrieben. Die Vielfalt der Leistungsprofile von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erlaubt es, entsprechend den individuellen Wünschen von KundInnen und dem Bedarf entsprechend die Tätigkeitsfelder zu erweitern und flexibel auf Anfragen zu reagieren.●

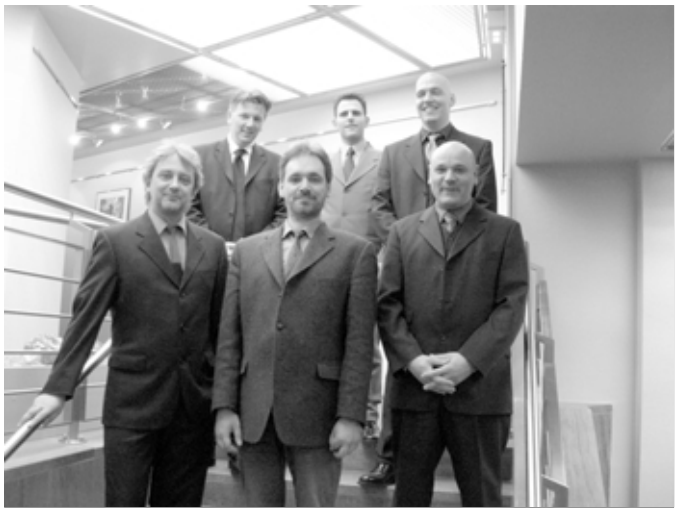
Kontakt:
E-Mail: info@sages-eg.de, Internet: www.sages-eg.de

Buchtipp Sozialgenossenschaften – ein lesenswerter Überblick

Dargestellt in der aktuellen Veröffentlichung wird ein breites Spektrum vorhandener Sozialgenossenschaften. Das Buch ermöglicht einen sehr guten Überblick über bestehende Beispiele, zeigt beschäftigungspolitische Alternativen auf, gibt Anregungen für genossenschaftliche Initiativen und stößt politische Unterstützungen für genossenschaftliche Lösungen an.

Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V. / Paritätische Bundesakademie (Hg): Sozialgenossenschaften – Wege zu mehr Beschäftigung bürgerschaftlichem Engagement und Arbeitsformen der Zukunft, Neu-Ulm (AG SPAK-Verlag) 2003, 19 EUR, ISBN 3-930830-35-2, 308 S.

FORTSETZUNG VON SEITE 8: EUREGIO-IT EG



Vorstand der euregio-it eG (vorne, von links): Frank Harren, Udo von der Ruhren, Eckard Blum, Aufsichtsrat (dahinter, von links): Udo Glaser, Alexander Holzer, Oliver Kowalewski

kunft sind«, ergänzt Eckhard Blum.

Umfassendes Leistungspaket

Die euregio-it-Genossenschaft sieht in der Bündelung von Manpower und in der großen Bandbreite von Kompetenzen ihrer Mitglieder eine solide Plattform, um sich seiner Qualifikation entsprechend in der Genossenschaftsform einzubringen. Sie ist offen für alle Personen und Firmen aus dem Bereich der Informations- und Telekommunikationstechnik. Dadurch kann die Genossenschaft Produkte und Dienstleistungen aus dem gesamten IT-Spektrum entwickeln und anbieten. Frank Harren, ebenfalls Mitglied im Vorstand: »Dadurch bietet die euregio-it-Genossenschaft ihren Mitgliedern, egal ob selbstständig, freiberuflich, lohnabhängig beschäftigt oder arbeitslos, spartenübergreifende Mitarbeit an Projekten.« Grenzüberschreitend will die euregio-it auf jeden Fall Mitglieder und KundInnen aus dem benachbarten Ausland gewinnen. Auch hier denken die »Genossen« zukunftsorientiert.

Allgemeine Dienstleistungen aus dem IT- Bereich wie z.B. einen Computer-Notdienst, Beratungen, Erstellung von Websites, Datenbanken, Netzwerke und Präsentationen gehören zum Leistungspaket der euregio-it. Einen Schwerpunkt der jungen Genossenschaft werden Schulungen bilden. Derzeit steht man in Verhandlungen mit Banken und Hardware-Firmen, um diesen Service effektiv und gewinnbringend umzusetzen. In dem ständig wachsenden Pool an Mitgliedern kann die euregio-it mittlerweile auch auf Fachkräfte aus anderen Bereichen außerhalb des Computerwesens zurückgreifen.

Derzeit werden die Tipps und Ratschläge zur Gründung einer Genossenschaft auf der Homepage noch überarbeitet. Gründungswillige können sich jedoch ebenso direkt mit der euregio-it eG in Verbindung setzen.●

Kontakt:
euregio-it eG, Königstraße 48, D-52064 Aachen
Tel.: +49 (0)241 435 9313, E-mail: info@euregio-it.de,
Internet: www.euregio-it.de.

LOBBYARBEIT

Selbsthilfegenossenschaften

Zu Tode prüfen?

– Entwicklungstendenzen der genossenschaftlichen Prüfung

Die ernüchternden Erfahrungen mit der Ich-AG und der verbreitete Missbrauch der Rechtsform e.V. für wirtschaftliche Zwecke zeigen, dass es ein dringendes Bedürfnis gibt nach einer körperschaftlich strukturierten Rechtsform mit eigener Rechtspersönlichkeit und Haftungsausschluss. Sie muss mit geringen Rechtsformkosten und niedrigen formalen Anforderungen zu handhaben sein. Diese Rechtsform war einmal die Genossenschaft, als es noch 1.500 Konsumgenossenschaften und in jedem Dorf eine Raiffeisen-Bank gab. Dazu sollte sie wieder werden, was mit wenigen Korrekturen möglich ist.

Burchard Bösche*, Red. Genossenschaften ● Als einzige Gesellschaftsform unterliegt die Genossenschaft unabhängig von ihrer Größe der gesetzlichen Prüfung, und zwar durch einen Prüfungsverband, dem sie angehören muss. Kleine Genossenschaften mit einer Bilanzsumme unter zwei Mio. Euro werden alle zwei Jahre geprüft, größere jährlich. Geprüft wird seit 1889 die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und seit dem Bilanzrichtliniengesetz von 1985 ausdrücklich auch der Jahresabschluss. Die Regelung der Jahresabschlussprüfung erfolgt weitgehend durch Verweise auf die für mittlere und große Kapitalgesellschaften geltenden Bestimmungen im HGB, über die man dann schließlich bei den Fachgutachten des Instituts der Wirtschaftsprüfer landet.

Gründungsprüfung

Eine genossenschaftliche Besonderheit sind die Gründungsprüfungen, die nach dem Gesetz in doppelter Weise sowohl durch einen Prüfungsverband als auch durch das Registergericht erfolgen und die in ihren Regelungen und Anforderungen deutlich über die Prüfungsvorschriften für die GmbH und sogar für die AG hinausgehen. Ohne Gründungsgutachten des Verbandes keine Eintragung in das Genossenschaftsregister. Eine seriöse Gründungsprüfung erfordert – je nach Art und Größe des geplanten Geschäfts – drei bis fünf Tagewerke und liegt damit in ihren Kosten bei 1.000 bis 3.000 Euro. Das ist für Gründer in der Regel ein erheblicher Betrag und durchaus maßgeblich für die Rechtsformwahl.

Die Genossenschaftsverbände selbst unterliegen in ihrer Tätigkeit staatlicher Aufsicht, für die sie jährlich umfangreiche Berichte zu liefern haben. Gleichzeitig müssen sie sich in dreijährigem Turnus einer externen Qualitätssicherung unterziehen, die gesteuert wird durch die Wirtschaftsprüferkammer. Diese Regelung ist neu und greift erstmals in 2005. Ohne bestandene Qualitätsprüfung gibt es kein Prüfungsrecht mehr. Die externe Qualitätssicherung verursacht erhebliche Kosten, sowohl für die Vergütung des externen Prüfers als auch für die umfangreiche Dokumentation, die intern erfolgen muss, um die Prüfung zu ermöglichen. Diese Kosten müssen an die Mitgliedsgenossenschaften weitergegeben werden, da sie niemand anders bezahlt.

Bedeutung der Kosten

Staatliche Aufsicht und externe Qualitätskontrolle bedeuten, dass der Prüfungsverband in der Gestaltung der Prüfung nicht frei ist, sondern sich in dem weitgehend von den Wirtschaftsprüferorganisationen vorgegebenen Rahmen bewegen muss. Entsprechend konzentriert sich die Prüfung heute immer mehr auf die formelle Korrektheit des Jahresabschlusses, wovon die Genossenschaft meist wenig Vorteil hat. Konnte man früher auch bei kleinen Genossenschaften noch sagen, es gibt so etwas wie eine lohnende Prüfung, bei der der Nutzen für die Genossenschaft größer ist, als die dadurch verursachten Kosten, entwickelt sich die Prüfung heute tendenziell zu einem kostenträchtigen bürokratischen Übel, zu einem Paradebeispiel der Überregulierung.

Bei kleinen Genossenschaften kann man davon ausgehen, dass für die Prüfung zwei bis fünf Tagewerke angesetzt werden, was Prüfungskosten mit Nebenkosten von 1.000 bis 4.000 Euro bedeutet, zuzüglich den allgemeinen Jahresbeitrag für den Verband. Das ist für eine Arbeitsloseninitiative, die sich mit der Aufarbeitung von Altmöbeln, Haushaltsdienstleistungen oder der Durchführung von Ferienkursen für Touristen über Wasser halten will, viel Geld und für die Wahl der Rechtsform möglicherweise entscheidend.

Eindeutige Diskriminierung

Indem die Gründungsprüfung wie die Prüfung der kleinen Genossenschaft mit den Kosten der externen Qualitätsprüfung belastet werden, verschärft dies die Diskriminierung der kleinen Genossenschaft gegenüber der kleinen Kapitalgesellschaft. Denn dort gibt es keine vergleichbare Gründungsprüfung und keine verbindliche Jahresabschlussprüfung, so dass der Wirtschaftsprüfer, wenn er entsprechende Prüfungen wie bei der Genossenschaft durchführt, nur auf sein Siegel verzichten muss, und die Prüfung geht den Qualitätssicherer nichts an.

Die Diskriminierung der kleinen Genossenschaft gegenüber der vergleichbar kleinen Kapitalgesellschaft hat das verfassungsrechtlich Tolerierbare längst überschritten. Die kleine Genossenschaft ist in eine Regulierungsmühle gesteckt worden, für die es keine sachliche Rechtfertigung gibt. Man muss es sich auf der Zunge zergehen lassen: Bei der Genossenschaft reichen allein 2 Mio. Euro Bilanzsumme, um statt der zweijährigen zur jährlichen Prüfung zu kommen. Bei der GmbH sind nun über 4 Mio. Euro Bilanzsumme nötig, um überhaupt die Prüfungspflicht zu begründen.

Schneller Änderungsbedarf

- Die doppelte Gründungsprüfung durch Gericht und Verband muss aufhören.
- Die Gründungsprüfungen müssen aus der externen Qualitätssicherung herausgenommen werden.
- Die Verbandsprüfungen kleiner Genossenschaften im Sinne von § 267 Abs. 1 HGB müssen ebenfalls aus der externe Qualitätssicherung herausgenommen werden.
- Die formelle Jahresabschlussprüfung für kleine Genossenschaften gem. § 267 Abs. 1 HBG ist zu beseitigen durch Beschränkung des § 53 Abs. 2 HGB auf mittlere und große Genossenschaften, um damit für die kleinen Genossenschaften zurückzukehren zum Rechtszustand, der bis 1985 gegolten hat.
- Und nicht zuletzt die Möglichkeit, die Prüfung kleiner Genossenschaften durch Übernahme der Buchführung durch den Genossenschaftsverband oder eine von ihm zertifizierte Stelle zu ersetzen.

Dass etwas passieren muss, um der Genossenschaft eine Zukunft zu geben, hat inzwischen auch der deutsche Bundestag beschlossen, indem er die Bundesregierung aufgefordert hat, *»im Rahmen der Modernisierung des Genossenschaftsgesetzes auf eine Flexibilisierung und Erleichterung der Gründung von Genossenschaften sowie eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für kleine Genossenschaften hinzuwirken.«*
Wir dürfen hoffen.●

* Dr. Burchard Bösche ist Vorstand beim Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

ZUKUNFT DER INNOVA

quaGENO – neue Impulse durch Multiplikatorenfortbildung

Die Entwicklungspartnerschaft innova entwickelte im Rahmen der EQUAL-Förderphase 1 bei der intensiveren Begleitung von rund 20 Selbsthilfegenossenschaften sowie in Kurzgesprächen und -beratungen von über 60 interessierten Gruppen sehr viel Know-how für die Bedarfe und Erfordernisse von Gruppenunternehmensgründungen. Dieses Wissen soll nun als Multiplikatorenfortbildung für so genannte Intermediäre zur Verfügung gestellt werden. BeraterInnen und ProjektentwicklerInnen, die bereits mit klientelbezogener bzw. kundenorientierter Betreuung und praxisnaher Wissensvermittlung Erfahrungen gesammelt haben, sind dabei besonders angesprochen.

Sonja Menzel, Hans-Gerd Nottenbohm, Red. Genossenschaften ● Projektentwicklungen, die auf eine modellhafte Genossenschaftsgründung zur Lösung arbeitsmarktlicher oder anderer sozialer Probleme zielen, sind eine komplexe Aufgabe. In diese fließen methodisch neben der Weiterbildung von Akteuren auch Analysen der Rahmenbedingungen, Marktuntersuchungen, Beratung von beteiligten Unternehmen, Coaching von Gruppen, Moderation von Prozessen, Unternehmensfinanzierung, Organisations- und Personalentwicklung zusammen. Nur eine einzige unzureichend bearbeitete Teilaufgabe kann bereits den ganzen Projektentwicklungsprozess scheitern lassen. Er sollte deshalb kompetent begleitet werden können.

Der innova eG ist es 2005 gelungen, drei Teilprojekte in zwei Entwicklungspartnerschaften in der jetzt beginnenden 2. EQUAL-Förderphase einzubringen. Zwei Teilprojekte sind konkrete Projektentwicklungen neuer Genossenschaften. Ein wesentliches Teilprojekt, das allerdings mit den beiden anderen eng verbunden wird, ist die Multiplikatorenfortbildung. Diese wendet sich an potentielle ProjektentwicklerInnen für neue Genossenschaften. Sie sollten aus verschiedenen Regionen und aus verschiedenen Arbeitszusammenhängen kommen, beispielsweise Beschäftigungsgesellschaften, sozialen Dienstleistern, Verbänden, Weiterbildungsträgern, öffentlichen Stellen. Von Interesse könnte dies auch für freiberufliche Berater sein.

Phasenmodell als Grundlage

Die neue Weiterbildung, eine Multiplikatorenfortbildung mit dem Kürzel quaGENO, konzentriert sich auf den Bereich Qualifizierung von BeraterInnen bzw. ProjektentwicklerInnen zur Betreuung teamorientierter Unternehmensgründungen von Menschen, die am Arbeitsmarkt benachteiligt sind. Der Schwerpunkt der Qualifizierung liegt im Bereich der Gründung von Selbsthilfegenossenschaften. Auch wenn der Rechtsform der Genossenschaft ein wichtiger Stellenwert zugedacht wird, sind auch genossenschaftliche Strukturen in anderen Rechtsformen Teil dieser Qualifizierung und damit generell Gruppengründungen.

Grundlage für den Aufbau der Qualifizierung ist das von der EQUAL-Entwicklungspartnerschaft innova entwickelte Phasenmodell der genossenschaftlichen Unternehmensgründung, untergliedert in Orientierungsphase, Planungsphase (auch Konzeptphase), Gründungsphase und Stabilisierungsphase. Inhaltlich stehen die Module Gruppenentwicklung, Weiterbildung, Geschäftsideenausarbeitung, Wirtschaftsplan sowie Rechtsformengestaltung im Vordergrund.

Bildungshunger: Produktivgenossenschaftliche Arbeiter mit Vorleser in der von Elm gegründeten Tabakarbeitergenossenschaft TAG. Ihren Bildungshunger und ihr Interesse an öffentlichen Angelegenheiten suchten die Hamburger Zigarrenmacher in einer Reihe von Werkstätten um die Jahrhundertwende dadurch zu befriedigen, dass einer von ihnen während der Arbeit aus Zeitungen, Zeitschriften oder Büchern vorlas. Der Arbeitsanteil des Vorlesers wurde dann von den Zuhörern übernommen.

Hochgesteckte Erwartungen

Über eine gezielte Qualifizierung von BeraterInnen und ProjektentwicklerInnen (train the trainer) in Richtung Gruppenunternehmensgründung mit Schwerpunkt Genossenschaftsgründung lässt sich erreichen, dass

- Genossenschafts-Know-how bei denen zur Verfügung steht, die aufgrund ihrer Profession regelmäßig mit GründerInnen zu tun haben. Sie können so eine sehr wichtige Ergänzungsfunktion zu den genossenschaftlichen Verbänden einnehmen, indem am Arbeitsmarkt Benachteiligten bundesweit ein Netz von Know-how-Trägern für ihre speziellen Probleme zur Verfügung steht.
- wichtige VermittlerInnen eine Wissensbereicherung in Richtung Genossenschaften erfahren und gleichzeitig selbst auch von diesem Lösungsansatz überzeugt sind. Sie können die Funktion der früher vorhandenen Genossenschaftspioniere bzw. -promotoren einnehmen, so dass sie selbst in der Lage sind, Überzeugungsarbeit für genossenschaftliche Problemlösungen zu leisten.
- der genossenschaftlichen Selbsthilfe nach entsprechender Qualifizierung mehr Ansprechpartner als bisher zur Verfügung stehen. Dies wird durch die Ausbildung von BeraterInnen und ProjektentwicklerInnen dort der Fall sein, wo Selbsthilfe verankert werden sollte, beispielsweise in prekären Stadtteilen und benachteiligten Wohnvierteln. Eine stärkere Aktivierung von Potenzialen vor Ort wird so wahrscheinlich.

Kompetente PartnerInnen

Pro Jahr sollen rund 20 ProjektentwicklerInnen geschult werden. Im Rahmen der Entwicklungspartnerschaften NASE und NAVEX können in den Jahren 2006 und 2007 jeweils 14 TeilnehmerInnen durch EQUAL gefördert werden. Mit Hilfe des skizzierten Weiterbildungsangebots sollen zukünftig verstärkt Genossenschaftsgründungen angestoßen werden. Darüber hinaus wird es auch weiterhin modellhaft, wie in den letzten Jahren, Projektentwicklungen durch die innova eG in Kooperation mit Partnern vor Ort geben. Allerdings legt innova Wert darauf, kompetente lokale Partnerorganisationen zu haben, die die Verantwortung für eine Projektentwicklung hin zu einer Genossenschaftsgründung tragen können.●

Organisatorisches zur Multiplikatorenfortbildung

Wissenschaftlicher Beirat
Ein Kuratorium aus WissenschaftlerInnen, VerbandsvertreterInnen und PraktikerInnen sichert die Qualität der Weiterbildung und des Curriculums.

Aufbau der Weiterbildung
Die Weiterbildung umfasst sechs einwöchige Präsenzzeiten im Jahr, in denen die inhaltlichen Bausteine entsprechend der Phasen genossenschaftlicher Projektentwicklung vermittelt werden. Sie ist eng verknüpft mit einem kontinuierlichen, begleitenden Support für die Betreuung der parallel organisierten Projektentwicklung jedes Teilnehmenden zur Vorbereitung und Gründung einer Selbsthilfegenossenschaft.

Veranstaltungsort
Die Präsenzphasen finden in der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar (EJBW) statt.

Organisatorisches und Anmeldung
Hannelore Korff, innova eG, Projektbüro Dortmund, Huckarder Str. 10-12, 44147 Dortmund, Tel: 0231-162041, Fax: 0231-162798, hanne.korff@innova-eg.de

Teilnahmegebühr
Die Teilnahmegebühr beträgt 4.800 Euro. Im Rahmen der EQUAL-Entwicklungspartnerschaften NAVEX und NASE wird die Qualifizierung für die Jahre 2006 und 2007 bezuschusst. Deshalb kann die Teilnahmegebühr auf Antrag reduziert oder ganz erlassen werden. Für Unterkunft, Verpflegung und Fahrtkosten werden generell zusätzlich 2.100 Euro berechnet.

AUTONOMES KNASTPROJEKT KÖLN

Die soziale Deprivation durch das System Knast

Das Eigentliche, der in Mauern und Zellen manifestierte Akt der Strafe ist irgendwann für viele Gefangene nicht mehr der wesentlichste Punkt. Der Mensch als, wie es so schön heißt, Gewohnheitstier, gewöhnt sich ja bekanntermaßen irgendwann an alles, oder fast alles. Oder findet sich zumindest damit ab. So sprechen (Ex)Langzeitgefangene auch nicht vom für sie ab einem bestimmten Zeitpunkt als »Normalzustand« empfundenen Weg- und Eingesperrtsein als schlimmstes Element. Sondern viel mehr von dem »Schnitt in den Köpfen«, von der sozialen Deprivation als größte Strafe.

Michael Deutschewitz, Autonomes Knastprojekt Köln ● Gemeint ist da zuallererst die Zensur, die ständige und permanente Dauerbespitzelung der Gedanken. Das Knastsystem guckt wie ein Orwellscher Televisor (1) in die Köpfe der eingesperrten Menschen. Bei all den unzähligen feinen, kleinen, alltäglichen Gemeinheiten, die dieses perfide System bereithält, angefangen von der totalen Abwesenheit jeglicher Privatsphäre, von der unausgesetzten und gleichgeschalteten Kontrolle des Tagesablaufs jedes Gefangenen, dem absoluten Verlust von Selbstbestimmung, der Isolation von anderen Menschen und dem gewünschten sozialen Umfeld, der Unterdrückung elementarster menschlicher Bedürfnisse, ist die Gedankenkontrolle durch die Zensur einer der Säulen eines Systems voller sozialer Deprivation. Keine Emotionen, keine Kritik, keine Idee, keine Analyse keine von den vielfältigen menschlichen Empfindungen und Regungen bleiben den Apparaten der Anstaltsleitungen verborgen.

Ein paar ganz allgemeine Fragen möchte ich hier in den Raum stellen um begreiflich zu machen worum es geht:

● Haben Sie schon mal »Ich liebe Dich!« an den Menschen ihres Herzens geschrieben, in dem Bewusstsein, dass ihre schlimmsten Widersacher in ihrer Post schnüffeln und all ihre innersten Gefühle mitbekommen?

● Haben Sie schon mal Briefe, Zeitungen und Zeitschriften vorenthalten bekommen, vielleicht nur, weil Sie unbequem sind oder einem Menschen der Sie Tag für Tag demütigt, mal die Meinung gesagt haben?

● Haben Sie einem Menschen ihres Vertrauens davon geschrieben, dass Sie sich z.B. schlecht und ungerecht behandelt fühlen und unterband man daraufhin einfach den Kontakt zu dieser Vertrauensperson?

● Mussten Sie schon mal rechtliche Schritte einleiten um an Sie gesandte Schriftstücke zu erhalten?; und waren Sie schon mal in der Situation nie zu wissen, ob Ihre Schreiben wirklich überhaupt nach der Durchschnüffelei ihren Empfänger erreichen?

Und abschließend die Frage: Was empfänden Sie dabei wenn so mit Ihnen verfahren würde??? (2)

Exorzismus criminalis...

Gefangene sind ja alle so abgrundtief schlechte Menschen, dass ihnen scheinbar erst einmal alles individuell menschliche entzogen werden muss. Abschließend dann werden sie »resozialisiert« und stehen oft ihres Selbst beraubt und gebrandmarkt wie Fußabtreter als Bodensatz unter dem systemgetreuen Rest der Gesellschaft.

Natürlich sind auch die Gedanken verseucht, infiziert wie das ganze Gehirn. Der kriminelle Mensch wirkt zersetzerisch auf die staatlich propagierte Gesellschaftsform. Auch in, oder gerade mit seinem Geiste. Wie die Gedankenverbrecher in Orwells 1984. **(1) Mit dieser »Logik« ist es natürlich leicht zu argumentieren, dass alle »Auswüchse«, selbst gedanklicher/schriftlicher Natur, strikt überwacht und isoliert werden müssen. Damit der kriminelle Virus nicht noch seine Kreise durch die Reihen der Unbescholtenen, Unterdrückten und Eingeschüchterten zieht und diese auf schlimme Gedanken bringt.**

Was hier vielleicht makaber klingt ist für Teile der Wissenschaft bereits ein Fakt. Die ARD strahlte Ende Juli 2005 einen Dokumentarfilm aus in dem Gehirnforscher über ihre Arbeit an Gefangenen speziell mit/im Kernspintomographen berichteten (3). Anhand von Aufnahmen von »Verbrechergehirnen« versuchten sie zu verdeutlichen, dass es bestimmte Merkmale gebe, die schon bevor ein Mensch eine kriminelle Handlung begeht, klar ausgeprägt wären. Und diese Merkmale, in bestimmten Teilen des Hirns war auf den Fotos da oder dort zu wenig rot oder gelb zu sehen, ließen nur den Schluss zu, dass dieser Mensch sich in seinem zukünftigem Leben strafbar machen werde. Um welche strafbaren Handlungen es sich dabei dreht konnte natürlich nicht prophezeit werden. Es wird sich wohl um irgendetwas zwischen notorischer Schwarzfahrerei und Mord handeln. Wenn die Entwicklung staatlicher Repression allerdings so weitergeht, stellt das Orakeln um die mutmaßliche Tat kein Hindernis mehr da. Dann geht's für's Furzen in der Öffentlichkeit in den Knast, und Rucksackbenutzern droht die Todesstrafe ohne Gerichtsverhandlung.

Die Theorien, Tests und Belege der Herren waren teilweise ebenso haarsträubend wie ihre Schlussfolgerungen. Ein Professor der Neurologie sprach allen ernstes davon, mit »verhaltensauffälligen Personen« (wer fällt nicht alles in dieses Raster???) bestimmte Tests zu machen und bei entsprechenden Ergebnissen die Menschen in »Quarantäne« zu nehmen. Man dürfe da nicht mehr so die Hemmungen haben, bei ansteckenden Krankheiten würde zum Schutze der Allgemeinheit ja ebenso verfahren. Starker Tobak wie ich meine! Noch ist das düsterste Zukunftsmusik. Aber dieser Vorstoß beweißt einmal mehr, dass es einen Diskurs gibt, der eine Lobby hinter sich weiß, die, im Zuge einer um sich greifenden Totalparanoia, solche Methoden verankern will. Dabei sollte nicht vergessen werden, wie nah solche Methoden denen sind, die die Nazis mit ähnlich absurden »Begründungen« durchführten. Bei der derzeitigen Hochkonjunktur von Populisten wird es vielleicht nicht mehr lange dauern, bis der Begriff von den »Volksschädlingen« wieder Einzug hält.

Illustration: Günter Finneisen

Durch die totalitäre Entrechtung wird unmissverständlich klar gemacht: Büßen sollst Du bis zum Brechen! Denn genau darum geht's. Jeder Gefangene soll letztlich in seinem Selbst gebrochen werden. Nichts hilft da besser als der Zugriff auf den Geist.

Es ähnelt manchmal sehr den Teufelsaustreibungen der christlichen Fundamentalisten. Alles im Gefangenen ist schlecht, kriminell und für die vorgegebene Ordnung schädlich. Gute Dinge und Eigenschaften können von den Maßnahmen zur Personenzerstörung nicht betroffen sein, denn laut offenkundigem Selbstverständnis des Systems Knast haben Verbrecher so was scheinbar nicht. Sie entstammen nicht dieser Welt, oder der »Rasse« der Ordentlichen und Normalen. Also braucht man ihnen keine falsche Rücksichtnahme angedeihen lassen. Man braucht sie nicht so zu behandeln wie »normale« Menschen.

Der Knast ist schon schlimm genug – weg mit der Zensur!

In diesem Text soll nicht die wünschenswerte, aber leider in weiter Ferne befindliche Forderung nach einer Gesellschaft ohne Knäste im Mittelpunkt stehen. Auch wenn ich an dieser Stelle noch einmal sagen möchte, dass ein großer Teil der Gefangenen sofort entlassen werden könnte, ohne das auch diese, anerkanntermaßen beschissene, Gesellschaft darunter leiden müsste.

Zurück zu den Fragen, die am Anfang des Textes stehen. Wenn ein Mensch am Boden liegt braucht man nicht noch auf ihn einzutreten, so, oder so ähnlich spricht der »Volksmund«. Es ist eine Sache, einen Menschen zu bestrafen. Hier und heute geschieht es durch das Element des Wegsperrens, durch den Knast.

Es ist eine andere Sache, einen bestraften Menschen auch noch zu demütigen und in seiner Würde zu verletzen. Das dient keinem irgendwie greifbarem Zweck, es ist ein Revancheakt im Auftrage oder Sinne einer übergeordneten Instanz. Von derselben Instanz, die behauptet, das die Würde des Menschen unantastbar sei. Ein toller Satz, leider völlig inhaltsleer. Beim Blick auf die Zensur, und die anderen alltäglichen Demütigen, denen Gefangene ausgesetzt sind, frage ich mich, ob das bei Gefangenen aus Prinzip anders gehandhabt wird oder ob Macht und Herrschaftsinstanzen Gefangenen erst gar keine Würde zubilligen?

Es ist meiner Auffassung nach nicht und niemals zu vermitteln, warum man die Persönlichkeit und die Gefühle von Gefangenen so mit Füssen tritt. Dies rührt wie ich meine nur daher, dass von Gefangenen ein, stets immer fürchterlicher werdendes Zerrbild gezeichnet wird. »Monster, Kreaturen, Schlächter, Besessene«, alles Begriffe die die Boulevardpresse für Straftäter bereithält. Es ist ein psychologischer Fakt, das Gewalt, physischer wie psychischer Natur, viel leichter anzuwenden ist, wenn die Wertigkeit des Opfers nur unter einen bestimmten Level gesunken ist. Auch dazu empfehle ich einen Blick in die Vergangenheit. Zum Schluss: Was würde denn passieren gäbe es keine Zensur mehr?

Vermutlich müssten bloß einige Selbsthilfegruppen für unbefriedigte Briefespanner gegründet werden. Aber sonst... Und eins noch: Für mich ist das System von Knast und Strafe wie auch das kapitalistische Gesellschaftsmodell, in dem es so gut gedeiht, nicht zu reformieren oder zu verbessern. Ich möchte mich hier aber der Aussage von Gerhard Kern anschließen, der in der CONTRASTE schrieb, »...dass jede Milderung von repressiven Erziehungsmaßnahmen von uns begrüßt und unterstützt wird« (4). Es wäre ein Anfang. Und diesbezüglich in vorderster Front zu nennen wäre die Zensur.

Beides aber, das System Knast, wie das System der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gehört letztendlich überwunden.●

Anmerkungen:

(1) George Orwell, Autor, bekanntestes Werk ist sein Roman 1984, eine düstere Zukunftsvision einer totalitären Gesellschaft permanenter Kontrolle und Überwachung

(2) siehe dazu »Informationen zum Strafvollzugsgesetz«, Punkt 5 – 6, (Schriftverkehr), oder nehmen sie Briefkontakt zu einem Gefangenen auf!

(3) »Der Sitz des Bösen«, Doku, Film von Tilman Achtnich, SWR, ausgestrahlt in der ARD am 27.07.2005

(4) Gerhard Kern »Zucht und Ordnung«, CONTRASTE 241, Oktober 2004

LESEN WIE'S GEFÄLLT: KAMPF DER ZENSUR IM KNAST!

Fast eine Publikumsbeschimpfung

Die Zensur der Initiativzeitung »kumm erus« bzw. der Beilage »Unbequeme Nachrichten« in bundesdeutschen Knästen ist nur ein Beispiel unter vielen. Mittlerweile konnte in Erfahrung gebracht werden, dass die JVA Tegel nicht der einzige Knast ist, in dem die Zeitung nicht ausgehändigt wird. So erreichte die Redaktion durch ein in der JVA Bruchsal einsitzendes Redaktionsmitglied die Mitteilung, dass in der JVA Chemnitz die Zeitung nur unter Aufsicht von zwei SchließerInnen (für jede Seite eine, oder was?) »durchgeblättert«, aber nicht behalten werden durfte, da solche Zusendungen verboten wären! Schauen Ihnen auch zwei Menschen bei der Lektüre ihrer Zeitung zu und nehmen Ihnen diese anschließend wieder weg?

Michael Deutschewitz, Autonomes Knastprojekt Köln ● Es ist erschreckend, wie wenig Widerstand sich gegen die permanente Dauerbespitzelung, wie auch generell gegen das System Knast regt. Der Kampf gegen die Zensur, gegen den »Schnitt in die Köpfe und Gedanken« müsste im Vordergrund und nicht im Abseits politischer Arbeit stehen. »Drinnen«, hinter den Mauern, wie gerade aber auch »draußen«, in dem was sich so »Freiheit« nennt.

Na, wie schmeckt die Sicherheit?

Denn es wird doch in den Haftanstalten seit deren Bestehen nur das vorgekostet, was in naher Zukunft – in der »light« Variante gefälligst – auch der in relativer Freiheit befindlichen Allgemeinheit schmecken soll. Und da ist es ganz egal, ob der Speiseplan von Koch, Schily oder Beckstein zusammengestellt wird. Wie schmeckt Ihnen der biometrische Fingerabdruck, die (totale) Videoüberwachung des öffentlichen Raums, das längst praktizierte große Ablauschen von Millionen von Telefonen, die Sammelwut persönlicher Daten und ihre Weitergabe, das Filtern von E-mails, das Erstellen von Persönlichkeitsprofilen, die Doppel- und Dreifachbestrafung durch die nachträgliche Sicherungsverwahrung etc....? Und wie würde es Ihnen schmecken, zu wissen, dass in Zukunft auch ihre Post geöffnet würde, weil Sie ja eventuell Anthrax damit verschicken könnten??? Natürlich geschieht das alles nur zu »Ihrem« Besten, sprich »Deren« Sicherheit und Kontrolle!

Noch mal: Die Abschaffung der Zensur stellt nicht die Lösung des auf zugespitzten Zwangsverhältnissen aufbauenden Knastsystems und des von Repressionen und Ungerechtigkeiten durchzogenen Gesellschaftssystems dar. Gleichwohl wäre es ein Schritt in die richtige Richtung. Solche Schritte werden jedoch nicht einfach so vom Himmel fallen. Die Chance, dass das Gegenteil uns wie der Blitz trifft, ist um ein vielfaches wahrscheinlicher.

Der Nährboden für eine totalitäre Gesellschaft liegt im Knast

Das Autonome Knastprojekt Köln hat sich, nicht nur wegen der direkten Betroffenheit als Mitherausgeberin der »Unbequemen Nachrichten«, sondern seit jeher entschlossen, dem unerträglichen Zustand der Zensur den Kampf anzusagen! Das System Knast ist in seiner Form von absolutem Totalitarismus geprägt, von alltäglichen Demütigungen und Gemeinheiten. Und das passiert mit voller Absicht und leider auch ohne großes Aufschreien der Menschen auf der anderen Seite der Mauern. Als ginge uns das alles nichts an. Aber dem ist nicht so! Der Knast ist nicht so einfach abzutrennen vom Rest der Gesellschaft, er ist einer der Säulen dieses Herrschaftskonstrukts. Und wenn 'wir' »draußen« für Menschlichkeit und Gerechtigkeit eintreten und uns berechtigterweise Sorgen darum machen, dann sollte mal schleunigst erkannt werden, dass das was »draußen« noch vorhanden ist, »drinnen« nie vorhanden war!

Wir sollten gemeinsam mit vielen Menschen eine gesellschaftliche Kraft entwickeln, die nicht tatenlos zusieht, wie der Acker für eine überwachte, totalitäre Gesellschaft bereitet wird. Es sollten alle Kräfte in Bewegung gesetzt werden, um der Unterdrückung und Zensur, der Vorenthaltung von Schriften und dem Zustand von sozialer Deprivation, den die Knastmaschinerie erzeugt, etwas entgegen zu setzen und hoffentlich Einhalt zu gebieten!

Wer sich nicht gegen die Missstände »drinnen« wehrt, aber »draußen« nach »Menschenrechten« schreit, macht sich unglaubwürdig, denn es sind Menschen dies- wie jenseits der Mauern! Und wenn das jetzt ein bisschen nach Hochkriegen der Allerwertesten klingt, so ist das absolut beabsichtigt!

Wer möchte gemeinsam mit uns, zumindest, für die Überwindung der Mauern, die uns trennen, kämpfen, wenn wir sie auch (noch) nicht niederreißen können? Wer möchte noch dem Totschweigen von den mannigfachen, entsozialisierenden Zuständen hinter Gittern und der grausamen »Aus den Augen aus dem Sinn« Mentalität gegenüber den Gefangenen etwas entgegensetzen? Wer zur Zensur in den Knästen schweigt, begeht selbst Zensur. Denn damit wird die Tatsache zensiert, dass es sie gibt!

Illustration: Günter Finneisen

Die Zensur im Speziellen, wie der Knast im Allgemeinen, das geht uns alle an! Früher oder später macht der Staat uns alle zu Verbrechern, und wenn's nur wegen einer Zeitung ist. Und mit dem Fortschreiten eines sich immer totalitärer gebärdenden Herrschaftssystems steht die Mehrzahl der Gesellschaft auch früher oder später mit einem Bein im Knast! Und wer wird sich dann wehren...

»Allein machen sie Dich ein...und wenn Du nix dagegen machst sperr'n se Dich in den näxten Knast...« – TON STEINE SCHERBEN.

MitstreiterInnen sind herzlich willkommen!!!

Schreibt uns, nehmt Kontakt auf, von »drinnen« wie »draußen«! Schreibt den Gefangenen und lebt Solidarität über die Grenzen der Mauern hinweg!

...reißen wir die Mauern ein, die uns trennen...●

Anschrift: Autonomes Knastprojekt Köln, c/o Kumm Erus/Unbequeme Nachrichten, Elsaßstr. 34, D-50677 Köln, Tel.: (02 21) 331 87 16

60 JAHRE NACH HIROSHIMA UND NAGASAKI

Deutschland und die Atombombe

Mit einem gewaltigen atomaren Urknall wurde am 16. Juli 1945 das Atomwaffen-Zeitalter in die Menschheitsgeschichte sprichwörtlich gebombt. Eine Gruppe renommierter Wissenschaftler, die sich im Manhattan Project zusammengeschlossen hatten, forschten zuvor eifrig und von wissenschaftlichem Ehrgeiz gepackt, an der Entstehung jener Bombe. Zwar gab es durchaus auch solche Wissenschaftler, die massive Bedenken gegen die Entwicklung von Atombomben vorbrachten, jedoch gelang es ihnen nicht, sich gegenüber einer enthusiastischen Wissenschaftselite durchzusetzen.

Hermann Theisen, Redaktion Heidelberg ● Am Ende war man im Besitz einsatzfähiger Atomwaffen und setzte diese dann auch ein: Am 6. August 1945 wurde eine Uranbombe über der japanischen Stadt Hiroshima abgeworfen und am 9. August 1945 eine Plutoniumbombe über Nagasaki, wodurch 350.000 Menschen starben. Die Folge jener so unheilvollen Atombombenabwürfe war nicht etwa ein Streben nach einem kategorischen Verzicht militärischer Atombombenoptionen sondern vielmehr ein weltweites atomares Wettrüsten, das bis heute anhält.

Erinnerungen eines japanischen Arztes an den Atombombenabwurf auf Hiroshima

Dr. med. Shuntaro Hida wurde 1917 in Hiroshima geboren und überlebte den Atombombenabwurf über seiner Heimatstadt. In einem Referat zu seinen Erlebnissen am 6. August 1945 berichtete er: »Vor 50 Jahren war ich ein junger Armeearzt im Offiziersrang und arbeitete im Militärkrankenhaus in Hiroshima. Am Vorabend des 6. August, gegen Mitternacht, kam ein Notruf aus der nahe gelegenen Gemeinde Hesaka, drei Meilen vom Krankenhaus entfernt, da Patienten in diesem Dorf dringend meiner Hilfe bedurften, und ich verließ das Hospital. Ohne diesen Notruf und meine Übernachtung außerhalb Hiroshimas könnte ich heute nicht unter Ihnen sein. Am nächsten Morgen um Viertel nach acht explodierte plötzlich die Bombe. Mit einem Schlag leuchteten millionenfache Blitze auf und blendeten mich. Es folgte eine ungeheure Hitze, die meine unbedeckte Haut verbrannte. Dann, einige Sekunden später, kam der ungeheure Druck, der einem Orkan gleich den Hügel heraufraste und die Häuser in diesem Dorf erfasste. Er riss das Dach des Hauses, in dem ich mich befand, ab und schleuderte mich etwa zehn Meter weit. Als ich aus den Trümmern des Hauses hervorkroch, sah ich auf den riesigen Atompilz, der höher wuchs, in fünf verschiedenen Farben leuchtete und sich über ganz Hiroshima ausbreitete. Da ich mich als Militärarzt zum Helfen verpflichtet fühlte, nahm ich sofort mein Fahrrad und fuhr in Richtung Hiroshima. Als ich etwa die Hälfte des Weges hinter mir hatte, sah ich den ersten Menschen, der aus dem Flammenmeer entflohen war. Und wie er aussah! Er war kein Mensch mehr. Vom Leib, von allen Teilen des Körpers, hingen zerfetzte Lappen herunter. Von den Spitzen der Finger, die er sich vor die Brust hielt, fielen schwarze Tropfen herab. Und das Haupt, der ungeheuer große Kopf, an dem kein einziges Haar zu sehen war, geschwollene Augen, die beiden Lippen, die bis zur Hälfte des Gesichtes aufgedunsen waren! Erschrocken trat ich einige Schritte zurück. Die hängenden Lappen waren nichts anderes als abgeschabte Haut des lebenden Menschen. Die schwarzen Tropfen waren sein Blut. Ob Mann, ob Frau? Ob Soldat, oder Zivilist? An nichts konnte man das ablesen. Von seiner Sehkraft war vielleicht noch etwas übrig. Er trottete mit vorgestreckten Händen einige Schritte auf mich zu und fiel auf den Bauch. Ich lief hin und wollte den Puls fühlen. Aber an diesem Fleischklumpen war nirgendwo eine Stelle mit trockener Haut. Bestürzt und hilflos stand ich da und schon überfielen den liegenden Menschen starke Krämpfe, aber bald gingen auch diese vorbei.«

Dr. Hida gehört zu den wenigen Ärzten, die den Atombombenabwurf auf Hiroshima überlebt haben. Seit dieser Zeit engagiert er sich in zahlreichen Gremien für die Belange der Hibakusha (Überlebende der Atombombenabwürfe) und für eine atomwaffenfreie Welt. Seine Memoiren sind auch in deutscher Sprache erhältlich (Der Tag, an dem Hiroshima verschwand. Erinnerungen eines japanischen Militärarztes, Donat Verlag, Bremen 1989). Der deutsche Zweig der Internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges sieht in Dr. Hida den »Botschafter« der Überlebenden von Hiroshima und Nagasaki. Die unermüdlichen Bemühungen Dr. Hidas, auf eine Welt ohne Atomwaffen hinzuwirken, sollte ein steter Appell an politisch Handelnde, aber auch an Akteure außerhalb der Parlamente sein, sich selbst im eigenen Einflussbereich entsprechend zu engagieren.

Die Rolle Deutschlands im Atomwaffenclub und der Internationale Gerichtshof

Deutschland war nie im Besitz eigener Atomwaffen und hat durch die Ratifizierung des Nichtverbreitungsvertrages (nebst anderen Vertragsabschlüssen) rechtsverbindlich auf den Erwerb von Atombomben verzichtet. Im Rahmen der nuklearen Teilhabe übernimmt Deutschland jedoch eine wichtige Rolle innerhalb der Nato-Nuklearwaffenstrategie, die noch immer die Ersteinsatzoption von Atombomben beinhaltet.

Eben darin sehen Völkerrechtler und Vertreter der Friedensbewegung insbesondere einen Verstoß gegen den Nichtverbreitungsvertrag sowie gegen das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs (IGH) vom 8. Juli 1996. Damals hat der IGH in Den Haag auf Anforderung der UN-Generalversammlung ein in seiner Tragweite bedeutsames völkerrechtliches Gutachten zur Atomwaffenfrage erstattet und darin zum Ausdruck gebracht, dass die Androhung und der Einsatz von Atomwaffen grundsätzlich/generell (generally) gegen diejenigen Regeln des Völkerrechts verstoßen würden, die für bewaffnete Konflikte gelten, insbesondere gegen die Prinzipien und Regeln des humanitären Kriegsvölkerrechts. Zudem hat der IGH in seinem Richterspruch einstimmig die völkerrechtlich verbindliche Verhandlungs-Pflicht zur Realisierung der vollständigen nuklearen Abrüstung festgestellt. Der Richter am Bundesverwaltungsgericht, Dieter Deiseroth, folgert daraus, dass die geltenden Nuklearstrategien der Nato sowie die ihrer Atommächte USA, Frankreich und des Vereinigten Königreichs mit dem geltenden Völkerrecht nicht vereinbar sind und deshalb dringend revidiert werden müssen. Zudem ist er der Auffassung, dass auch den Nicht-Atomwaffenstaaten durch ihre Unterstützung der Nato-Nuklearwaffenstrategie im Rahmen der nuklearen Teilhabe die dafür notwendige völkerrechtliche Basis fehlt. Dies trifft somit auch auf Deutschland zu, da die Einsatzplanung der Bundeswehr im Rahmen der nuklearen Teilhabe noch immer vorsieht, dass deutsche Tornado-Flugzeuge mit US-amerikanischen Atombomben beladen werden könnten, die dann von deutschen Piloten und Besatzungen gemäß den Plänen und Einsatztaktiken der Nato-Stäbe an den Einsatzorten abgeworfen und damit zur Explosion gebracht würden. Hierfür wird am Fliegerhorst Büchel (Rheinland-Pfalz) im militärischen Alltag tagtäglich geübt.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Walter Kolbow (SPD), umschreibt dies mit den Worten: »Das gemeinsame Bekenntnis der Bündnispartner zur Kriegsverhinderung, die glaubwürdige Demonstration von Bündnissolidarität und das nukleare Streitkräftepotenzial erfordern auch in Zukunft die deutsche Teilhabe an den kollektiven nuklearen Aufgaben. Dazu gehören die Stationierung von verbündeten Nuklearstreitkräften auf deutschem Boden, die Beteiligung an Planung, Konsultationen sowie die Bereitstellung von Trägermitteln.«

Befragung der Bundestagsabgeordneten zum Thema Atomwaffen

Im Dezember 2003, also sieben Jahre nach jener denkwürdigen Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs, wurde eine schriftliche Befragung sämtlicher Bundestagsabgeordneter durchgeführt. Ihnen wurden folgende Fragen gestellt:

1. Wie bewerten Sie das Sicherheitsrisiko, ausgelöst durch die in der Bundesrepublik stationierten Atomwaffen bzw. die damit verbundene nukleare Teilhabe?
2. Halten Sie den Appell des Internationalen Gerichtshofs – bzw. die vom Trägerkreis Atomwaffen abschaffen erhobenen Forderungen an die Bundesregierung – für unterstützenswert?
3. Können Sie sich vorstellen, sich im Rahmen Ihrer politischen Arbeit diesem Ziel entsprechend zu engagieren?
4. Würden Sie einer auf die Zielsetzung des Trägerkreises Atomwaffen abschaffen ausgerichteten Gesetzesinitiative zustimmen?

Uranbombe »Little Boy«, 1945

Der Trägerkreis Atomwaffen abschaffen, ein Zusammenschluss zahlreicher Friedensgruppen, die sich für die Abschaffung sämtlicher Atomwaffen engagieren, hatte zuvor von der Bundesregierung gefordert: a) den Verzicht der Bundesrepublik auf sämtliche Optionen nuklearer Teilhabe; b) den Ausstieg aus der Nato-Atomwaffenstrategie und die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa; c) das Verbot von Produktion, Stationierung oder Forschung von Atomwaffen in Deutschland und d) internationale Verträge zur weiteren Abrüstung von Atomwaffen (Start III) und deren vollständige Abschaffung (Atomwaffenkonvention).

Nachfolgend eine Auswahl von Antworten der Bundestagsabgeordneten:

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Walter Kolbow, erklärt für die SPD-Bundestagsfraktion: »Der Hauptzweck des Bündnisses ist, Schutz und Sicherheit seiner Mitgliedsstaaten vor jeder Art einer militärischen Bedrohung zu gewährleisten. Auch im neuen Sicherheitsumfeld setzt die Nato dabei auf Abschreckung. Zusammen mit den konventionellen Streitkräften tragen die nuklearen Streitkräfte der Nato dazu bei, die Kernaufgabe der kollektiven Verteidigung des Bündnisses zu erfüllen. (...) Deutschland erlangt durch die nukleare Teilhabe weder im Frieden noch im Verteidigungsfall jemals eine Verfügungsgewalt über Nuklearwaffen.« Was allerdings anderes als mittelbare Verfügungsgewalt ist der potenzielle Einsatz von Atomwaffen, welcher auf dem Fliegerhorst Büchel tagtäglich geübt wird? Und welchen militärischen Sinn sollte die nukleare Teilhabe haben, wenn es im sog. Verteidigungsfall nicht zum »worse case«, dem Abwurf einer Atombombe durch Tornados der Bundesluftwaffe kommen darf?

Im Auftrag der Bundesregierung erklärt ein Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes: »Die Bundesregierung ist dem Ziel der vollständigen Abschaffung nuklearer Waffen verpflichtet und setzt sich nachdrücklich für die vollständige Implementierung der auf der Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages 2000 erzielten Ergebnisse ein: der Bekräftigung der fünf Kernwaffenstaaten ihrer aus Art. IV NVV resultierenden Verpflichtung zur vollständigen nuklearen Abrüstung sowie dem substantiellen zukunftsgerichteten Katalog an praktischen Schritten zur Stärkung der nuklearen Abrüstung und Nichtverbreitung. (...) Die Nuklearen Streitkräfte sind ausschließlich defensiver Natur und dienen dem politischen Zweck, den Frieden zu wahren und Gewaltanwendung und Krieg zu verhindern.« Jene Antwort bringt durchaus den Willen zum Ausdruck, Atomwaffen abzuschaffen, leider jedoch ohne einen Bezug zur nuklearen Teilhabe der Bundeswehr herzustellen, geschweige denn eine daraus folgende Notwendigkeit politischer Intervention abzuleiten.

Für den SPD-Abgeordneten Gernot Erler erklärt dessen Referent: »Diese Bundesregierung und ihre Vorgängerinnen haben mehrfach erklärt, dass die Bundesrepublik Deutschland weder im Frieden noch im Verteidigungsfall eine Verfügungsgewalt über Nuklearwaffen erlangen kann und wird. (...) Der Verzicht der Bundesrepublik Deutschland auf Herstellung und Besitz von oder Verfügungsgewalt über Nuklearwaffen ist eindeutig und endgültig.« Wiederum stellt sich hier die Frage, inwieweit nicht die nukleare Teilhabe der Bundeswehr jenem Postulat widerspricht?!

Für die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt Winfried Nachtwei: »Deutschland besitzt keine Atomaffen, sondern stellt mit den Tornados Trägersysteme zur Verfügung. Für mich ist kein Szenario denkbar, wonach sich die Bundeswehr mit Tornado-Flugzeugen an einem Einsatz taktischer Atomwaffen beteiligt. Völlig unwahrscheinlich halte ich die Möglichkeit, dass dies gar von Seiten einer rotgrün geführten Bundesregierung geschehen könnte.« Diese Antwort schreit geradezu förmlich nach einer bündnisgrünen Forderung, die nukleare Teilhabe aufzukündigen, jedoch wurde eine solche Forderung über Jahre hinweg nie erhoben.

Rupert Polenz erklärt für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion: »Die Politik meiner Fraktion zielt auf ein Festhalten am Atomwaffensperrvertrag und unterstützt alles, was der Erfüllung dieses Vertrages dient. (...) Die Nuklearstrategie des Bündnisses ist ein wesentlicher Garant der Sicherheit Deutschlands. Das Gutachten des IGH widerspricht der Nuklearpolitik der Nato in keinem Punkt, sondern stimmt mit ihr überein. (...) Risiken sehe ich hingegen insbesondere durch die Proliferation (Wucherung) von Massenvernichtungswaffen durch Staaten, die in Verbindung mit dem internationalen Terrorismus stehen.« Folgt man seiner Auffassung, so ist offenbar zu unterscheiden zwischen jenen Atombomben, die in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht stehen und jenen, die zu verdammen sind...

Für die FDP-Bundestagsfraktion erklärt der frühere Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Werner Hoyer: »Deutschland hat völkerrechtlich verbindlich (zuletzt im 2+4-Vertrag von 1990) auf den Erwerb, den Besitz und die Verfügungsgewalt über die Nuklearwaffen verzichtet. Deutschland ist als Mitglied der Nato verpflichtet (und auf Grund unserer eigenen Sicherheitsbedürfnisse auch daran interessiert), an der kollektiven Verteidigung des transatlantischen Bündnisses mitzuwirken. (...) Die Stationierung von Teilen des amerikanischen Waffenpotenzials auf dem Territorium europäischer Bündnispartner ist nicht nur ein wichtiges Element dieser Nato-Strategie, sondern auch ein Bindeglied transatlantischer Sicherheit. (...) Ich teile allerdings Ihre Auffassung, dass die aus Artikel 6 des Nichtverbreitungsvertrages für Atomwaffenstaaten resultierende Pflicht zur Abrüstung bislang auf allen Seiten nicht ausreichend umgesetzt wurde. Das liegt natürlich in erster Linie in den Händen der Bundesregierung, aber wir werden aus der Opposition heraus trotzdem weiter nachhaken, wie die Bundesregierung sich auch für die Umsetzung dieses Teils des Nichtverbreitungsvertrages einzusetzen gedenkt.« Unerwähnt bleibt hier, dass auch Hoyer, als zuständiger Staatssekretär der Kohl-Regierung, es ebenso tunlichst vermieden hatte, sich für eine strikte Einhaltung des Nichtverbreitungsvertrages stark zu machen.

Die Antworten der Bundestagsabgeordneten brachten auf verschiedene Weise mehr oder weniger den Wunsch nach einer Abschaffung aller Atomwaffen, einem Stopp der Produktion neuer Atomwaffen sowie einer vertraglichen Sicherheit zur Einhaltung jener Ziele zum Ausdruck. Und insbesondere waren sie wohl von dem Wunsch getragen, dass niemals ein Bundeswehrpilot in die Lage kommen möge, mit seinem Tornado-Flugzeug im Rahmen der nuklearen Teilhabe eine Atombombe in ihr Ziel zu fliegen. Nur: Es schien damals quer durch die Parteien kein Bundestagsabgeordneter bereit zu sein, über bloße Wunschformulierungen hinausgehend, unmissverständlich ein Ende der nuklearen Teilhabe der Bundeswehr zu fordern bzw. den Abzug sämtlicher Atomwaffen aus Deutschland.Dies sollte sich erst vor wenigen Wochen durch einen parlamentarischen Vorstoß der FDP-Bundestagsfraktion ändern.

Debatte im Bundestag über den Nichtverbreitungsvertrag

Am 14. April debattierte der Bundestag nach Anträgen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie der FDP über

Fortsetzung nächste Seite

FORTSETZUNG VON SEITE 12

die Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages, die zwei Wochen später in New York begann und leider ohne konstruktives Ergebnis zu Ende ging. In dieser Debatte ging es auch um die in Deutschland gelagerten Atomaffen. Hierzu erklärte der FDP-Abgeordnete Harald Leibrecht: »Wir meinen aber, dass der dritten Säule des Nichtverbreitungsvertrages, der Abrüstungsverpflichtung der Nuklearmächte, mehr Nachdruck verliehen werden muss. Deshalb fordern wir in unserem heute eingebrachten Antrag den Abzug der in Deutschland stationierten etwa 150 US-amerikanischen taktischen Nuklearwaffen. Diese Bomben sind ein Relikt des Kalten Krieges. Sie spielen im Umgang mit den heutigen Bedrohungen keine Rolle mehr und sind angesichts der gültigen NATO-Strategie für Deutschland nicht zwingend erforderlich. Die Tatsache, dass diese taktischen Nuklearwaffen bis heute in Deutschland lagern und dass auch unsere Soldaten mit diesen Waffen üben müssen, werden in Deutschland weitestgehend totgeschwiegen. Rot-Grün traut sich offensichtlich nicht an dieses Thema heran. Wir fordern die Bundesregierung auf, in der NATO und in Gesprächen mit den USA auf einen baldigen Abzug dieser Waffen zu drängen. Es wäre ein wichtiges Signal an all die Länder, die wir auffordern, abzurüsten, wenn wir selbst mit gutem Beispiel vorangingen und diese Waffen aus unserem Land verbannten.« Aus friedenspolitischer Sicht ist jener Forderung im Grunde nichts hinzuzufügen.

Anders sah dies hingegen der CDU-Abgeordnete Rupert Polenz, der lakonisch der FDP entgegnete: »Lassen Sie mich noch etwas zum FDP-Antrag sagen, in dem gefordert wird, dass die amerikanischen Nuklearwaffen aus Deutschland abgezogen werden sollen. Ich weiß nicht, ob die FDP der Meinung ist, dass die US-Truppen gleich mit abgezogen werden sollen, oder ob sie der Meinung ist: Die amerikanischen Truppen sollten schon in Deutschland bleiben. Wenn sie aber Letzteres meint – was ich vermute –, dann spricht eigentlich vieles dafür, die Frage, wie die Truppen geschützt und wie sie bewaffnet werden sollen, denen zu überlassen, die sie stellen.« Mit keinem Wort geht Polenz auf die Rolle der nuklearen Teilhabe Deutschlands ein, geschweige denn auf die Frage, ob sie etwa dem Nichtverbreitungsvertrag widerspricht.

Winfried Nachtwei (Bündnis 90/Die Grünen) stellt unmissverständlich fest: »Für die Stationierung der amerikanischen Atomwaffen auf deutschem Boden gibt es keinerlei Rechtfertigung und auch keinerlei militärische Begründung mehr. Das gilt, so meine ich, erst recht für die Vorbereitung von bundesdeutschen Tornadopiloten darauf, auch solche Waffen gegebenenfalls einsetzen zu können.« In den anderen Redebeiträgen zu diesem Thema wurde es vermieden, konkret zur Frage der nuklearen Teilhabe der Bundeswehr Stellung zu nehmen.

Debatte im rheinland-pfälzischen Landtag zum Abzug aller Atomwaffen

Nach der Debatte im Bundestag entschlossen sich auch mehrere Fraktionen im rheinland-pfälzischen Landtag das Thema Atomwaffen zum Gegenstand zweier Anträge zu machen. Immerhin ist Rheinland-Pfalz das einzige Bundesland, in welchem derzeit Atomwaffen gelagert sind (Ramstein und Büchel) bzw. in welchem die nukleare Teilhabe der Bundeswehr praktiziert wird (Jagdbombergeschwader 33 in Büchel).

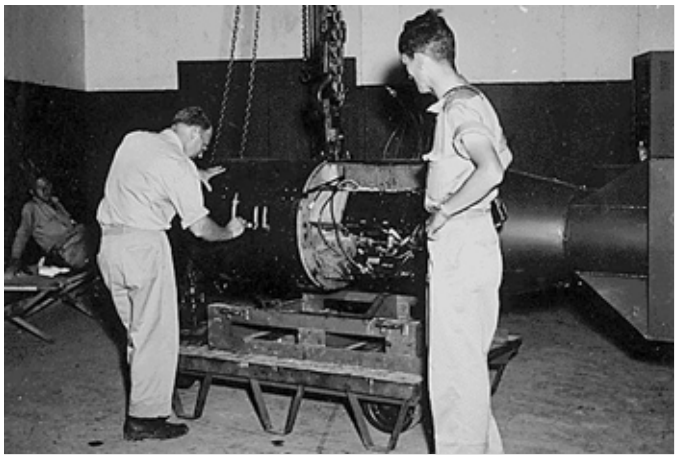
In dem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen heißt es: »In den letzten 15 bis 20 Jahren sind atomar bestückte Marschflugkörper, atomare Artilleriegeschosse, atomare Landminen, nuklear bewaffnete Flugabwehrraketen, bodengestützte atomare Kurzstreckenraketensysteme und etliche nukleare Fliegerbomben von Stützpunkten in Rheinland-Pfalz abgezogen worden. Dies diente der atomaren Abrüstung. Dennoch ist Rheinland-Pfalz weiterhin ein Zentrum der Stationierung von Atomwaffen geblieben. Auf dem amerikanischen Militärflugplatz in Ramstein befindet sich bis heute das größte Atomwaffenlager der US-Streitkräfte in Europa. Mit auf dem Militärflugplatz in Büchel/Eifel stationierten atomwaffenfähigen Tornado-Jagdbombern trägt die Bundeswehr zur 'technischen nuklearen Teilhabe' bei. Das bedeutet: Im Kriegsfall und nach Freigabe durch den Präsidenten der USA könnte die Bundeswehr etwa 20 in Büchel gelagerte Atomwaffen aus US-Beständen einsetzen. (...) Dies steht einer konsequenten und glaubwürdigen Nichtverbreitungspolitik im Wege.«

Entsprechend fordern die rheinland-pfälzischen Grünen die Landesregierung auf: »darauf hinzuarbeiten, dass die noch immer in Rheinland-Pfalz stationierten US-Atomwaffen vollständig abgezogen werden. Sie soll die Bundesregierung bei entsprechenden Konsultationen mit den anderen NATO-Staaten unterstützen, damit der Abzug mit einer klaren Perspektive und innerhalb eines verbindlichen zeitlichen Abrüstungsrahmens erfolgen kann« und »sich dafür einzusetzen, dass die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen ihrer Möglichkeiten aktiv und mit eigenen Schritten zur atomaren Abrüstung beiträgt, indem sie umgehend die 'technische nukleare Teilhabe' innerhalb der NATO beendet und damit die technische Fähigkeit zum Einsatz US-amerikanischer Atomwaffen mit von deutschen Piloten geflogenen Flugzeugen der Bundesluftwaffe im Rahmen von Operationen der NATO in Kriegszeiten aufgibt.«

Die Landtagsfraktionen der rheinland-pfälzischen SPD und FDP legten einen Koalitionsantrag zum »Abzug von Atomwaffen aus Rheinland-Pfalz« vor, worin erklärt

wurde: »Der Landtag unterstützt das Bestreben und die Bemühungen der Bundesregierung und der Landesregierung, in Gesprächen mit den amerikanischen Verbündeten einen Abzug der heute noch in Deutschland und Europa stationierten taktischen Nuklearwaffen zu erreichen.« Beide Anträge wurden im rheinland-pfälzischen Landtag kurz debattiert, wobei der Antrag der rot-gelben Landesregierung eine Mehrheit fand und der Antrag der Grünen abgelehnt worden ist. Daraufhin beschloss die Landtagsfraktion der Grünen, den wissenschaftlichen Dienst des Landtages mit einem Rechtsgutachten zur Frage der Rechtmäßigkeit der in Rheinland-Pfalz stationierten Atomwaffen (sowie der nuklearen Teilhabe) zu beauftragen. Abhängig von dem Tenor des Gutachtens wollen die Grünen dann entscheiden, welche weiteren Schritte – möglicherweise ein Klageverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht – eingeleitet werden.

Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck



Comander A.F. Birch nummeriert LB (Little Boy) vor dem Verladen auf den Bombenwagen als unit L-11 (Einheit L-11), Unit L-11 wurde am 6. August 1945 über Hiroshima abgeworfen. Rechts steht der Physiker Dr. Norman Foster Ramsey. Man beachte das offene Gehäuse der A-Bombe!

(SPD) antwortete auf die Frage, welche Schritte von ihm unternommen werden, um zu erreichen, dass die in Rheinland-Pfalz gelagerten Atomwaffen abgezogen werden: »Ich bin sicher, dass der Abzug der Nuklearwaffen nicht nur eine Anpassung an die seit dem Ende des 'Kalten Krieges' veränderte sicherheitspolitische Lage bedeuten würde, sondern auch die Glaubwürdigkeit des Nichtverbreitungsgrundsatzes des Nichtverbreitungsvertrages (NVV) stärken würde.« Insofern wolle er die Bemühungen der Bundesregierung unterstützen, »in Gesprächen mit den amerikanischen Verbündeten einen Abzug der heute noch in Deutschland und Europa stationierten taktischen Nuklearwaffen zu erreichen.«

Atomwaffen im Wahlprogramm

In den Wahlprogrammen der Parteien zur bevorstehenden Bundestagswahl spielt das Thema Atomwaffen so gut wie keine Rolle. Hatte die FDP noch vor wenigen Monaten mit ihrem Bundestagsantrag maßgeblich dazu beigetragen, das Thema Atomwaffen auf die politische Bühne zu heben und hatten sich unmittelbar danach verschiedene Bundespolitiker (Claudia Roth, Kurt Beck, Peter Struck, Gert Weisskirchen, Winfried Nachtwei, Guido Westerwelle) der Forderung nach dem Abzug sämtlicher in Deutschland stationierter Atomwaffen ausgesprochen, so ebbte das Interesse an dem Thema nach und nach wieder ab.

Insbesondere nach dem Scheitern der New Yorker Überprüfungskonferenz zum Nichtverbreitungsvertrag scheint das Thema von der politischen Agenda wieder vollends verschwunden zu sein. Hatte Joschka Fischer in New York noch unmissverständlich erklärt: »Lassen Sie es mich ganz klar sagen: Eine Welt frei von der Bedrohung durch atomare Waffen bleibt das Ziel deutscher Politik.« – so war danach von ihm nicht mehr zu vernehmen, welche Konsequenzen jenes Postulat innerhalb der deutschen Politik haben könne, ja müsste. Bundeskanzler Schröder wurde in der tageszeitung in Anspielung auf die in Büchel gelagerten atomaren Sprengköpfe gar mit den Worten zitiert: »Wegen der 20 Dinger verkrache ich mich doch nicht mit den Amis.« Schade eigentlich!

Die Wahlprogramme zur bevorstehenden Bundestagswahl lassen einem vergeblich nach dem Stichwort *Atomwaffen* suchen. Einzig im Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen heißt es: »In Deutschland wollen wir darauf hinwirken, dass die hier stationierten Atomwaffen abgezogen und unschädlich gemacht werden. Dadurch tragen wir zur Entstehung einer atomwaffenfreien Zone in Europa und zu einem dringend notwendigen Abrüstungsschritt bei. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass kein Einsatz von Atomwaffen von militärischen Stützpunkten in Deutschland erfolgen kann und durchsetzen, dass Deutschland auf die sogen. nukleare Teilhabe verzichtet.« Bleibt zu hoffen, dass die Grünen, sollte es erneut zu einer rot-grünen Regierungskoalition kommen, diese eindeutige Position nicht der Koalitionsräson wegen opfern werden.

60 Jahre Hiroshima/Nagasaki und kein Ende?

Die Abwürfe der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki waren das menschenverachtende Finale des Zweiten Weltkrieges und zugleich der opferreiche Einstieg in die atomare Schreckensherrschaft des Kalten Krieges. Die Sprengkraft der bis heute verbliebenen 30.000 Atomwaffen würde ausreichen, das Leben auf dieser Erde mehrfach auszulöschen. Und die Lage wird immer unübersichtlicher: Die USA planen neue Generationen von Atomwaffen und immer mehr Staaten und nichtstaatliche Akteure greifen nach der Atombombe, weshalb die Gefahr eines Einsatzes von Atomwaffen größer denn je ist und der Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation, Mohamed El Baradei zurecht darauf hinweist: »Man kann nicht von anderen den Verzicht auf Atomwaffen verlangen, während man selbst eigene besitzt und weiter entwickelt.«

Bezogen auf Deutschland müsste es lauten: Man kann nicht von anderen den Verzicht auf Atomwaffen verlangen, während man selbst auf dem eigenen Territorium Atombomben stationieren lässt (Ramstein und Büchel) und durch die nukleare Teilhabe indirekt selbst die Hand am Abzug hält. 60 Jahre nach Hiroshima, 60 Jahre nach Nagasaki – die Zeit politisch zu handeln ist da, sie ist schon lange da!●

Anzeige

Vorstellung der GAAA – Gewaltfreie Aktion Atomwaffen Abschaffen

Die GAAA ist eine deutsche Organisation mit der Zielsetzung der weltweiten Abschaffung von Atomwaffen. Nachdem 1996 aufgrund der internationalen Proteste der internationale Atomteststoppvertrag unterzeichnet wurde, entstand die GAAA aus einer Gruppe, die sich vorher Atomteststoppkampagne nannte. Einer unser GAAA-Gründungsziele ist die Überwachung der Atomwaffenstaaten in ihrer dem internationalen Gesetz und der unterzeichneten Verträge erklärten Verpflichtung, mit der Verhandlung über die Abschaffung ihrer Atomwaffen zu beginnen.

Die Nürnberger Prinzipien, sowie das Gutachten des Internationalen Gerichtshofes (IGH) von 1996 erklären die Illegalität dieser Waffen und führten mit zu unserer Überzeugung, eine Verpflichtung zu gewaltfreien Widerstandsaktionsformen gegen diese Waffen zu haben. Wir organisieren Aktionen des Zivilen Ungehorsams an und auf der Militärbasis in Büchel/ Eifel und informieren die Öffentlichkeit in Anhörungen und über unsere Publikationen über die Existenz von US-Atombomben in der BRD.

Zum Beispiel hat die US-Regierung B-61 Atomsprengköpfe in sieben verschiedenen europäischen Ländern stationiert, wovon zwei atomare Stützpunkte mit über 50 Atombomben in der BRD (Ramstein und Büchel) liegen. In Büchel trainieren deutsche Soldaten in Übungsflügen den Atombombeneinsatz. Zudem ist der A-10 Thunderbolt Jet, der die abgereicherte Uranmunition verschießt, mit US-Einheiten auf dem Militärstützpunkt Spangdahlem stationiert. Zwölf Inspektionsteams haben in den letzten Jahren Zugang zu diesen Militärbasen als »zivile Gerichtsvollzieher des IGH« erlangt. Sie ließen sich mit dem Ziel verhaften, das internationale Völkerrecht, welches über dem nationalen Recht steht, zur Geltung kommen zu lassen. Sie benutzten ihre auf wenige Wochen festgelegte Inhaftierung um weitere Aufmerksamkeit auf diesen illegalen Zustand zu lenken.

Im Sommer 2004 verteilten Angehörige der GAAA Flugblätter an die Bundeswehrsoldaten des Jagdbombergeschwaders 33 in Büchel mit der Aufforderung zur Befehlsverweigerung: »jegliche Beteiligung an der völker- und grundgesetzwidrigen nuklearen Teilhabe zu verweigern«. Auch die an der Flugblattaktion Beteiligten haben hohe Strafen auf sich genommen: 2 Monate bzw. 1 Monat Haft und Geldstrafen von 45 und 40 Tagessätzen.

Die GAAA betreibt Lobbyarbeit und ist weltweit vernetzt mit Gruppen, die in ihren Ländern auf die dort stationierten Atomwaffen aufmerksam machen, zum Beispiel: For Mother Earth – Belgien, Friedensaktie – Holland, Lakenheath Actiongroup – GB, Nukewatch – USA und mit vielen Organisationen in Deutschland.

Die GAAA Büros befinden in Stuttgart (Koordinator Roland Blach gaaa@paritaet-bw.de) und für internationale Angelegenheiten in Hamburg (Koordinatorin Marion Küpker marion@motherearth.org). Wir publizieren gemeinsam mit der Pressehütte Mutlangen eine vierteljährlich erscheinende Zeitschrift, Frei-Raum, welche an unseren 1.600 InteressentInnen großen Verteiler und an über 13 Länder verschickt wird und jetzt auch auf unserer Webseite www.gaaa.orgveröffentlicht ist.

Die Entscheidungen über die strategische Ausrichtung der GAAA werden im November auf der Jahresversammlung getroffen. Aktionen und Projekte werden für das kommende Jahr besprochen und Zuständigkeiten geklärt.

Die GAAA ist eine non-profit Organisation und bezieht ihr Geld ausschließlich über Spenden und Zuschüsse.

Bankverbindung: GAAA, Kontonummer 8019151200, BLZ 43060967, GLS Gemeinschaftsbank BW-Förderverein für Frieden/Abrüstung e.V., Volksbank in Stuttgart, Kontonummer 563131004, BLZ 60090100, Stichwort: »Atomwaffen« bzw. »Uranwaffen« (Steuerabzugsfähige Spenden)

Bei Überweisungen aus dem Ausland bitte folgendes Konto angeben: Kontoinhaber: GAAA Gerhard Daiber, Name der Bank: GLS Gemeinschaftsbank Die Auslandskontonummer IBAN ist:
DE57430609678019151200, Stichwort: Atomwaffen bzw. Uranwaffen

Das Leben gehört uns

Die Filmreihe Brot, Frieden, Freiheit – Frankreich im Film der Front Populaire lief im Mai und Juni in sechs Städten, im Juli folgte Frankfurt am Main. Ein herausragender Film in dieser Reihe ist »La vie est à nous« von 1936.

»Ich will doch nur essen, ohne vorher beten zu müssen«, sagt eine Wartende in einer Schlange vor einer Suppenküche, worauf eine zweite Wartende ergänzt: »Ja, die ganze Messe anhören, um etwas zu Essen zu bekommen, dass ist zu lang«. Ein Mann wünscht sich: »Mal wieder ins Kino gehen können, dass wäre schön.« Kurz bevor sie drankommen würde, schließt die Suppenküche. Laien stellen so ihr eigenes Leben dar, in dem 1936 in Frankreich entstandenen Film »Das Leben gehört uns«. Ein junger Arbeitsloser wird vor Hunger ohnmächtig, andere helfen ihm in ein Lokal, wo er etwas zu Essen bekommt. In plakativen Dialogen geht es um die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse und den Kampf um Verbesserung. Ein Chor singt, die Töne werden klar getroffen, der Text agitiert: »Genosse, schöpfe Mut, du bist nicht allein. Kämpft für Eure Belange, nehmt das Leben in die Hand, das Leben gehört uns!«

Der Film, finanziert von der Kommunistischen Partei Frankreichs, wurde realisiert von einem Kollektiv, dessen Akteure auf Bezahlung und Nennung der Namen im Vorspann verzichteten. »La vie est à nous« ist sowohl durch die kollektive Herstellung als auch durch die künstlerische Umsetzung wie durch den Inhalt ein Dokument des Willens zur Umwälzung der Verhältnisse. Er entstand im Frühjahr 1936, für die Agitation zu den Wahlen vom Mai. Es war eine Zeit der Hoffnung und der Begeisterung für die Linke. Bei den Wahlen gewann das Volksfrontbündnis, Sozialisten und Kommunisten kamen zum ersten Mal in Frankreich an die Regierung. »Das Leben gehört uns« ist ein historisches, ein bewegendes Dokument dieses Aufbruches. Mit dem Film wurden Genregrenzen gesprengt: Dokumentarische wechseln sich mit fiktionalen Sequenzen ab, die ineinander montiert die Aussagen noch verstärken. Obwohl er als erster wichtiger französischer Dokumentarfilm gilt, nimmt die Handlung der inszenierten Sequenzen breiten Raum ein. Regie führte der damals schon bekannte Jean Renoir, am Drehbuch wirkte Pierre Unik mit, an der Kamera Henri Cartier-Bresson.

So aktuell die in dem Film vorgebrachte Bestandsaufnahme des Lebens im Kapitalismus ist, die Kritiken auch der sozialen Konfrontation und Ungerechtigkeit in der Gesellschaft, so altbacken wirken die Utopien des Milieus der KP aus heutiger Sicht teilweise: Eine Frau wird auch mal ins Streikkomitee aufgenommen, aber meist tragen Frauen Babys durchs Bild, übernehmen Sekretärinnenarbeit auf Treffen und begleiten die dominierenden Männer auf Demonstrationen und Meetings. Neben den tradierten Geschlechterrollen fällt der nationale Einschlag der Argumente auf: Zu Beginn wird stolz aufgezählt, dass Frankreich »einzigartig in der Welt« ist: Da ist zuerst von beeindruckenden Zahlen die Rede, etwa dass Frankreich 30 Millionen Hektoliter Cidre und 300.000 Autos jährlich produziert sowie die zweitgrößte Eisenproduktion der Welt hat. Aber dann heißt es: »Frankreich gehört nicht den Franzosen, sondern 200 Familien«. Am Schluss des Filmes wird Maurice Thorez, damals Vorsitzender der KP, bei einer Rede gezeigt: »Wir wollen die Einheit der Franzosen, die Aussöhnung der Nation mit sich selbst, gegen die 200 Familien und ihre Faschistenhelfer.« KommunistInnen als die besseren Förderer der Grande Nation? Entsprechend der Volksfrontorientierung wird hier die Analyse der sozialen Gegensätze zwischen Klassen verdrängt durch eine nationale Rethorik, wo eine kleine Gruppe von Superreichen ausgegrenzt wird, und alle Anderen scheinbar gemeinsame Interesse als französische Nation haben. Da böte der Film Anschauungsmaterial für eine Hinterfragung der Volksfrontpolitik aus heutiger Sicht.

Einige Kritiker warfen dem Film aber etwas ganz anderes vor: zu demonstrativ politisch zu sein. Als Beleg hierfür wurde genommen, wie drei fiktionale Sequenzen, in denen es um soziale Missstände und die Möglichkeit des erfolgreichen Widerstandes dagegen geht, miteinander verbunden werden: Der sich selbst spielende Chefredakteur der kommunistischen Tageszeitung L'Humanité, Marcel Cachin, liest drei Leserbriefe, in denen beschrieben wird, wie Metallarbeiter erfolgreich gegen die Entlassung eines Kollegen streiken und seine Wiedereinstellung erreichen, wie Kleinbauern die Zwangsversteigerung eines Hofes verhindern, und wie ein Arbeitsloser wieder Mut schöpft und zu seiner Freundin zurückkehrt, die er verlassen hatte, weil er am geteilten Elend verzweifelt war.

Die Handlung ist gewiss symbolträchtig – die Kritik daran läuft aber ins Leere, handelt es sich bei dem Film doch erklärtermaßen um den Beitrag für den Wahlkampf der FKP. Entsprechend offen ging das Kollektiv um Renoir mit agitatorischen Absichten an die Gestaltung. Richtiger wäre der Einwand, dass Widerstand nicht immer erfolgreich war – auch nicht in den 30er Jahren mit der seinerzeit starken Arbeiterbewegung. Aber in dem historischen Moment der Entstehung des Filmes schien für die Linke alles möglich: Die Wahlen wurden gewonnen, machtvolle Streiks durchgeführt, und die Volksfrontregierung konnte radikale Reformen durchsetzen: Das Recht auf bezahlten Urlaub für Arbeiter – damals zwei Wochen, die Beschränkung der Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden und Weiteres. Ein Jahr später zerbrach die Volksfrontregierung, weil die Sozialisten im Gegensatz zu den französischen Kommunisten nicht bereit waren, sich in den in Spanien seit Juli 1936 kriegerisch geführten Abwehrkampf gegen den Putsch von General Franco einzumischen und neutral bleiben wollte. Die Verteidiger der Republik und der sozialen Reformen in Spanien wurden allein gelassen. Das war das Ende der Volksfront. Der sozialistische Ministerpräsident Léon Blum verordnete eine »Pause« für die Reformen. Die KP wurde kriminalisiert. Das Einknicken der Volksfront führte dazu, dass die geschlagenen VerteidigerInnen der spanischen Republik, die im Winter 1939 über die Pyrenäen nach Frankreich flüchteten, dort nicht willkommen geheißen, sondern in Internierungslagern festgehalten wurden.

Dass der Film »Das Leben gehört uns«, ein einzigartiges Dokument über diese Schlüsselperiode, überhaupt gezeigt werden kann, ist einer aufwändigen Rekonstruktion zu verdanken: Der Film wurde in Frankreich verboten, als das Roll-Back gegen die Reformen der Volksfront und die KP begann. Die Deutschen vernichteten nach ihrem Einmarsch in Frankreich die antifaschistische Kultur. Der Film wurde von den deutschen Besatzern zerstört und blieb jahrzehntelang ein »unsichtbarer Film«, wie es im Vorspann zur 1970 aufgeführten wiederhergestellten Originalfassung heißt.●

Gaston Kirsche

Das Leben gehört uns, F 1936, Jean Renoir und Kollektiv, 62 Min. OmU

Venezuela – Aufbruch oder Niedergang?

Neben dem Medieninteresse an Hugo Chávez und Venezuela hat auch der Wissenschaftsbetrieb eine beachtliche Textproduktion vorzuweisen. Bereits im letzten Jahr gab es eine kleinere Schwämme von Büchern zu dem Phänomen mit Titeln wie »Under Attack : Morning Dawn in Venezuela«, »Venezuelan Politics in the Chavez Era: Class, Polarization, and Conflict« und dem von Chávez selbst verfassten »Venezuela and the New Latin America«. Dieses Jahr geht die Publikationsflut munter weiter. Eva Golinger und Richard Gott haben neue Bücher zum Thema gemacht, außerdem ist von Oliver Diehl und Wolfgang Muno »Venezuela unter Chávez - Aufbruch oder Niedergang?« erschienen – eine sehr lesenswerte Aufarbeitung einer Tagung des Interdisziplinären Arbeitskreises Lateinamerika der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

Als sich das spanische Imperium im 19. Jahrhundert aufzulösen beginnt und 1898 das endgültige Ende bevorsteht, nachdem es mit Kuba, Puerto Rico und den Philippinen die letzten Kolonien abtreten muss, herrscht in Spanien auf allen Ebenen eine tiefe Krise, die durch die Entwicklungen in Übersee verschlimmert wird. Post-koloniale Fragen werden hüben wie drüben gleichzeitig mit nationalen Fragen aufgeworfen: Während sich die unabhängig gewordenen Gebiete unter post-kolonialen Bedingungen zu Nationalstaaten formieren, steht die spanische Nation davor, sich noch mal grundsätzlich neu zu erfinden – doch selbst dieser Prozess läuft nicht losgelöst von der Peripherie ab.

So macht das krisengeschüttelte Spanien die Vision der hispano-amerikanischen Rasse stark, um die Kolonien an sich zu binden, die Lateinamerikaner kennen derweil ebenfalls in den eigenen Reihen Verfechter einer spanisch-sprachigen Einflusssphäre. Simon Bolivar beispielsweise strebt einen lateinamerikanischen Großstaat an. Doch seine Motivation steht den Visionen der Spanier quasi diametral gegenüber: Die lateinamerikanischen Territorien sollen sich als Einheit begreifen, um sich auf diese Weise besser gegen die spanischen Rückeroberungsgelüste zu Wehr setzen zu können.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts bahnt sich eine Renaissance dieser Gemengelage von Interessen und Projektionen an. Bolivar spendet den Namen für einen weltweit für Furore sorgenden Wandel. Unter der Führung des demokratisch gewählten Hugo Chávez hat sich Venezuela die »Bolivarische Revolution« auf die Fahnen geschrieben. Das in den 1970er Jahren noch als Saudi-Arabien der Karibik bekannte Land soll im Zuge dessen aus dem Elend der krisengeschüttelten 1980er und 1990er geführt werden, als Feindbild dient nun mehr die USA, die besonderes Interesse für das mit Ölreichtum gesegnete Venezuela hat. Die seit 1998 verfolgte Politik des Parteilosen hat viele europäische Intellektuelle zu großen Anhängern Venezuelas gemacht, die dort eine beispiellose Veränderung registrieren, einen demokratischen Wandel zwischen Graswurzelbewegung und Großbühnen-Partizipation.

Allerdings gibt es ebenso viele, die die Entwicklungen in Venezuela ins Licht der Lächerlichkeit ziehen. Um mehr Sachlichkeit und Sachkenntnis in diese Debatte einzuführen, wurde eine Tagung des Interdisziplinären Arbeitskreises Lateinamerika der Johannes Gutenberg-Universität Mainz am 18. und 19. Juli 2003 veranstaltet, die Oliver Diehl und Wolfgang Muno nun in einer Anthologie aufgearbeitet haben. Das Spektrum der insgesamt sieben Essays reicht von historischen Darstellungen der venezolanischen Entwicklung seit dem 19. Jahrhundert, Analysen der Außenpolitik bis hin zu Betrachtungen filmischer Erzeugnisse aus Caracas. Gemeinsam haben die Beiträge, dass sie eine differenzierte Sicht auf das Phänomen Venezuela zu elaborieren suchen. Enthusiasmus steht genauso wenig an der Tagesordnung wie Schwarzmalerei.

Eine gewisse Faszination können und wollen die deutschen Autoren aber dennoch nicht verbergen: Wie konnte der 1954 geborene Sohn eines Dorfschullehrers, der Berufssoldat wurde und Politikwissenschaft studierte, einen Putschversuch gegen die korrupte Regierung der 1990er anführen und dann vor laufender Kamera nicht nur seine Verantwortung, sondern auch dessen Scheitern eingestehen? Und wie kann es sein, dass dieser Mann einige Jahre später im Rahmen von regulären Wahlen nicht nur gewählt, sondern seitdem immer wieder neu gewählt wurde – trotz Widerstand der Oberschicht und im Grunde allen mächtigen Playern im Lande sowie der USA, die er offen attackiert und für die Armut Venezuelas verantwortlich macht? Ein interessantes Erklärungsangebot liefert Oliver Diehl in seinem Beitrag »Hugo Chávez – Charisma als soziokulturelles Phänomen«, wenn er sagt: »Chávez tritt als Indiz einer – ungern zugestandenen – Diskrepanz zwischen kulturellen Soll- und Ist-Zuständen im Gewissen der venezolanischen Gesellschaft auf.«

Die Politik des mit einer wöchentlichen Sendung im Fernsehen stets auch in den Wohnzimmern der Unterprivilegierten präsenten Staatschefs wird somit konstruktiv mit dem allenthalben zirkulierenden Populismusvorwurf konfrontiert. Denn der Psychologe verweist in seinem übrigens auch ansonsten sehr lesenswerten Beitrag darauf, dass aus einer ganze gesellschaftliche Klassen trennenden Kluft, nun ein Kommunikationsraum geworden ist, der die Nation zusammenführen könnte, sie gleichzeitig aber auch einer ungeheuren Zerreißprobe unterstellt.

Wenn Diehl erklärt, dass Chávez teils kriegerisch, teils versöhnlich auftrete, dann beschreibt er nicht nur die teils widersprüchliche Kombination bestimmter Eigenschaften, die ihn zu einem überaus beliebten Menschen gemacht hat, sondern auch die in diesem Raum vorherrschenden Codes. Krieg und Heilserwartungen stehen dort so dicht beieinander, dass die im Titel des Readers auftauchende Frage »Aufbruch oder Niedergang?« als rhetorisches Programm der Annäherung zu begreifen ist. Weniger gilt es, diese Frage umfassend, geschweige denn eindeutig zu beantworten, als sie vielmehr als unauflösbaren Widerspruch der gegenwärtigen Situation zu begreifen.

Eine Situation, die in den nächsten Jahren Bestand haben wird und sich früher oder später zum Guten wenden könnte. Wie die Herausgeber in ihrem Schlusswort anmerken: »Das Experiment der »Bolivarischen Revolution« wird so lange toleriert werden wie es Hugo Chávez gelingt, demokratische Mehrheiten an die Wahlurnen zu ziehen. Da dies auf absehbare Zeit der Fall sein wird, steht es ausländischen Beobachtern gut an, sich differenzierter mit dem Phänomen »Chávez« auseinander zu setzen. Es könnte durchaus sein, dass das Experiment in Lateinamerika Nachahmer findet!«●

Krystian Woznicki, telepolis

Oliver Diehl, Wolfgang Muno (Hg.): Venezuela unter Chávez – Aufbruch oder Niedergang? Vervuert 2005. 176 S., 18 Euro

Streitschrift

Mit der Beschreibung des ganz »normalen Terrors des Kapitals« beginnt Nelke seinen Einstieg in die vorliegende umfassende und streitlustige Schrift. Fundiert schildert er die Funktionsweise der kapitalistischen Verwertung, unterzieht gewerkschaftliche Herangehensweisen und marxistische, aber auch anarchistische Politikverständnisse einer radikalen Kritik und setzt sich mit den diversen sozialen Bewegungen wie der Frauen-, Ökologie- oder auch Friedensbewegung auseinander. In solider rätekommunistischer Tradition wird der »reale Sozialismus« als banaler Staatskapitalismus demaskiert. Eine grundsätzliche Aufarbeitung der jüngeren Reprivatisierungsgeschichte wird an den Beispielen des »blutigen Zerfalls Jugoslawiens« und der »friedlichen Annektion der DDR« geleistet.●

diego

Nelke: Der Terror des Kapitals, eine rätekommunistische Streitschrift, 256 Seiten, 12,90 Euro, Syndikat A

Equilibrismus

Für eine Zeit, in der sich die Tagespolitik in »Reformen« zur Verschleierung der Unreformierbarkeit des bestehenden Systems ergeht, erläutert der Untertitel treffend, was der ungewohnte Haupttitel des Buches sagen will: »Neue Konzepte statt Reformen für eine Welt im Gleichgewicht«. Wir brauchen in der Tat grundlegend neue Konzepte für eine aus dem Gleichgewicht geratene Welt. Das Buch beschreibt höchst kompetent eine Fülle neuer Konzepte. Diese werden nicht bloß nebeneinandergestellt, sondern in ihrem inneren Zusammenhang aufgezeigt: als ein gedankliches Netzwerk von grundlegenden Neuansätzen. Die innere Einheit der Ansätze ist das Besondere dieses Buches. Man kann die einzelnen Elemente schon in Einzeldarstellungen finden. Den beiden Autoren kommt es jedoch auf deren Zusammenhang an. Dieser ist es, der in einseitigen Ansätzen so oft vernachlässigt wird. »Du hast die Teile in der Hand, fehlt leider nur das geistige Band«, wie Goethe im Faust sagen lässt. Die beiden Autoren erblicken dieses »geistige Band« im Gedanken des Gleichgewichts.

Die natürlichen Vorgänge pendeln um ein jeweiliges Gleichgewicht herum. Im Haupttitel »Equilibrismus« spricht sich somit ein primär ökologischer Ansatz aus. Mehrmals wird dieser Gleichgewichtsgedanke auf die Einordnung des Menschen ins Ganze der Natur bezogen und dabei ein neues biozentrisches dem alten »anthropozentrischen« Denken entgegengesetzt. Womit gemeint ist, dass der Herr Anthropos sich als absoluter Herrscher und oberstes, globales Raubtier benimmt. Man könnte zwar einwenden, solches Benehmen werde gerade nicht der eigentlichen und unvermeidlich menschlichen Aufgabe im Ganzen gerecht und sollte deshalb auch nicht »anthropozentrisch« genannt werden (so der Rezensent in seiner »Ökologik«, 1997). Doch Streit um Worte bringt uns nicht weiter. Er verdeckt die tiefer liegende Gemeinsamkeit zwischen denen, die grundlegende Änderungen wollen. Gerade solche Gemeinsamkeiten aber wollen Volker Freystedt und Eric Bihl aufdecken, nicht allein in der Ökologie (»Energie aus Pflanzen«, »Rohstoffe aus Pflanzen«, »Natürliche Kreisläufe«), sondern eben disziplinübergreifend.

In der *Ökonomie* kommt besonders das »freiwirtschaftliche« Erbe der Kritik am Kapitalismus zur Sprache, der alle ökologischen, ökonomischen und sozialen Gleichgewichte zerstört. Konstruktiv werden die Ideen eines umlaufgesicherten, lebensfreundlichen Geldes sowie einer Bodenreform entfaltet. Letztere würde den Boden zwar in privater Nutzung lassen, jedoch nicht in privater Eigentumsverfügung, mit den Folgen gemeinschädlicher Privilegierung und Spekulation. Die Modelle für eine künftige verbrauchsorientierte Besteuerung, für eine zugleich solidarische wie persönlich verantwortete Krankenversicherung, für Altersrente im Drei-Generationen-Vertrag machen auf dem Felde der Sozialpolitik (meist Vorschlägen von Helmut Creutz folgend) sehr konkret klar, dass es wahrhaftig anders geht, als mit so genannten »Reformen« an den Symptomen herumzukurieren. Für ein drei Generationen übergreifendes Rentensystem spielen öffentliche Einkünfte aus Bodenpacht eine wesentliche Rolle, die bislang wenigen Privilegierten zufließen.

In den *Demokratiemodellen* wird die umfassende Weiterentwicklung der repräsentativen Demokratie auf eine neue Synthese mit direkter Demokratie hin (im Sinne der »Viergliederung« nach Grundwerten, Kultur, Politik im engeren Sinn und Wirtschaft) ebenso dargelegt wie der erforderliche Ansatz von unten, bei der Regionalisierung und Dezentralisierung. Sehr schön »equilibriert«, statt der üblichen falschen Entgegensetzungen.

Die Autoren wünschen sich die Chance zu einem regionalen Modellversuch einer kleinen Region in geografischer Alleinlage (296 f). Sie arbeiten offenbar daran. Wir sollten nicht nur einen, sondern viele Modellversuche den Autoren und uns allen wünschen! Allerdings, wünschen allein hilft nicht. Die Fackel solcher enorm konstruktiven Aufklärung, wie sie der Verein »Equilibrismus e.V.« seit Jahren betreibt und in diesem Buch zusammenfasst, muss aktiv weitergetragen werden.●

Prof. Johannes Heinrichs

(erschienen in: Sozialmagazin 7-8/2005 und Connection 7-8/2005)

Volker Freystedt/Eric Bihl: Equilibrismus – Neue Konzepte statt Reformen für eine Welt im Gleichgewicht; Signum Verlag 2005, 336 Seiten, 22,90 Euro

Rosenapfel und Goldparmäne

»Schöner von Kent«, »Minister von Hammerstein« und »Flammender Kardinal« – die Rede ist nur von Äpfeln. Aber was für welchen! Nämlich solche, die noch nach Apfel schmecken und jeder einzelne mit ganz eigenem Charakter. Insgesamt 365 Sorten hat ein Schweizer Autoren-Quartett zusammengetragen und jetzt in dem aufwendig bebilderten Band »Rosenapfel und Goldparmäne« im AT-Verlag publiziert. Zu jeder einzelnen Sorte gibt es eine genaue Beschreibung – Geschmack, Geschichte und Verwendungszweck werden erläutert. Einen weniger feinen als die erstgenannten beispielsweise hat der »Mistapfel«, ein »anspruchsloser Kleiner«, wie es heißt. Die Mistapfelbäume pflanzte man nicht in den besten Lagen, erfährt man, sondern dort, wo Feinobst versagte, in rauheren Regionen. Dort reifen dann die Äpfelchen oft erst im November, wenn der Bauer den Mist ausbringt, auf den sie dann halt auch runterfallen. Mistäpfel kauft natürlich niemand, also nennt man sie auch gern »Basler Reinetten«.

Außer den Sortenbeschreibungen bietet das Buch auch die Geschichte des Apfels und Aspekte der Apfelzüchtung, wobei der Konflikt zwischen Produktivität und Naturschutz immer eine Rolle spielt. Um letzteren geht es in diesem Buch ganz besonders. Nicht umsonst ist es in Zusammenarbeit mit Pro Specie Rara und Fructus, zwei großen Schweizer Organisationen zum Erhalt alter Sorten, entstanden. Eine der Autorinnen gehört außerdem dem Verein Arche Noah an, eine österreichische Organisation zum Erhalt der Kulturpflanzenvielfalt. Wer sich rundum über Apfelsorten informieren will, wird hier reichhaltig bedient.●

Gudrun Mangold

Brigitte Bartha-Pichler, Frits Brunner, Klaus Gersbach, Markus Zuber: Rosenapfel und Goldparmäne – 365 Apfelsorten – Botanik, Geschichte und Verwendung, AT Verlag, CH-Baden 2005, 240 S., ca. 400 Farbfotos, 27,90 Euro

ESPERO
Forum für eine libertäre Gesellschaft
Literatur für eine freie und solidarische Welt
Lysander Spooner
Die Verfassung besitzt keine Autorität
62 Seiten, 5 €uro
Dr. Ulrich Klemm
Francisco Ferrer. Ein libertärer Schulreformer
50 Seiten, 5 €uro
Uwe Timm
Gesammelte Schriften vom 1955 - 2002
288 Seiten, 18,50 €uro
http: //www. alibro.de

PROJEKTE

(Nicht esoterische) Stadtkommune in Erfurt sucht Leute. Wir sind zu sechst mit gemeinsamer Kasse, kleinem Garten und sozialen und (anti-)politischen Ideen + Projekten und wollen uns erweitern. **Kontakt:** Anke Jurgschat, Grolmannstr. 14, D-99085 Erfurt
E-Mail: stadtkommune-ef@arranca.de

Wir, zwei Frauen(40+45J) suchen Frauen, Kinder in jedem Alter für offene, konfliktfähige, lebenslustige Gemeinschaft auf dem Land um Hamburg herum.
Claudia, Hedy
☎(0 40) 39 90 40 95
gerstung.hedy@web.de

Wir (36m, 26w, 9w, 2m, 1/2m) suchen Menschen, die mit uns eine Kommune mit Kinderbauernhof gründen wollen.
E-Mail: kinderbauernhof@gmx.net
oder ☎ (0 69) 78 80 99 40

Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung
Vierteljahreszeitschrift · 16. Jahrgang, Nr. 63, Sept. 2005, 224 Seiten
Neuformierung der Linken
Ansichten: Linksbündnis – Perspektiven und Erwartungen
Prekarisierung – Soziale Spaltung – Gesundheitsverschleiß
Dörre/Fuchs – Prekarität und soziale (Des-) Integration / Michelsen/Mosebach – Soziale Ungleichheit und Gesundheit / Priester / Reusch – Arbeitswelt: Belastungswandel, gesundheitliche Folgen, Interventionsbedarf
Auseinandersetzung um den Sozialstaat
Bischoff – Neuer Kapitalismus? / Leibiger – Demografische Wende und Finanzierung des Wohlfahrtsstaats / Stolz-Willig – Solidaritätspotenziale im flexiblen Kapitalismus
Kapitalismus-Analyse
Müller – Gesellschaftliches Gesamtprodukt / Tjaden – c und v und m und mehr
Lateinamerika – Krise der neoliberalen Hegemonie?
Boris/Schmalz/Tittor – Reflexionen zur „neoliberalen Hegemonie" in Lateinamerika / Boris – Lateinamerika im Übergang - Standortbestimmungen **Und:** Wehr – Europa ohne Verfassung / Hund – Vergesellschaftung durch Entmenschlichung – historische Rassismusforschung **Sowie:** Berichte, Buchbesprechungen **Z** Einzelpreis: 9,50 Euro (zzgl. Vers.); im Abo: 32,- Euro ; Auslandsabo 38,- Euro (4 Hefte/ Jahr incl. Vers). Bezug: über e-mail, Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt: **Z-Vertrieb:** E-mail: redaktion@zme-net.de
Z: Postfach 500 936 · 60397 Frankfurt · Tel. / Fax: 069 / 53 05 44 06

Irgendwann haut's mir den Vogel raus!
(Nur noch arbeiten, volle Verantwortung tragen, und auch zu Hause nicht abschalten können)
Selbst Lösungen finden
Gut für sich sorgen
Dialogische Beratung & Coaching
Peter Scholz 07071-151989 ~ www.dialogisches-coaching.de

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

jW- FESTLESEWOCHEN

Es gibt sie, die Alternative zu bürgerlichen Printmedien:
Die parteiunabhängige marxistische Tageszeitung junge Welt.Vor zehn Jahren wurde ihr Erscheinen eingestellt. Nach acht Tagen gelang es, die jW wieder herauszugeben – in Eigenregie der Belegschaft. Zur ökonomischen Unterstützung wurde damals die Genossenschaft LPG junge Welt e.G. gegründet, die mittlerweile Herausgeberin und Mehrheitseigentümerin der Zeitung ist. Gute Anlässe, Ihnen völlig unverbindlich ein dreiwöchiges Testabo zu schenken. Das endet automatisch, also ohne daß Sie es abbestellen oder kündigen müssen. Bezahlt wird Ihr Testabo von den Leserinnen und Lesern der jungen Welt.Allerdings: Danach hätten wir einige Fragen an Sie. So wüßten wir gerne, was Ihnen an der jungen Welt gefallen hat und was nicht. Und ob Sie sich vorstellen könnten, die junge Welt zu abonnieren. In den drei Festlesewochen werden Sie eine Reihe guter Gründe dafür erfahren. Denn wir wollen Sie nicht mit einem schicken Staubsauger oder einer tollen Kaffeemaschine überzeugen, sondern mit diesem dreiwöchigen Testabo einer gut gemachten, unverwechselbaren linken Tageszeitung.
*** Die jW-Festlesewochen wurden verlängert: Das Angebot gilt jetzt bis 18.9. (nur im Inland – BRD)**
○ **Ja, ich will die Tageszeitung junge Welt für drei Wochen testen. Das Testabo endet automatisch.**
Vorname / Name / Straße, Hausnummer / Postleitzahl, Ort / Telefon / E-Mail
✦ Coupon einsenden an Verlag 8. Mai GmbH, Karl-Liebknecht-Str. 33, 10178 Berlin, oder faxen an die Nummer 0 30/53 63 55-44
✦ Bitte beachten Sie, daß eine optimale Bearbeitung nur dann möglich ist, wenn Ihre E-Mail-Adresse bzw. Telefonnummer vollständig und korrekt eingegeben sind. Wir garantieren, daß die Daten nur zu diesem Zweck genutzt werden.
Weitere Informations- und Bestellmöglichkeiten:
✦ www.jungewelt.de ✦ 0 30/53 63 55-80

REFERENTEN/INNEN [u.a.] Giovanni Arrighi | Sam Ashman | Andreas Boes| Alex Callinicos | Mario Candeias | Ana Esther Cecena | Alex Demirovic | Frank Deppe | Klaus Dörre | Esra Erdem | Peter Gowan | Joachim Hirsch | Stefanie Hürtgen | Ursula Huws | Christoph Lieber | Sandro Mezzadra | Karl-Heinz Roth | Thomas Seibert | Beverly Silver | Mag Wompel
VERANSTALTER ak analyse & kritik | Arranca Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung | Bildungswerk Berlin der Heinrich Böll Stiftung e.V. | BuKo ASWW | Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) | Das Argument | Fantomas | FelS | Helle Panke | Kritik & Praxis Berlin | Linksruck | PROKLA | Rosa Luxemburg Stiftung | Sand im Getriebe (attac) Sozialismus | Sozialistische Zeitung – Soz | WISSENtransfer
INFORMATION www.kapitalismus-reloaded.de
KONTAKT info@kapitalismus-reloaded.de

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Kontakt: contraste@t-online.de

Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch nach Möglichkeit per E-Mail: contraste@t-online.de

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dieses per E-Mail kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den einmal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Uta Knischewski, Meuschwitzstr. 2a, ☎ (03 51) 802 99 23, **E-Mail: info@abfallgut.de; 06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt**, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (03 46 91) 5 24 35, **E-Mail:** richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa; **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, **E-Mail:** ricabuch@acor.de, Internet: www.ricardabuch.de und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, **E-Mail:** post@elisabeth-voss.de; **18569 Ginst/ Westrügen, Redaktion Rügen/MV**, Andreas Küstermann, Teschvitz 4, ☎ (038305) 6 00 13, Fax 6 00 14, **E-Mail:** kuema-ostseh-redaktions bureau@t-online.de, **Internet:** www.presse-verlag-ostseh.de; **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, **E-Mail:** hilmarkunath@web.de; 28201 Bremen, Redaktion Bremen, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, **E-Mail:** bhuettner@niatu.net, **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland**, Götz Paschen, Große Str. 81, ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, **E-Mail:** torfkurier@t-online.de; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 488 62 27; **49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück**, Hermann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, **E-Mail:** packpapier.verlag@t-online.de, Internet: www.packpapier-verlag.de; **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 583 89 00, (0221) 640 52 45, Fax 640 31 98, **E-Mail:** h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (0221) 31 57 83, **E-Mail:** arianedettloff@ina-koeln.org; **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main**, netz Hessen, c/o Cavallaro, Gabelsberger Str. 32, ☎ (069) 670 62 71 **E-Mail:** uwe.weppler@paritaet.org; **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67; **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald**, Stefan Riedel, Nekkarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 35 59, **E-Mail:** stefan.r.riedel@web.de; **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, **E-Mail:** peter.streiff@netz-bund.de; **Portugal:** Kurt Regenauer, Dieter Poschen, ☎ 00351-289 793 560, **E-Mail:** contraste@t-online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 - Fax 70 90 84, **E-Mail:** genossenschaft@t-online.de; **Sozialpolitik, AG SPAK: 68167 Mannheim**, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎Fax (06 21) 30 38 13; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, **E-Mail:** leh@zorrow.de **und 27321 Thedinhausen**, Uwe Ciesla, Finkenburg, **E-Mail: finkenburg@verden-info.de; Umweltschutz von unten: 35447 Reiskirchen-Saasen**, Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(06401) 90 32 83, Fax 90 32 85, **E-Mail:** joerg@projektwerkstatt.de; **Selbstorganisation im Alltag, 35037 Marburg**, Marc, Wannkopfstr. 13, **E-Mail:** the.element@gmx.de, Espi, **E-Mail:** piratenutopie@uni.de; **Fairkehr, Lothar Galow-Bergemann, ☎(0711) 560294, E-Mail:** Galow-Bergemann@t-online.de.

V.i.S.d.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 16 24 67; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 1/02
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@t-online.de
Internet:
www.contraste.org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Endredaktion:
contraste@t-online.de

graswurzel revolution
monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose gesellschaft
ja! Anarchismus
Neu: Jetzt mit Citrusfrische und Extra-Langzeit-Wirkung
GWR-Vertrieb
Birkenhecker Str. 11
D-53947 Nettersheim
abo@graswurzel.net
www.graswurzel.net
GWR 301/Aug. 05: Comeback der Anti-Atom-Bewegung?; Die fetten Jahre sind vorbei: Ketzerische Positionen zur Bundestagswahl 2005; Aus voller Brust für die Moral der Truppe: 50 Jahre Bundeswehr – Wir schießen quer; Bankrott der Eurokraten; „Imperiale Träume": EU, Türkei, Militarismus & Kriegsdienstverweigerung; Hiroshima; Zapatista-Initiative; Freiheit & Anarchie u.v.m.
Jahresabo 25 Euro (10 Hefte)
Probeabo 5 Euro (3 Hefte)

Antifaschistisches Blatt
Info
Nr.68 | Sommer 2005

Kostenloses Probeexemplar:
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
e-mail: aib@nadir.org
web: www.nadir.org/aib
Einzelexemplar 3,10 Euro
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

PF 102062 63020 OFFENBACH
Tel. (069) 885006 Fax 821116
express-afp@t-online.de
In akt. Ausgabe (6-7/05) u.a.:
◆ Agnes Schreieder: »Just another campaign?«, Gespräch über »Organizing« in Germany
◆ Anne Allex: »Ende des Persönlichkeitsschutzes«, über »Fallmanagement« und Eingliederungsvereinbarungen
◆ »Aus-gebildet?«, Fragen an ver.di und HBS zur Zukunft der Bildung
◆ WSI-Tarifarchiv: »Besenwagen statt Teufelslappen«, Reallohnentwicklungsschlusslicht Deutschland
◆ Bernd Riexinger: »Stimmungs-Macher?«, warum ein Wahlbündnis notwendig ist
◆ »Partei der Klasse – klasse Partei?«, Fragen zum Wahlbündnis
◆ Hajek/Huckenbeck: »La longue Lutte«, internationale Unterstützung im Kampf gegen Accor
◆ Heinrich Geiselberger: »Tomaten des Zorns«, über die CIW und ihre Klassenfahrt zum Erfolg
◆ Sissel Brodal: »Erdbeeren des Zorns«, über die Situation in Huelva
○ Ich möchte 1 kostenloses Probeexemplar
○ Ich möchte die nächsten 4 akt. Ausgaben zum Preis von 10 Euro (gg. Vk.)

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 15 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 7.-9.10.2005

Wie geht's weiter mit der Arbeit?
Ist die Arbeitsgesellschaft in der Krise?
Das Ziel der Politiker ist immer noch die Vollbeschäftigung. Wissenschaftler empfehlen längere Arbeitszeiten als Ausweg aus der wirtschaftlichen Krise. Hat die Arbeit als Kriterium das den Menschen ihren Platz in der Gesellschaft zuweist, nicht längst ausgedient? Welche Funktion kann die Arbeit unter Berücksichtigung zunehmender Produktivität in zukünftigen Gesellschaften noch haben?
In der Kommune hat Arbeit eine andere Bedeutung, kann das ein Modell für die Gesellschaft sein? Wie lassen sich Lebensgrundlagen jenseits von kapitalistisch organisierter Erwerbsarbeit schaffen? Sind Tauschringe, Konzepte der Eigenarbeit Möglichkeiten?.
Wir wollen in dem Seminar versuchen, die aufgeworfenen Fragen an der Lebenspraxis der TeilnehmerInnen zu bearbeiten.
Termin: 21.-23.10.2005

»When I'm 64 ...«
Altersvorsorge selbstverwaltet
Ein Seminar für Leute, die ihre eigene Altersvorsorge bewusst gestalten und dabei politisch-gesellschaftliche Bedingungen mitreflektieren wollen. Das staatliche Rentensystem ist in der Krise, Angebote der Versicherungswirtschaft haben zweistellige Zuwachsraten. Gibt es Alternativen?
Im Rahmen des Seminars werden die Solidargemeinschaft »Staatliches Rentensystem« mit Angeboten der Versicherungswirtschaft (z.B. Kapital-Lebensversicherung) und selbstgestaltete Schatzbildung verglichen.
Das komplexe Thema Altersvorsorge wird durch Informationsinput und ausgewählte Fall-Beratungen verständlich gemacht. Ein Überblick über alles rund um das Thema »Altersvorsorge«, der so umfassend und ohne Verkaufsabsichten kaum anderswo zu haben ist.
Termin: 25.-27.11.2005

Anders leben, anders arbeiten, anders entscheiden
Gelebte Utopie im gesellschaftlichen Kontext
Das Beispiel der Kommune Niederkaufungen soll die TeilnehmerInnen anregen herauszufinden, welche Vorstellungen und Wünsche sie für ihre Zukunft haben. Kennzeichnend für die Kommune Niederkaufungen sind:

- zusammen leben und arbeiten,
- gemeinsame Ökonomie,
- Entscheidungsfindung im Konsens,
- gemeinsame Verantwortung füreinander,
- nachhaltige Wirtschaftsweise.

Wir wollen uns fragen, ob diese Lebensform geeignet ist, auf Entwicklungen unserer Gesellschaft Einfluss zu nehmen, und ob sie Anregungen für die Lebens- und Arbeitsweise der TeilnehmerInnen bietet.
Termin: 10.-14.10.2005
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de

AG SPAK

Lehrgang Vereinsvorstand
Die Verpflichtungen eines Vereinsvorstands sind vergleichbar mit denen einer GmbH-Geschäftsführung, die Anforderungen an die Kenntnisse und Fähigkeiten sind entsprechend anspruchsvoll. Für eine funktionierende Vereinsorganisation sind verbindliche Strukturen und Zuständigkeiten notwendig. Dies setzt entsprechende Kompetenzen bei den Verantwortlichen voraus. Es sind Führungs- und Leitungsaufgaben zu erfüllen und eine Vielzahl rechtlicher Vorgaben zu beachten. Learning by doing ist hier nicht unbedingt das sinnvollste Vorgehen. Häufig wird unterschätzt, wie viele Aufgaben zu erfüllen und zu organisieren sind, bei einem vergleichsweise geringen Zeitbudget. Neue Vorstände sollten sorgfältig eingearbeitet und auf ihre Aufgaben vorbereitet werden und langjährige Vorstände tun gut daran, ihr Erfahrungswissen zu ergänzen.
Termine: 8.-9.10.2005

Seiten-, Text- und Bildgestaltung
Layout-Werkstatt mit InDesign
Nicht nur der Inhalt muss stimmen, die Form trägt wesentlich dazu bei, wie Informationen wahrgenommen werden. Geben Sie Ihren Texten ein Gesicht!
Im ersten Teil des Workshops werden Grundlagen vermittelt. Eine Einführung in die Werkzeuge, die in Layoutprogrammen zur Verfügung stehen, werden anhand von InDesign vorgestellt. Im zweiten Teil können Sie beginnen, das Gelernte umzusetzen. Wir werden experimentieren, Tipps geben und gemeinsam ein Erscheinungsbild für die von Ihnen mitgebrachten Ideen und Projekte entwickeln.
Wie lassen sich Texte und Bilder kombinieren, das Layout ein- und mehrseitiger Dokumente festlegen? Welche Schriften eignen sich für was? Wo können Farben wirkungsvoll eingesetzt werden? Sie lernen etwas über Satzspiegel, Farbmanagement, Typografie und die Wirkung der verschiedenen Elemente im Zusammenspiel.
Termin: 7.-9.10.2005
Information & Anmeldung:
SPAK, Dieter Koschek, Dorfstr. 25, D-88142 Wasserburg
☎/Fax (0 83 82) 8 90 56
E-Mail: agspak@t-online.de
Web: www.agspak.de

MEDIEN

Computerwissen für die politische Arbeit!
Wer heute politisch arbeitet, braucht spezielle Computerkenntnisse. Diese Seminarreihe von September bis November 2005 (an 2 Tagen, jeweils von 10-16 Uhr) zusammen mit der Journalistenakademie, ist speziell für politisch Aktive im Haupt- oder Nebenamt konzipiert. In praktischen Übungen am PC setzen Sie das erworbene Wissen sofort um. Nicht mehr als 12 TeilnehmerInnen; für jede/n TielnehmerIn ein PC! Teilnahmegebühr jeweils 60 Euro.

Rechnen und Kalkulieren mit Excel
Die Vereinskasse verwalten? Das politische Projekt, das Sommerfest des Ortsvereins, planen und kalkulieren? Eine simple Mitgliederverwaltung samt Beiträgen anlegen? Das alles kann die Tabellenkalkulation Excel. Praxisorientierte Einführung am PC.
Termin: 24.-25.9.2005

Präsentieren mit PowerPoint
Eindrucksvolle Folien und Präsentationen perfekt gemacht: Sie möchten Ihr politisches oder kulturelles Projekt präsentieren? Mit PowerPoint binden Sie Texte, Fotos, Videos und Sounds in eine Computershow ein und gestalten professionelle Folien für die politische Arbeit. Gestaltungsvorlagen helfen, eine Präsentation mit durchgängigem Design umzusetzen.
Termin: 22.-23.10.2005

Themen aus Geschichte und Politik multimedial darstellen:
Autorenprogramme und ihre praktische Anwendung
Die multimediale Präsentation historischer und politischer Themen auf CD-ROM und DVD hat gegenüber staubtrockenen Abhandlungen in Büchern gravierende Vorteile: Interaktivität – Bilder und Grafiken in fast unbeschränkter Zahl – Tondokumente – Filme – Internetanbindung.
In diesem Seminar wollen wir an Hand eines praktischen Beispiels – einer DVD über die Geschichte der Weimarer Republik – die praxis-orientierte Anwendung des Autorenprogramms »Toolbook Instructor 2004« kennen lernen. Robert Hofmann ist seit 10 Jahren im Bereich des multimedia-authoring tätig und hat u.a. mehrere politisch-historische CD-ROM für Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit produziert. Assistiert wird er von dem routinierten Netzwerkprofi Sven Mainka.
Termin: 12.-13.11.2005

Webseiten bauen mit HTML
Politische Arbeit online: Hyper Text Markup Language (HTML) heißt die Sprache zum Gestalten der Webseiten. Sie lernen die HTML-Grundlagen kennen: Wie zeichnet man Texte aus, wie bindet man ein Foto ein? Wie gestalte ich Seiten, damit sie angenehm lesbar sind? Welche Hilfsmittel wie etwa »Phase 5« gibt es? Sie lernen, worauf Sie beim Layout von Webseiten für die politische Arbeit achten sollten und wie Sie Ihr Web-Angebot bürgerfreundlich strukturieren.
Termin: 19.-20.11.2005

Umsteigen auf Open Office
Sie kennen Word, Excel, PowerPoint und wollen auf eine preiswerte Alternative umsteigen? Warum die Software eines Monopolisten verwenden, wenn es ein besseres Open-Source-Produkt gibt? Open-Office umfasst inzwischen eine leistungsfähige Textverarbeitung (Writer), eine Tabellenkalkulation (Calc) und ein Präsentationsprogramm. In diesem Seminar erfahren Sie alles, was Sie für den Umstieg brauchen!
Termin: 26.-27.11.2005
Information & Anmeldung:
Bayerisches Seminar für Politik e.V., Oberanger 38/1, D-80331 München
☎(0 89) 260 90 06
E-Mail: bsp@baysem.de

BERLIN

Uschi Otten:
»den Tagen, die kommen, gewachsen zu sein«
Die Lebensgeschichte Zenzl Mühsams in Briefen und Dokumenten
Im Anschluss Livemusik mit »Fromage Diatonique«

Der Lebensweg von Zenzl Mühsam, Frau des Anarchisten und Schriftstellers Erich Mühsam, gleicht einer Odyssee: von der Flucht aus Deutschland nach dem Tod ihres Mannes, über das Leben im Russischen Gulag, bis zu ihrer politischen Verfolgung durch DDR-Funktionäre. An den Editionen aus Mühsams Nachlass war sie entscheidend beteiligt. Uschi Otten ist Historikerin, Regisseurin und freischaffende Autorin und hat sich auf die Erforschung des Lebens von Zenzl Mühsam spezialisiert. Eine Gemeinschaftsveranstaltung mit der Frauengruppe »Las Loccas«. (Vortrag und Diskussion, Eintritt frei) Freitag, 23. September 2005, 19 Uhr: Veranstaltungsort: Café Malatesta im Haus der Demokratie (Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin)

IBKA-TAGUNG

Leitkultur Humanismus und Aufklärung
Perspektiven säkularer Politik in Deutschland
Während konservative Politiker eine christlich-patriotische Leitkultur (»Werte des christlichen Abendlandes«) einklagen, träumen andere von der »multikulturellen Gesellschaft« incl. einer »Einbürgerung des Islam«. Doch weder die konservative Wiederbelebung der Idee einer »christlichen Festung Europa« noch die postmoderne Beschwichtigungspolitik gegenüber religiösen und esoterischen Strömungen werden das Projekt einer »offenen Gesellschaft« voran bringen. Eigentlich sollte es einleuchtend sein, dass wir kaum eine andere Chance haben, als auf jene »verdrängte Leitkultur« zu setzen, mit der der gesellschaftliche Fortschritt in der Geschichte verknüpft war: die Leitkultur von Humanismus und Aufklärung.
Doch von einer solchen Einsicht ist das politische Establishment meilenweit entfernt. Obgleich alle großen Errungenschaften der Moderne mit der Tradition der Aufklärung verbunden sind (technisches Know-how, Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit etc.), ist sie auf weltanschaulichem Gebiet eine Untergrundbewegung geblieben. Das zeigt sich auch darin, dass die vielen Millionen Menschen, die den Religionen in Deutschland bereits den Rücken gekehrt haben, in Politik und Medien kolossal unterrepräsentiert sind. Dass mittlerweile schon 32,4 Prozent der Deutschen konfessionslos sind und etwa 50% in Umfragen angeben, »nicht religiös« zu sein, ist hierzulande weder in den Redaktionen noch in den politischen Entscheidungsgremien angekommen.
Was aber müsste getan werden, um das aufklärerische, humanistische Denken stärker in die gesellschaftliche Debatte einzubringen? Diese Perspektivfrage steht im Zentrum der offenen Tagung, zu der alle, die sich für säkulare Politik interessieren, herzlich eingeladen sind.
Die öffentliche Tagung findet im JH-Tagungshaus, Siegesstraße 5, Köln-Deutz statt. Die Teilnahme am Programm ist kostenlos, für Verpflegung und evtl. Unterkunft muss gezahlt werden.
Termin: 2.-3.10.2005
www.leitkultur-humanismus.de
IBKA e.V., Postfach 1745, D-58017 Hagen
☎/Fax: (0 23 31) 348 04 10 Fax -11,
E-Mail : info@ibka.org
www.ibka.org

JUNGE LINKE

Aufstand der Zeichen?
In den späten sechziger Jahren entstand in Frankreich eine philosophische Richtung, die inzwischen unter dem Label Postmoderne oder Poststrukturalismus Furore gemacht hat. Im Namen des Vielfältigen, Unabgeschlossenen trat man gegen das philosophische Erbe der Aufklärung an – egal, ob dieses im staatstragenden oder marxistischen Gewande daherkam. Dieser antitotalitäre radical chic übt bis heute eine erhebliche Anziehungskraft auf Teile der Linken aus, fasziniert hornbrillentragende Kulturwissenschaftsstudenten wie Globalisierungsgegner gleichermaßen und eröffnet scheinbar das Feld für eine Menge neuer, phantasievoller und irgendwie sexy daherkommender Politikformen.
Um zu klären, wie ein solches Politikverständnis mit dem aufklärungskritischen Programm der radikalen Immanenz zusammenhängt, wollen wir auf diesem Wochenendseminar versuchen, anhand der gemeinsamen Lektüre von Grundlagentexten (Lyotard, Foucault) zu erarbeiten, welches Verständnis von Geschichte und Gesellschaft der Postmoderne zugrunde liegt. Dabei wollen wir insbesondere der Frage nachgehen, inwieweit durch politische Strategien, die sich nur auf der Ebene symbolischer Formen bewegen, überhaupt eine grundlegende Gesellschaftskritik geübt werden kann. Ein Reader wird vor dem Seminar verschickt.
Termin: 2.-4.12.2005, Berlin

Warum bleiben die Anderen immer anders?
Dass die Menschheit angeblich in Schwarze, Weiße, Rote und Gelbe zerfällt: Davon ist ein Großteil der Bewohner dieses Planeten felsenfest überzeugt. Fängt da schon der Rassismus an – oder erst, wenn mit der angeblichen Hautfarbe bestimmte angebliche und unveränderlicher Eigenschaften verbunden werden? Oder erst da, wo es abwertend und unfreundlich wird? Wie entstehen Feindbilder eigentlich? Aus Mangel an Erfahrung, aus Denkfaulheit, aus Ängsten und Nöten – oder aus Nationalismus?
Gegen Rassismus sind fast alle; darum sagt man heute auch nicht mehr »Rasse«, sondern »Kultur« und »Ethnie«. Ist das dann kein Rassismus mehr? Oder »Neo-Rassismus«? Oder alter Wein in alten Schläuchen?
Seit dem 11.9. wird »Multikulti« alle Vierteljahre zu Grabe getragen. Ist es schade um diesen alternativen Rassismus, der die »Anderen« als Bereicherung des »Eigenen« zuließ – und woran ist der denn nun »gescheitert«?
Europa gehört die Zukunft, sagt die Politik? Führt das zu neuen Zusammengehörigkeitsgefühlen von Moffen, Bergdeppen, Inselaffen, Frosch- und Spaghettifressern? Oder sind Deutsche, Österreicher, Briten, Franzosen und Italiener genau die gleichen blöden Nationalisten wie vorher?
Termin: 16.-18.12.2005, Hannover

Don't wanna be a european idiot
Noch während des Irak-Krieges konnte man keine Straßenbahn betreten, ohne mindestens ein Gespräch über die »Arroganz« des »Weltpolizisten« mitzuerleben, der doch »nur wegen des Öls« nach Irak marschiere. Die USA als waffenstarrende, vorsintflutliche Macht auszumachen, rockte damals die Massen. Im Innern herrsche dort die soziale Kälte einer Hire-und Fire-Kultur, die durch die Wall Street und die multinationalen Konzerne auf die ganze Welt ausstrahlte. Nicht wenige wussten: Hollywood-Filme verseuchen die Köpfe, McDonalds und Co. die Mägen und amerikanischer Shareholder Value- und Krämergeist essen ehrliche Seele auf. Amerika, oftmals personalisiert in Bush/Ölmagnaten/John Wayne, war somit negative Projektionsfläche für eine Menge verschiedener politischer »Kritik«.
Doch was ist 3 Jahre danach mit dieser Kritik geschehen? Verschwunden scheint sie nicht recht zu sein, allenfalls ruhiger ist sie geworden und hat einen Teil ihres Welterklärungsanspruches aufgegeben. Doch man muss nur wahllos jemanden auf Bush oder die USA ansprechen und es wird wie ein Wasserfall aus ihm herauskommen. Nur an militärischen Lösungen sei Bush interessiert, wohl auch wegen der starken Waffenlobby in den USA, Diplomatie ersetze er durch die Macht des Stärkeren. Die EU sei hingegen eher eine Friedensmacht, die sich für die Armen in der Welt, für die, die keine Stimme haben, einsetzt. Unsozial gehe es in den USA zu, eine soziale Abfederung, wie man sie in Europa kenne, sei dort nicht vorhanden. Viele, nicht nur Linke, nennen das dann Neoliberalismus und sehen die EU als Gegenpol, quasi als soziales Gewissen der Welt.
Und als Retterin der anständigen Esskultur, des hochwertigen Filmes, ja generell als Hort der Kultur wird Europa dann auch noch gegen die oberflächliche, kommerzialisierte Plastikwelt in Anschlag gebracht. Was ist von diesen Aussagen zu halten? Warum werden sie nicht mehr so hitzig vorgebracht? Warum treffen sich Rechte und Linke so oft in der Kritik an den USA, und worin unterscheidet sich ihre Kritik? Ist Schröder der Friedenskanzler und hängt Merkel am Rockzipfel von Bush? Wie kommt das gute Urteil über die EU zu Stande und wie hängt dieses mit dem Grund, warum es die EU gibt, zusammen? Und was ist eigentlich Anti-Amerikanismus? Das alles und noch viel mehr wollen wir auf dem Seminar diskutieren.
Termin: 14.-15.1.2006, Augsburg
Information & Anmeldung:
junge linke, Postfach 91 04 29, D-30424 Hannover
☎ (05 11) 838 62 26
E-Mail: info@junge-linke.de

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg